

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Pyrrhussieg

Der antike Herrscher Pyrrhus schlug in den Jahren 280 und 279 v. u. Z. die Römer. Doch seine Siege wurden unter so schweren Opfern errungen, daß sie Niederlagen gleichkamen. Seitdem spricht man vom „Pyrrhussieg“.

In unseren Tagen hat ein hemdsärmlicher USA-General namens Tommy Franks, dessen Söldnerheer ein wahnwitziger Präsident zum großen Morden in das alte Kulturland Mesopotamien geschickt hat, einen Sieg dieser Art vermehren können. Obwohl er das mit einem in der Geschichte beispiellosen Feuerhagel überschüttete irakische Volk bisher nicht auf die Knie zu zwingen vermochte und jetzt mit einem langanhaltenden Krieg gegen „Heckenschützen“, wie das am Nazijargon geschulte BRD-Fernsehen formulierte, rechnet, ist Feldherr Franks als „Gewinner“ in das zunächst vom Chaos regierte Bagdad eingezogen. Man habe nur marginale Verluste erlitten, der Gegner (nicht nur aus Soldaten, sondern vor allem aus Zivilisten bestehend) sei mit Bomben, Raketen und Granaten so zugeschüttet worden, daß man sich die gefürchteten Bodenkämpfe in den Großstädten ersparen können, verkündete euphorisch das USA-Oberkommando in der sicheren Etappe von Katar. „Ausgetilgt“, „mit Stumpf und Stiel ausgerottet“ hätten die Hitleristen so etwas genannt.

Der fast ohne eigene Opfer „aus dem Feuer gerissene“ Triumph am Tigris dürfte sich bald als Pyrrhussieg erweisen. Vorerst brachte er die arabische Welt, Hunderte Millionen Moslems vieler Länder, große Teile der Erdbevölkerung gegen die Aggressoren auf die Beine. Nie war der Haß auf die Regierenden der Vereinigten Staaten so groß. Tiefe Risse zeigen sich im Gefüge von Allianzen, Bündnissen und Staatengruppen, auf die sich die USA noch vor kurzem stützen und blind verlassen konnten. Der „kollektive Imperialismus“, an den einige Tagträumer gerade noch geglaubt hatten, erwies sich als der alte Imperialismus des Machtgerangels und der unversöhnlichen Interessengegensätze.

Der Angriff auf Iraks nationale Souveränität und territoriale Integrität und nicht – wie vorgespiegelt – auf das „Regime Saddam Husseins“ war gründlich vorbereitet worden. Jahrelang schwärmten von den Vereinten Nationen durch die Vereinigten Staaten in Marsch gesetzte „Waffenkontrollere“ sämtlicher westlichen Geheimdienste aus, um jeden Winkel des UNO-Mitgliedsstaates zu durchstöbern und die

künftigen Bomberziele zu markieren. Mit Hilfe dieser Armeen legaler Spione wurde Iraks Verteidigungsfähigkeit systematisch untergraben – die ideale Situation für jeden Aggressor. Ist es da nicht grotesk, daß auch Linke erklärten, man hätte statt des militärischen Schlages gegen Irak dessen „friedliche Entwaffnung“ betreiben sollen?

Die Amerikaner waren davon überzeugt, einen „Blitzkrieg“ – auch diese Vokabel entstammt dem Sprachgebrauch der deutschen Faschisten – führen zu können. Doch der schnelle Vormarsch versackte im Wüstensand. Die irakische Armee gehorchte den Befehlen Saddams. Doch sie verteidigte zugleich tapfer und ausdauernd ihre Heimat, ihr Volk gegen vielfach überlegene Aggressoren: die imperialistische Hauptmacht USA und die alte Kolonialmacht Großbritannien. Sie führte einen gerechten Krieg. Irak wurde nach dem Überfall der „Verbündeten“ zum Brennpunkt des antiimperialistischen Kampfes. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß der irakische Machtklüngel in den Jahrzehnten seiner Herrschaft – lange Zeit als Komplize der USA, als Henker von Kommunisten, als rücksichtsloser Unterdrücker der Kurden – schwere Schuld auf sich geladen hatte.

Die USA-Aggression zielte nicht in einer einzigen Sekunde auf die Befreiung des irakischen Volkes. Pentagon-General Jay Garner, der jetzt als Bushs Reichsprotektor in Bagdad residieren soll und die durch ihn mitgebrachten CIA-Marionetten aus dem Abschaum reaktionärer Auslandsiraker wollen die Araber und Kurden nur von einem befreien: von den nationalisierten Ölquellen.

Apropos Pyrrhussieg: Noch Tage nach dem Einmarsch der Franks-Banden in Bagdad setzte die irakische Seite eines ihrer schwersten Geschütze ein: Der Präsidentenberater Amir al Saadi, der zuvor im Auftrag Saddams mit Blix und Badawi – den Spitzen der UNO-Waffeninspektoren – klug und elastisch verhandelt hatte, stellte sich den Amerikanern, um zu erklären, daß es für Bush keinen Kriegsgrund gegeben habe, da von Irak schon vor Jahren sämtliche aus den USA gelieferten Massenvernichtungsmittel zerstört worden seien.

Die Terroristen, nach denen Washington in aller Welt so fieberhaft zu fahnden vorgibt, sitzen also am Potomac. Im Weißen Haus, im Pentagon und im State Department. Ihr Häuptling heißt George W. Bush.

Klaus Steiniger



INHALT

Wer ist der Nächste?	S. 2
DDR-Chirurg Prof. Kurt Franke an einen USA-Lazarettleiter	S. 2
Poster: Begrüßung der „Befreier“	S. 3
Über pseudochristlichen Fundamentalismus	S. 4
George Dabbelju als Messias	S. 4
Erklärung der KP der USA	S. 5
Kollateralschaden	S. 5
Prinz der Finsternis	S. 6
Übrigens ...	S. 6
Ist Bush ein Faschist?	S. 7
Platz und Rolle der UNO	S. 8
Licht und Schatten beim Berliner PDS-Parteitag	S. 9
Wo Kurz zu kurz greift	S.10
Glückwunsch, Diether Dehm!	S.10
Die Lüge von der „Wende“	S.11
Erinnern an Walter Dehmel	S.12
Aus der Chronik der FDJ: Eine Reise mit Hindernissen	S.12
Lin Jaldati: Verliebt in die DDR	S.13
Anatomie eines „Volksaufstandes“	S.14
Erklärung zum 17. Juni 1953	S.15
Politunterricht an der Grenze	S.16
Zehn Jahre GRH	S.17
Das Mädchen vom Prenzlauer Berg	S.18
Worin bestand die Attraktivität des DDR-Bildungswesens?	S.19
Aus unserer LPG (6)	S.20
Armut bedroht die Gesundheit	S.21
Chinesisches Kaleidoskop	S.22
„Verteidigung am Hindukusch“	S.23
Tschetschenien – wie weiter?	S.24
Washingtons Warschauer Komplizen	S.25
Serbien im Ausnahmezustand	S.26
Sudetendeutsches Büro in Prag	S.26
Spanien in Bewegung	S.27
Arbeit „u bauera“	S.27
Belarus steht zu Marx und Lenin	S.28
Grund zur Zuversicht	S.28
Leserbriefe	S.29
Termine & Anzeigen	S.32

Bush-Administration fährt neue Drohkanonen auf**Wer ist der Nächste?**

In der „International Herald Tribune“ vom 12. April 2003 machte Bush- und Rumsfeld-Berater Richard Perle klar, „wie es jetzt weitergehen könnte“. Die nächsten Staaten „auf der Liste“ seien Iran, die KDVR, Syrien und Libyen. „Ich könnte weitere nennen“, fügte der berühmte Scharfmacher hinzu, um wörtlich fortzufahren: „Jedes Land der Wer-ist-der-Nächste-Liste kann die Bedrohung (der USA!) auf friedliche Weise beenden. Daher sollte die Botschaft Syrien, Iran, Nordkorea und Libyen klar sein: Wenn wir keine Alternative haben, sind wir bereit, das zu tun, was notwendig ist, um Amerikaner und andere zu verteidigen.“

Als wäre es selbstverständlich, ergehen sich Politiker und Medien, oft mit kaum zu überbietendem Zynismus, über die „Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens“. Sie wurde vom kriegsbesessenen Herrscher am Potomac jetzt in Angriff genommen mit dem Ziel, wie er jüngst selbst androhte, die „gesamte arabisch-islamische Welt“ umzugestalten. Das wiederum soll Bestandteil der „neuen Weltordnung“ im Sinne des „amerikanischen Jahrhunderts“ der Rumsfeld, Cheney, Perle, Wolfowitz & Co. sein – nach der Devise, daß die „Erhaltung einer anständigen und annehmbaren internationalen Ordnung ... fortgesetzte amerikanische Führung erfordert“.

In Washington läßt man keinen Zweifel daran, daß „Irak nur der Anfang“ ist. James Woolsey, 1993–1995 CIA-Chef und wichtiger Berater der Bush-Gang, formulierte zu Beginn der Irak-Aggression: „Wir müssen dem Nahen Osten die Ölwanne wegnehmen ... Wir fangen mit Irak an – im Zentrum des Problems.“

Am liebsten würden sich Bush und seine Spießgesellen nach Unterwerfung Iraks nun Iran und Syrien gleichzeitig vornehmen. Bezüglich Kuwaits glauben sie sich momentan

sicher und wollen dies festzurren. In ihr Kalkül rückt auch immer mehr, daß selbst ihre Positionen in Saudi-Arabien verwundbar sind. Diese Brocken wiederum dürften zusammen wohl doch zu groß sein. So meint Woolsey: „Man kann nicht alle Probleme auf einmal lösen.“

Mit den Taliban und el-Kaida in Afghanistan wie mit Saddam Husseins Regime in Irak haben die USA sich jeweils gegen Kräfte gewandt, die sie jahrzehntelang selbst installiert, gefördert, unterstützt und bewaffnet hatten – ehemalige Komplizen. Folgt man dieser „Logik“, wäre nun Iran an der Reihe. Das Land war unter Schah Mohammed Reza Pahlawi einer der engsten und zuverlässigsten Verbündeten der USA im Nahen und Mittleren Osten. Noch kurz vor der „Islamischen Revolution“, die das Schah-Regime 1979 hinwegfegte, betonte USA-Präsident Carter Irans Rolle als „stabilisierender Faktor in der Welt“. Hier mußten die Amerikaner nun Schlüsselpositionen aufgeben und bittere Niederlagen wie die mißglückte Geiselnbefreiung aus der besetzten US-Botschaft in Teheran hinnehmen. Zu welcher Perversion amerikanische Falken bereit sind, demonstrierte schon die Reagan-Administration während des irakisch-iranischen Krieges. Sie unterstützte Saddam Husseins Irak gegen das damals als Hauptfeind der USA im Nahen und Mittleren Osten betrachtete Chomeini-Regime (s. „Rotfuchs“, Oktober 2002, S. 18). Gleichzeitig realisierte sie über Israel zwischen Mitte 1985 und Oktober 1986 geheime Waffengeschäfte mit Iran in einem Gesamtwert von mindestens 1,3 Mrd. Dollar. Auf Initiative und mit Hilfe Tel Avivs sollte versucht werden, in Iran einer gemäßigeren proamerikanischen Regierung zur Macht zu verhelfen. Die Israelis setzten auf Teheran, weil sie dessen antiarabisches Gewicht ausnutzen und sich wie unter dem Schah dort

wieder einen Verbündeten sichern wollten. Die mit diesen Waffen zu ködernden iranischen Militärs erfüllten die amerikanischen und israelischen Hoffnungen jedoch nicht. Dieses Ende 1986 aufgeflogene „Geschäft“ machte als Iran-Contra-Affäre gewaltige Schlagzeilen. Die israelische Gegenleistung für Washington war umfassende Unterstützung der von den USA ausgehaltenen Contras in Mittelamerika, vor allem der Gegner der Sandinisten in Nicaragua.

Das im gleichen Rang wie Iran in die „Achse des Bösen“, in die Reihe der „Schurkenstaaten“ eingeordnete Syrien hat sich demgegenüber bisher weder der besonderen Liebe noch größerer Geschenke der USA erfreuen können. Während Bushs Strategen bezüglich Irans noch dazu neigen, einen „Reformprozeß“ im Innern zu unterstützen und die Gegner der Mullahs mit Geld und Waffen zu fördern, rückt Iraks westlicher Nachbar Syrien ins Fadenkreuz. Denn die Syrer gelten als unversöhnliche Feinde Israels und Förderer der Hisbollah-Milizen im Libanon, die ihrerseits US-Militäraktionen ebenso fürchten müssen.

Bereits Mitte der 80er Jahre des 20. Jahrhunderts traktierte die Reagan-Administration die Welt mit einer unsäglichen Antiterrorismuskampagne gegen Libyen, Syrien, Iran und die PLO, um unter Androhung weiterer Gewaltmaßnahmen den arabischen Staaten amerikanische Vorstellungen zur Lösung des Nahostkonfliktes aufzuzwingen. Diese Politik der USA sowie der Ausbau ihrer militärischen Präsenz in der Region verschärfen schon damals angesichts der Brisanz des vielschichtigen Konfliktpotentials im Nahen und Mittleren Osten die Kriegsgefahr. In dieser Zeit war es Syrien unter Hafez Assad, das, bestärkt durch die UdSSR, nicht bedingungslos in direkte Gespräche mit Israel einwilligte. Syrien kristallisierte sich zu einem ernstesten Hindernis für die Verwirklichung amerikanischer Zielstellungen heraus. Experten des State Department hofften auf die Zeit nach Hafez Assad und wollten an bestimmte prowestliche Elemente der syrischen Politik anknüpfen. Diese Hoffnungen haben sich unter dem Sohn des verstorbenen Präsidenten aber nicht erfüllt.

Das Beispiel Syrien zeigt, daß Washington nichts an einer friedlichen Lösung des Nahost-Konfliktes liegt. Israel, das seit 1967 syrisches Territorium okkupiert hat, ist der wichtigste Verbündete der USA in der Region, und seine Unterstützung bildet die Hauptkomponente der amerikanischen Nahostpolitik. Seit 1981 ist Israel auch juristisch formal Bestandteil der nationalen Verteidigung der USA. Dem werden Rechte und Interessen der Palästinenser wie der Syrer und aller Araber gnadenlos geopfert. Eine gerechte Lösung des zentralen Konflikts im Nahen Osten – mit der Palästina-Frage als Kernstück – ist angesichts der von Bush verfolgten Neuordnung der Region nicht in Sicht. Im Gegenteil.

Bernd Fischer**An den Chefchirurgen des Zentralen USA-Militärhospitals Landstuhl***Sehr geehrter Herr Kollege,*

Sie werden unter Ihren Patienten kaum Opfer von „intelligenten Bomben“ haben, die mit „chirurgisch präzisen“ Schlägen ihre Ziele in Irak fanden – mit Ausnahme der vom „friendly fire“ Getroffenen. Die meisten Verletzten liegen aber jetzt zu Tausenden in den überfüllten und verwüsteten Hospitälern Bagdads sowie anderer Städte des Zweistromlandes. Einerlei, ob Kinder, Frauen, Greise oder Soldaten – es sind Menschen, die vom Krieg betroffen wurden. Die für die Ursachen ihres Leids gewählten Begriffe enthüllen durch die Infamie der Wortschöpfung zugleich die Inhumanität der Technokraten im Dienste der von Ihrer Regierung verfügten Aggression. Diese oben genannten Begriffe diskriminieren unseren jahrtausendealten Beruf, der sich auch aus dem menschlichen Bedürfnis entwickelte, den Opfern von Gewalttätigkeiten zu helfen.

Vom Faustkeil über die Hellebarde bis zum Napalm – das betroffene Individuum litt unter der Präzision der Waffenhersteller stets stärker, als es von der zunehmenden Erfahrung der Chirurgen und ihrer sich kontinuierlich verbessernden technischen Ausstattung profitieren konnte. Das lehrte mich auch mein Berufsleben nach dem 2. Weltkrieg. Ich hatte ständig viele Patienten mit Amputationen und chronischen Knochenmarkeiterungen nach Schußwunden zu behandeln, deren Leben durch die Folgen des Krieges erheblich beeinträchtigt wurde. Ob Ihre Patienten nach Verbrennungen oder Verletzungen noch an die Mission als Soldaten im göttlichen Auftrag glauben, möchte ich bezweifeln.

Für Ihr Handeln wünsche ich Ihnen jedoch eine andere „chirurgische Präzision“, als sie der Definition der Waffenproduzenten Ihres Landes entspricht. Deren Wortschöpfungen kennzeichnen die mörderischen Möglichkeiten ihrer Produkte und unterstreichen damit das Barbarische des Tuns.

MIT KOLLEGIALEN EMPFEHLUNGEN

em. Prof. Dr. sc. med. Kurt Franke, Facharzt für Chirurgie/Unfallchirurgie



Bagdad, April 2003: Begrüßung der „Befreier“

Über die Pseudoreligiosität eines „christlichen“ Fundamentalisten

Von Geborenen und Wiedergeborenen

Er bezeichnet sich als WIEDERGEBORENER und meint damit, er habe durch das Wort Gottes eine positive Wandlung erfahren, die ihn zum „neuen Menschen“ werden ließ. Man möchte es ihm gönnen, wenn er aus der Depression charakterlichen Versagens heraus- und vom Hängen an der Flasche wegkommen ist. Hier soll von dem Mitglied der United Church of Methodists (einer verbreiteten sogenannten Freikirche in den USA) George W. Bush die Rede sein. Man könnte alles wohlgefällig oder auch spöttisch – je nach Geschmack – zur Kenntnis nehmen und sogleich wieder vergessen, wenn dieser „WIEDERGEBORENE“ nicht Bomben und Raketen auf lauter GEBORENES Leben niederhageln ließe. Die davon getroffen werden, verstehen die Welt nicht mehr: Entweder weil ihnen dabei die Leiber aufgerissen wurden, so daß sie umkamen, oder weil sie mit Qualen und Schmerzen weiterleben müssen und rasend werden bei der Frage, wer ihnen dieses angetan hat. Und jene Hunderttausende und Millionen Moslems, die (vorläufig) nur Zeugen dieses Geschehens wurden, schmähen haßerfüllt und aus tiefstem Herzen jenen Präsidenten, der ihnen über alle Medien als ein Christ präsentiert wird, also ein „Ungläubiger“ nach den Lehren des Koran. Ich kann jeden verstehen, der angesichts des sich aufschaukelnden religiösen Wahnsinns befriedigt an seine Kirchenaustrittserklärung denkt, die er vor Jahren einmal ausgefüllt und abgeben hat. Weder der im westlichen Christentum entstandene Fundamentalismus, der solche einfältigen Typen wie Bush hervorgebracht hat, welcher die Welt beglücken, sprich amerikanisieren will, noch die muslimischen Geistlichen, die ihre Gotteskämpfer zu Selbstmordattentaten aufrufen und ihnen dafür die umgehende Aufnahme ins Paradies versprechen, können bei vernünftigen Menschen mit Sympathien rechnen. Die Geister, die in diesem Krieg der pseudoreligiösen Wahnvorstellungen miteinander ringen, haben ihre tödlichen Attacken in Europa schon vor vier Jahrhunderten ausgefochten. Damals waren es Papstgläubige, die gegen Lutheraner hetzten, Lutheraner, die den Calvinismus bekämpften, Zwinglianer, die die Taufgesinnten verfolgten und sich allesamt darin einig waren, daß Juden, Türken und Heiden die inkarnierten Teufelsöhne sind. (Eine rühmliche Ausnahme bildete Thomas Müntzer, der seinerzeit bereits den interreligiösen Dialog für wünschenswert hielt.) Was danach endlich folgte, der Westfälische Frieden, das scheidlich-friedliche Nebeneinander von Konfessionskirchen, das Heraufkommen von Aufklärung und Zivilisation, von Religion und Kultur (trotz lange noch weiter bestehender Inquisition, Hexenprozesse und religiöser Intoleranz), hat die nachfolgenden Generationen allmählich einen Weg zu Fortschritt, zum Ausgleich und zu mehr Duldsamkeit finden lassen. Doch

leider hat sich Nathans Ringparabel nicht als dauerhaftes Denkmodell im gesellschaftlichen Miteinander erwiesen. Auch im aufgeklärten 20. Jahrhundert stand millionenfach auf den Koppelschlössern deutscher Soldaten jenes fatale „Gott mit uns“.

Da es ganz offensichtlich keine Möglichkeit gibt, Religion in Gänze auszuschalten oder abzuschaffen, weil sie so viele Mißverständnisse und Mißbräuche zuläßt, bleibt uns nichts weiter übrig, als uns in ihre Strukturen hineinzudenken, nach dem humanen Sinngehalt in ihnen zu forschen und mit Gläubigen unterschiedlicher Prägung das Gespräch zu suchen. Versetzen wir uns zunächst in das fromme Innenleben von Dabbeljuh. Als „Wiedergeborener“ beruft er sich auf seinen Status als Getaufter. Nach der Lehre des Theologen Paulus (Römerbrief Kap. 6) sind die, die sich taufen lassen, mit dem Christusereignis kompatibel gemacht, das heißt, so wie Jesus gestorben ist und vom Tode erweckt wurde, so ist auch ein solcher gläubig Getaufter schon jetzt „geistlich“ gestorben (zum Tun alles Bösen unbrauchbar, „tot“) und bereits jetzt „geistlich“ erweckt (zum Tun alles Guten beauftragt, wiedergeboren). Abgeleitet wurde diese nach-jesuanische, früh-christliche Lehre von dem angeblichen „Missionsbefehl“ des auferstandenen Christus: „Geht hin, und macht zu Jüngern alle Völker. Tauft sie auf den Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes, und lehrt sie befolgen alles, was ich euch geboten habe“ (Matthäi am Letzten). Wenn wiedergeborene Christen sich auf diese nicht auf Jesus selbst zurückzuführende Ethik einlassen wollen, müssen sie sich – und das ist unumgänglich, daran werden sie gemessen – an die von Jesus verkündete Botschaft halten, wie sie in seiner Bergpredigt (Matthäus Kap. 5–7) mit hoher Authentizität überliefert ist (mit meinen Worten): Haltet Frieden, tut Gutes, seid barmherzig, strebt nach Gerechtigkeit! In einer parallelen Überlieferung, der sogenannten Feldrede (Lukas Kap. 6) werden sogar Wehe-Rufe an die Reichen angehängt: Wehe euch, ihr Reichen, die ihr jetzt satt seid, ihr werdet hungern, die ihr jetzt lacht, ihr werdet

weinen! Zu dieser Bergpredigt/Feldrede gehört auch: Liebt eure Feinde, segnet, die euch fluchen, richtet nicht, damit ihr nicht gerichtet werdet – um nur einige der den Christen empfohlenen Haltungen gegenüber Geborenen zu nennen. Die Würde von Wiedergeborenen bestand jedenfalls vom Beginn des Christentums an darin, sich für die Würde und Wohlfahrt der (anderen) Geborenen einzusetzen.

Noch einmal zurück zu Jesus, dem Urheber authentischer christlicher Ethik. Er, der selber niemanden getauft und auch nicht zur Taufe aufgerufen hat, wollte allerdings, daß sich Geborene anders verhalten, als es vielfach üblich war. Er hat sich – wie viele andere auch – einer Taufhandlung unterzogen, die ein gewisser Johannes am Jordan vorgenommen hat. Wer auf solche Weise wiedergeboren war, dem gab dieser Täufer mit auf den Weg: „Wer zwei Hemden hat, der gebe dem, der keines hat; und wer zu essen hat, tue ebenso.“ (Lukas Kap. 3, 11) Hier ist bereits im Kern das Denken und Verhalten ausgesprochen, das dieser so wiedergeborene Jesus an den Tag gelegt hat: solidarisch und mitfühlend. Die einzige Gewaltanwendung, die ihm nachgesagt werden kann, war eine symbolische: Er hat die Tische der Valuta-Händler, der Bank-Halter umgestoßen und sie aus dem Tempel gejagt.

Diese johannisch-jesuanische Ethik, angewandt auf seine politische Verantwortung, die der angeblich wiedergeborene Präsident des reichsten Landes der Erde hat, müßte folglich für ihn heißen: Einleitung atomarer und konventioneller Abrüstung, Festlegung auf Gewaltverzicht in den internationalen Beziehungen, Einhaltung von vereinbarten Rechtsnormen zwischen den Völkern, Freisetzung von Entwicklungshilfe in nie gekannten Größenordnungen, Streben nach einer gerechten Weltwirtschaftsordnung, Selbstverpflichtung, als Motor für die Überwindung von Hunger, Krankheit und Verelendung im Süden tätig zu werden. Daß er all das nicht tut, sondern der vielfache Mörder an Geborenen wird, liegt daran, daß er zu den Reichen und Gewaltigen dieser Welt gehört, von denen die mit dem Jesuskind schwangere Maria in ihrem Lied singt: „Er stößt die Gewaltigen vom Thron und erhebt die Niedrigen. Die Hungrigen füllt er mit Gütern und läßt die Reichen leer ausgehen.“ (Lukas Kap. 1, 52 f.) Diese Hoffnung ist noch uneingelöst. Es bedarf großer Anstrengungen vieler Geborener und wahrhaftig Wiedergeborener, bis dieser Traum Wirklichkeit wird. Ob sich Dabbeljuh als blindes Werkzeug in der Hand der Reichsten und Mächtigsten dieser Welt zu Recht als wiedergeboren bezeichnen kann, möge jeder Geborene, der bei Verstand ist, selber nachprüfen. Es gilt jedenfalls die einfache Regel: „Es ist leichter, daß ein Kamel durch ein Nadelöhr gehe, als daß ein Reicher ins Reich Gottes komme.“ (Matthäus 19, 24)

Peter Franz, evang.-luth. Theologe

George Dabbelju spricht

Ich bin der Messias.
Gott hat mir Macht gegeben.
Ich bin Herr über Tod und Leben.
Wir sind die Guten, ihr die Bösen.
Ich werde die ganze Welt erlösen.
Nicht von Menschen,
von Gott bin ich erwählt.
Ich allein weiß, was zählt
in dieser Welt: Öl, Geld
und Massenvernichtungswaffen.
Damit werden meine Soldaten
Ordnung schaffen
in Schurkenstaaten.
Ich bringe Freedom and Democracy.
God bless America – and me!

Eva Ruppert

„Aggressivstes, räuberischstes Segment des USA-Imperialismus“

Das Wort der amerikanischen Kommunisten

Das Nationalkomitee der KP der USA hat sich am 19. März 2003 mit einem offenen Brief an alle kommunistischen und Arbeiterparteien gewandt. Hier der Wortlaut:

Der derzeitige Augenblick birgt die schwerwiegendsten Gefahren für eine Welt, die durch das aggressivste, räuberischste Segment des USA-Imperialismus, dessen Vertreter die Administration von George W. Bush ist, herausgefordert wird. Sie hat sich entschlossen, Irak unter Mißachtung der großen Friedensmehrheit in der Welt anzugreifen.

Seit ihrer Installierung hat diese Regierung einseitige Aktionen verfolgt, um eine Kriegsmaschine noch mehr auszubauen, deren Potential bereits jetzt das des zusammengenommenen Restes der Welt übertrifft. Sie hat jegliches internationale Abkommen in Fetzen gerissen, das sie daran hinderte, ihren strategischen Griff nach den Energieressourcen rund um den Globus sowie deren Kontrolle noch fester zu zurren, durch die immer größere Profite für den transnationalen Konzernsektor der USA gesichert werden. Doch die Hoffnung, daß es eine ganz andere Welt geben könnte, entspringt dem beispiellosen und ständig wachsenden erdumspannenden Widerstand zum Kurs der Bush-Administration, der auf ständigen Krieg gerichtet ist. Wir werden wohl niemals erfahren,

wie viele Millionen am 15. Februar 2003 tatsächlich auf die Straßen aller Kontinente geströmt sind. Der Trommelschlag setzt sich mit großen und kleinen Aktionen fort. Ein Spektrum sozialer und Klassenkräfte ist dabei in einer breiten Koalition des ganzen Volkes zusammengefließen. Stark verwurzelt in der Arbeiterklasse, reichen diese Formationen zunehmend auch in die Mittelschichten und sogar bis zu Teilen herrschender Kreise vieler Länder.

Die weltweite kommunistische und Arbeiterbewegung richtet ihr Augenmerk darauf, all diese Volkskoalitionen mit aufzubauen, welche das einzige Bollwerk gegen den gefährlichsten Imperialismus aller Zeiten sind. Unsere Parteien können über diesen mobilisierenden Prozeß viel voneinander lernen.

Die breiten Antikriegsbewegungen haben, zusammen mit ökonomischen Erwägungen und zwischenimperialistischen Rivalitäten, eine Schlüsselrolle beim beispiellosen Widerstand von Sicherheitsratsmitgliedern der Vereinten Nationen wie Frankreich, Deutschland und Rußland, denen sich China anschloß, gespielt. Während sich die Positionen der bürgerlichen Regierungen unter dem Einfluß wahrgenommener nationaler Interessen und des Druckes aus Washington verlagern können, gibt deren Opposition zum

US-Kriegskurs gegen Irak Aufschluß über das breite Panorama der Kräfte, die in die Antikriegsbewegung einbezogen werden können.

Der Kurs der Bush-Administration auf ununterbrochenen Krieg wird verheerende menschliche und ökologische Konsequenzen nach sich ziehen, die die überall stattfindenden Kämpfe für ökonomische und soziale Gerechtigkeit, für Freiheit und Demokratie gefährden. Die Völker der ganzen Welt, einschließlich des amerikanischen Volkes, werden die Vergeudung kostbarer Ressourcen für Kriegszwecke, die Zerstörung der Umwelt und weitverbreitete Verwüstungen erleiden. Dieser Kurs auf Weltherrschaft vollzieht sich vor dem Hintergrund einer sich zuspitzenden globalen ökonomischen Krise, deren zerstörerische Wirkungen durch den Krieg vervielfältigt werden.

Die KP der USA glaubt, daß es in höchstem Grade im Interesse des breiten Antikriegskampfes und der menschlichen Zukunft überhaupt liegt, daß unsere Parteien ihre Ansichten und Erfahrungen über diesen großen Prozeß der Schaffung einer Koalition austauschen, welche einen Damm gegen die Flut zu errichten sucht, die durch die gefährlichsten Elemente des USA-Imperialismus entfesselt worden ist.

Am 28. April 2003 wäre unser Autor, Kampfgefährte und Freund, der kommunistische Publizist und unerschütterliche Streiter für die DDR,

Karl-Eduard von Schnitzler

85 Jahre alt geworden. An diesem Tag haben wir uns, mit Marta fest verbunden, an einen Mann erinnert, der allen Schmähungen und jeglicher Ehrabschneiderei seiner Feinde mit Standhaftigkeit, Mut und Würde begegnete. Wir sind sehr froh, daß er zu den ersten Mitgestaltern des „RotFuchs“ gehört hat.



Kollateralschaden

Aus god's own country botschaft kam im märzenlicht vom pentagon, es richte hin aus höherm grunde als gottes henker iraks volk zur stunde – uns betrifft's ja nicht und trifft es nicht.

Wenn von zerrissnen leibern sie kein wörtchen spricht beim mittagsmahl zum sülkotelett die radioschnauze der spießer hört's, speist mit genuß, rülpst: feste haut se – ihn betrifft's ja nicht und trifft es nicht.

Zum himmel heben auf im gottvertrauen das gesicht die gläubigen und falten zum gebet die hände, daß er da oben, paßt's ihm, unten die geschicke wende – die betrifft's ja nicht und trifft es nicht.

Das börsenblatt verlautbart im akuten kursbericht, die rüstungsaktien steigen, frieden sinkt auf baisse, den maklern wärmt's das herz, steigt kalt es hoch auch vom gesäße, magnaten proklamieren die nationale pflicht, humanen krieg zu führen mit bomben für das ideal, des heiligkeit rechtfertige der opfer hohe zahl, die kriegsgewinnler ohne sums addieren, summieren schlicht, wieviel profite und wie hohe aus wie vielen leichen, sie zählen, rechnen, potenziern, es will und will nicht reichen – wenn die andern alle es auch trifft, die drei trifft's nicht.

Karl Mundstock

Richard Perle – das teuflische Gehirn des Pentagons

Prinz der Finsternis

Er scheint diesen Titel, den ihm die Medien verliehen, wie eine Auszeichnung zu tragen, denn manchmal macht er sich darüber lustig, für den Teufel gehalten zu werden. Einer, der viele Namen hat und viele Ränke schmieden kann und aus allen Ungelegenheiten immer mit einem blauen Auge davonzukommen vermochte. Vielleicht ist er ja wirklich ein Jünger Satans, der Geist, der stets verneint: denn alles, was besteht, ist wert, daß es zugrunde geht.

Vernichten und Kriege führen und Macht ausüben gehören zu seinem Image, wenn er nicht gerade den Gentleman spielt und seinen Zuhörern einreden möchte, daß er zu den „Guten“ gehört, die der „Achse des Bösen“ den Garaus machen wollen. Sein Gesicht ist schwammig und aufgedunsen, seine Augen blicken durch den Betrachter hindurch, sein fetter Körper steckt in seidenen Hemden, sein überhebliches Lächeln ist Ausdruck von Unverfrorenheit. Immerhin nennt er sich „Sicherheitsberater“, obwohl seine Ratschläge in Pentagon und Weißem Haus dazu geführt haben, daß „the ugly American“ – der häßliche Amerikaner – in aller Welt wieder zur Spottfigur aus Dreck und Feuer geworden ist.

Den Terrorismus, den Amerika bekämpfen wollte, hat er zuvörderst zu verantworten. Die UNO ist vor allem durch ihn zum Muster ohne Wert verkommen. Der Demokratie hat er das Grab geschaufelt, den zwischenmenschlichen Beziehungen die Würde genommen, die Freiheit ist durch seine Moderation ein Popanz geworden, vor dem die Vasallen die Mütze zu ziehen haben. Wenn er jetzt seinen offiziellen Abschied als Vorsitzender des Pentagon-Beratergremiums nehmen mußte, ohne jedoch aus diesem ausgeschieden zu sein, so scheint es, daß der Teufel seinen Hofstaat verloren hat. Doch gemacht, gemacht. Er weiß natürlich, daß seine Kunst viele Künste übersteigt. Und das Zündeln und Intrigieren und Beraten bleibt ihm ohnehin unbenommen in den Vorstandsetagen und Aufsichtsräten und bei all den Firmenanteilen, die ihm schon immer Macht und Einfluß verschafft haben.

Es lohnt sich, den Spuren des Prinzen zu folgen, der an der renommierten, schon 1746 gegründeten Princeton-Universität, die sich auch auf Einstein berufen konnte, Politikwissenschaften studierte. Dort knüpfte er die ersten finsternen Kontakte. Aber die Vorsehung hat es nicht gut mit ihm gemeint, als er am Anfang seiner Karriere ausgerechnet über die vom FBI verursachte Affäre stolperte, bei der es um in der israelischen Botschaft übermittelte brisante Informationen aus dem Umfeld Senator Jacksons ging. Die Botschaftsräume waren verwandt, und so wurde der Prinz verdächtigt, ein Spion des israelischen Geheimdienstes Mossad zu sein, der er vielleicht auch war, ohne daß es hinreichend bewiesen werden konnte. Seinen Beziehungen zu Israel hat

der Vorfall keinen Abbruch getan, im Gegenteil. Er ist heute noch im Aufsichtsrat der Israel-Lobby JINSA, die einen palästinensischen Staat verhindern will. Die vermutlich gezahlten Silberlinge hat er wahrscheinlich profitträchtig eingesetzt, denn risikoscheu ist er nie gewesen. Aber den Ruf des guten Amerikaners mußte er sich wohl erneut verdienen.

Offenbar hat er den Verdienst und die Verdienste auf meisterhafte Art miteinander verknüpfen können, denn der Prinz der Finsternis war ein apokalyptischer Reiter par excellence, der seine immer wieder gefragten Fähigkeiten als Vize-Verteidigungsminister der USA und Berater mit eigenen Bedürfnissen verquicken konnte. Krieg, Hunger, Pest und Tod waren seine Mitstreiter, die er ausschwärmen ließ, um die opportune Botschaft zu verbreiten, die er mit hochgestellten Gleichgesinnten gefragt und ungefragt verkündete. Er nannte sie Project for an American Century – Projekt für ein amerikanisches Jahrhundert. Seine Tätigkeiten sprechen für sich selbst. So traf er sich zum Beispiel mit dem milliardenschweren Waffenhändler Kashoggi und einem saudischen Geschäftsmann in Marseille zum Lunch, wie Riads Botschafter später versicherte, um für die Firma Trireme, an der er beteiligt ist, in erpresserischer Weise Sicherheits- und Kommunikationstechnik zu verkaufen, wobei er als Gegenleistung einen Nicht-Angriff versprach. Übrigens hat er Wort gehalten, denn Saudi-Arabien ist, obwohl die meisten angeblichen Attentäter vom 11. September aus diesem Land kamen, bisher nicht behelligt worden. Natürlich hat er seine alten Beziehungen zu Tel Aviv genutzt, um in den Aufsichtsrat der israelischen Firma Onset zu gelangen und mit deren digitalen Verkaufschlagern der Kommunikationsbranche politischen Einfluß zu gewinnen. Von ihm stammt die Abhör-Information, Hussein habe sich mit dem World-Trade-Terroristen Atta in Prag getroffen. In diesem Zusammenhang muß der Beratervertrag des Prinzen mit der bankrotten Kommunikationsfirma Global Crossing genannt werden, für deren Verkauf er 600000 Dollar bekommen sollte, falls das Pentagon der Lieferung von Sicherheitstechnik an eine asiatische Company zustimmen würde. Und um die Aufzählung zu beenden, er verdient auch als Aufsichtsratsmitglied einer britischen Firma, die Software zur Überwachung von E-Mails und Telefongesprächen produziert. Kunde ist hier ebenfalls das Pentagon.

Der Prinz der Finsternis ist also ein mit allen Wassern gewaschener Kriegsverdienter, dem überdies zugute kommt, daß er die Kriege, von denen er später profitiert, auch selbst in die Wege leitet. Und wenn man nur halbwegs ehrbar tut, hat man sie alle unterm Hut, sagt Mephisto in Goethes Faust, und das trifft auch auf die

sen „Ehrenmann“ zu, der Frankreich zwar boykottieren, aber sein Sommerhaus in der Provence, also im alten Europa, nicht aufgeben will. Ein teuflischer Prophet des Unheils, der an die Existenz von Massenvernichtungswaffen in Irak glaubte, weil er ja wußte, daß die USA sie dorthin geliefert hatten, als Saddam noch ein „nützlicher Idiot“ im Dienste Washingtons war, der die Drecksarbeit gegen Iran verrichten durfte. Der Prinz ist also ein Mann, der die Führbarkeit von Kriegen nach Umfrageergebnissen bestimmt und keine Skrupel hat, Frauen und Kinder in seine Vernichtungspläne einzubeziehen. Ein intellektueller, der denkt, daß man ein Land mit Bomben überzeugen und die Demokratie auf einer Trümmerwüste errichten kann. Ein Politikwissenschaftler, der nur den USA das Recht zubilligt, über Krieg und Frieden zu entscheiden. Ein Gerechter, der den UNO-Sicherheitsrat für überflüssig erachtet und das Recht des Stärkeren auf seine Totenkopffahnen schreibt. Ein Präventivstrateg, der die Welt ermuntert, Atomwaffen anzuschaffen, um gegen den Alleinvertretungsanspruch Washingtons gefeit zu sein. Ein Heuchler und Betrüger, der immer neue Ausreden erfindet und mit immer neuen Drohungen immer neue Kriege schüren hilft. Ein politischer Bankrotteur, der die Waffengeschäfte seines Lebens macht. Ein geistiger Terrorist, der dem Terrorismus ständig blutige Bahnen eröffnet und am Ende seiner Kriege einem Heer von Terroristen gegenübersteht, das dem „ugly American“ die Grenzen der Unterdrückung weist.

Es wird den Vereinigten Staaten kaum helfen, daß sie sich einen Berater vom Schlage Richard Perles halten, sind doch viele Berater in vielen Kriegen und Weltreichen mit jenen untergegangen, die sie zuvor ermutigt haben. **Gerhard Schmidt**

Fritze Schröder meint

Übrigens ...

Übrigens: Die Generäle „Winter“ und „Sandsturm“ sind eineiige Zwillinge ...

Übrigens: Die einzige Massenvernichtungswaffe, die in Irak gefunden wurde, war die US-Streubombe ...

Übrigens: Vom Hoteldach der Pressekammarilla sah die Zerstörung Bagdads aus wie eine Silvesterfeier am Brandenburger Tor ...

Übrigens: Die einzig mögliche Steigerungsform eines bei der Truppe „eingebetteten Journalisten“ wäre ein „eingewickelter Pressekaspar“ ...

Übrigens: In Ramstein wurden nicht nur Verbandspäckchen und Milchpulver in US-Flugzeuge verladen ...

Übrigens: Die US-Ölkonzerne freuen sich schon darauf, die Zusicherung Gerhard Schröders im Deutschen Bundestag verwirklichen zu können: Das irakische Öl muß in des Volkes Hand ...

Trägt der USA-Imperialismus unter Bush faschistische Züge?

Zur „neuen Anti-Hitler-Koalition“

Es ist nicht exakt bestimmbar, wann und wie der verbrecherische „Präventivkrieg“ der USA und ihrer Vasallen gegen das UNO-Mitglied Irak „enden“ wird. Eine Kriegserklärung gab es nicht. Es wird auch keine Kapitulation geben. Es handelt sich um einen Krieg, der nach dem Völkerrecht allein als Aggression, als eklatanter Verstoß gegen das Gebot des Gewaltverzichts bezeichnet werden kann. Ist das nicht, wie der frühere CIA-Direktor Woolsey meinte, bereits der neue Weltkrieg? Die Welt muß genau hinhören. Redet Bush nicht ständig davon, daß „der Krieg noch nicht zu Ende“ sei? Wie meint er das? Muß man nicht nüchtern konstatieren, daß bereits ein permanenter „Präventivkrieg“ gegen eine ganze Reihe von UNO-Mitgliedsstaaten vor unseren Augen abläuft? Nach dem Willen der USA handelt es sich dabei nicht um „selbständige“ Kriege, sondern nur um eine Abfolge von Kampfszenarien auf wechselnden Schauplätzen. So möchte es Bush. Und die Liste der nächsten Kandidaten im „Kampf gegen den internationalen Terrorismus“ liegt ja bereits vor und wird lediglich von Zeit zu Zeit „aktualisiert“. Der Zielsetzung entspricht auch die „Nachkriegsordnung“, die für Irak vorgesehen ist. Sie bildet einen Teil der „neuen Weltordnung“ Washingtons.

Diese Situation setzt ein geschärftes internationales Bewußtsein voraus. Der Lügenschleier muß zerrissen werden. Die Zeit erfordert Klartext. Dieser Krieg gehört zu den großen Verbrechen gegen den Frieden, den Kriegsverbrechen des Imperialismus, die seit Hitlers Machtantritt in Europa und vom kaiserlich-militaristischen Japan begangen wurden. In diesem Zusammenhang muß die Frage nach dem Charakter der USA unter Bush beantwortet werden. Es steht mir nicht an, eine fundierte marxistische Definition zu formulieren. Ich will hier nur meinen persönlichen Standpunkt darlegen. Wie sind die Außen- und die Innenpolitik der USA-Administration, die seit der letzten Präsidentenwahl mit Hilfe der Justiz an die Macht „geschoben“ wurde, einzuschätzen? Welche Gruppierungen des USA-Monopolkapitals, die sich auf eine überlegene Militärmaschinerie stützen können, sind dabei, ihr imperiales Herrschaftssystem zu installieren?

Die „Bushisten“, zu denen Cheney, Rumsfeld, Perle, Wolfowitz, Rice, Ashcroft u. a. gehören, sind offensichtlich die Protagonisten der reaktionärsten, aggressivsten, am meisten chauvinistischen Elemente der in den USA herrschenden Klasse. Sie verfolgen das Ziel, ihre internationale Diktatur zu errichten. Haben wir es schon mit dem „Faschismus des 21. Jahrhunderts“ zu tun? Zeigt er sich nur in der amerikanischen Außenpolitik oder bereits auch in der Aggression nach innen? Die Frage wird kontrovers diskutiert. Ich teile den Standpunkt von Klaus Steiniger (RF 62). Washingtons internationale Politik unterscheidet sich nicht mehr von der der Achsenmächte vor und während des Zweiten Weltkrieges. Was den repressiv-diktatorischen Charakter im Innern betrifft, so ist das Damoklesschwert bereits aufgehängt. Wenn es vorerst nicht niedersaust, dann ist das vor allem dem Umstand zu verdanken, daß es z. Z. noch keine ernstzunehmende

Gegenkraft im imperialistischen Hauptland gibt. Die Arbeiterbewegung wurde in Etappen schon seit Jahrzehnten niedergehalten und systematisch zerstört. Ich erinnere an die McCarthy-Ära, als nicht nur Linke Freiwild waren, an die Prozesse gegen Führer und Mitglieder der KP der USA in den 50er Jahren, an die Zerschlagung der afroamerikanischen Black Panther Party in den 60ern. Hinzu kommt, daß es durch die Installierung der elektronischen Medien als entscheidender herrschaftserhaltender Macht und deren massivem Gehirnwäsche-prozeß gelungen ist, den Bürgern einzuhämmern, daß das amerikanische Gesellschaftsmodell das beste in der Welt ist. Was wir im Vorfeld und während des Überfalls auf Irak in dieser Hinsicht erlebt haben, war ein „Meisterstück“ medialer Manipulierung. Eine Bande blutrünstiger Aggressoren wurde im gleichgeschalteten Sprachgebrauch von Sendern und Zeitungen zu „Befreier“, „Koalitionären“, „Verbündeten“, „Alliierten“ usw. umgelogen, denen man den Sieg über das „Regime“ Saddam Husseins wünschte. Kein Wort über die Zerschlagung der staatlichen Souveränität, die Mißachtung der territorialen Integrität, den Massenmord an unschuldigen Irakern. Das war nicht zu übertreffender Zynismus und blanker Hohn, Perversion der Sprache der Politik. Vergessen wir nicht: Faschismus entsteht nicht im luftleeren Raum, sondern ist ein Produkt der bürgerlich-kapitalistischen Machtausübung und keineswegs deren Antipode. Ich denke an die prophetischen Worte von Thomas Mann, in den USA werde „der Faschismus unter der Losung der Freiheit an die Macht kommen“. Man lese dazu auch den Roman des Nobelpreisträgers Sinclair Lewis „Das ist bei uns nicht möglich“.

Natürlich ist es für den antiimperialistischen Kampf kontraproduktiv, jeden Erzkonservativen als Faschisten und jede reaktionäre Gesellschaftsform als Faschismus zu bezeichnen. Mit solchen Begriffen muß exakt und vorsichtig umgegangen werden. Es trifft unser Grundanliegen meist genauer, wenn man die Barbarei des Imperialismus als Hauptgefahr für die Menschheit benennt. Im Widerstand gegen etablierten Faschismus ist zu beachten, daß nicht nur antikapitalistische Kräfte und Staaten einzubeziehen sind. Es bedarf in einer solchen Konstellation auch bürgerlicher Bündnispartner.

Das ist es wohl, was Klaus Steiniger mit seiner Fragestellung, ob eine „neue Anti-Hitler-

Koalition“ notwendig sei, im Auge hat. Ob es sich dabei um eine realistische Möglichkeit handelt, wird sich in Zukunft zeigen.

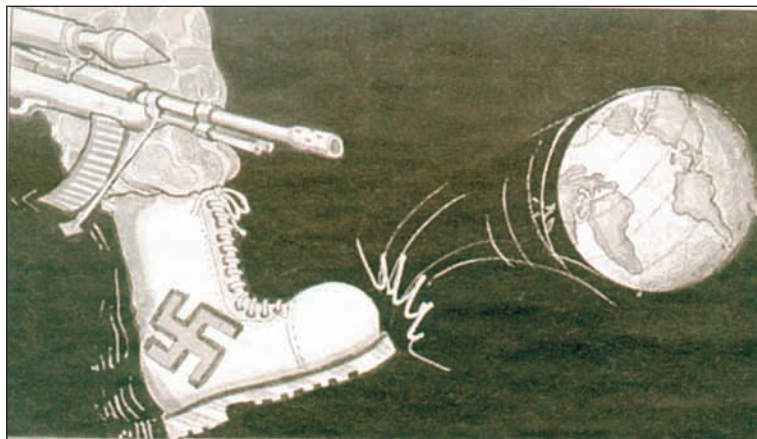
Wir haben es gegenwärtig mit mehreren sich herausbildenden imperialistischen Machtzentren zu tun. Sie verfolgen letztlich eigene, dem jeweiligen Kapital dienende Ziele. Eine Entfernung der herrschenden Kreise einiger imperialistischer Staaten von den USA darf deshalb nicht zu der Vorstellung führen, es handle sich um „nationale“ Interessen auch der Werktätigen. Darum ist es z. B. eine Illusion, in einem von der BRD und Frankreich dominierten Europa den „friedlichen Gegenpol“ zur US-Strategie zu vermuten.

Wie, durch welche Kräfte und mit welchen Mitteln kann die Bedrohung der Menschheit gestoppt werden? Gibt es einen Ausweg aus der globalen Katastrophe? Trotz allem bejahe ich bei gebotener Nüchternheit die Position eines historischen Optimismus. Ich glaube, daß die von den USA praktizierte Weltherrschaftspolitik langfristig keine Aussicht auf Erfolg hat. Die Vereinigten Staaten werden sich übernehmen und in wachsende Isolierung geraten. Der „Rest der Welt“ läßt sich nicht auf Dauer zur Manövriermasse amerikanischer Interessen degradieren.

Aber ich muß gestehen, daß ich bei der konkreten Beantwortung der Frage, wie und durch wen der Wandel zustande kommen soll, ziemlich ratlos bin. Sind die Vereinten Nationen eine solche ernstzunehmende Kraft? Es ist sicher richtig, die UNO-Charta zu verteidigen. Aber ist die umfassendste internationale Organisation, die nur das Kräfteverhältnis in der Welt reflektiert, dazu imstande, jene Rolle zu spielen, die ihr in der Charta beigemessen wird? Deutet nicht die zynische Diskussion über die jetzt vorgeschlagene „Arbeitsteilung“ zwischen den militärischen Zerstörern und den „humanitären Aufbauhelfern“ darauf hin, wie fortgeschritten die Zersetzung des Völkerrechts und des UNO-Systems schon ist? Und wie verhält es sich mit der Friedensbewegung? Ihre Breite und Dynamik, vorher kaum so erwartet, hat das Weltgewissen wacherüttelt. Den Krieg vermochte sie aber nicht zu verhindern. Wird sie in Zukunft die Kraft entwickeln, die Bushisten bei ihrem weiteren Amoklauf zu stoppen? Dazu wird sie nur imstande sein, wenn ihre aktivsten Kräfte die tiefere Ursache des Krieges – das Wesen der kapitalistischen Ordnung – erkennen und den Massen be-

wußtmachen. Mit anderen Worten: wenn es gelingt – organisiert und weltweit koordiniert – Friedensbewegung und sozialen Widerstand zu vereinen. Als Kommunisten/ Sozialisten sind wir aufgerufen, dafür zu wirken.

Dieter Itzerott



Die Vereinten Nationen im Lichte der USA-Aggression gegen Irak

Das Völkerrecht verteidigen!

Wenige Tage bevor George W. Bush die Kriegsmaschinerie der USA gegen Irak in Gang setzte, kam „Der Spiegel“ unter dem Titel „Der entfesselte Gulliver“ heraus. Das erinnerte mich an Situationen in den 60er und 70er Jahren, als der Doyen unter den Völkerrechtlern der DDR, Prof. Dr. Peter Alfons Steiniger, bei uns in Dresden auf kritische Fragen der Zuhörer reagierte: Was nützen die UNO-Charta und Völkerrechtsprinzipien angesichts vieler Konflikte und Kriege, die dennoch vom Zaun gebrochen werden? Steiniger antwortete vor allem mit zwei Argumenten: Der Imperialismus war, ist und bleibt ein Raubtier, dessen Charakter auch die UNO nicht ändern kann. Aber Beschlüsse der Vereinten Nationen, Völkerrechtsnormen und Verträge können Stricke sein, die bei gehöriger Stärke selbst Raubtiere behindern, vielleicht sogar fesseln können. Und: Die UNO ist nicht besser und nicht wirksamer, als es die Mitgliedsstaaten, vor allem die Großmächte, zulassen. Das Vetorecht hielt er trotz vieler Patt-Situationen für nötig, weil die UdSSR damit der imperialistischen Politik Widerstand entgegenzusetzen konnte. Steiniger warnte vor jeder Unterschätzung des (Völker-)Rechts als einer Waffe in den Händen der Kräfte des Sozialismus. Dieses theoretische Erbe ist von Linken gut zu nutzen.

Damit bleibt unbestritten, daß die Geschichte der Vereinten Nationen sehr widersprüchlich verlief, ihre Höhen und Tiefen hatte. Es gab Erfolge und Versagen. Vor allem aber Erfahrungen. Zur Bilanz gehört: Die Prinzipien der UNO-Charta wurden bis 1990 nicht weltweit und uneingeschränkt zur Praxis in der internationalen Politik. Doch nach dem Zusammenbruch des Sozialismus in Europa und der UdSSR steht das gesamte UNO- und Völkerrechtssystem unter massivem Beschuss, vor allem seitens des USA-Imperialismus. Der Streit geht um die Frage: Erleidet die UNO dasselbe Schicksal wie einst der Völkerbund? Bedeutet die „Abstinenz“ des Sicherheitsrates in der „Irak-Frage“ das Ende des gültigen Völkerrechts? Und: Welche Rolle fällt den Vereinten Nationen nach dem Ende der Aggression gegen Irak zu?

Neu ist: Noch nie beschäftigten sich so viele Menschen mit Fragen des Völkerrechts und der UNO-Struktur. In der PDS waren der Parteitag in Münster, der Dresdner Parteitag kurz nach dem 11. September 2001 und der Berliner Sonderparteitag Anfang April 2003 weitgehend von Debatten zu dieser Thematik geprägt. Die Auseinandersetzung ist berechtigt, weil es in ihr um existentielle Fragen der Menschheit geht: Wird das Recht des Stärkeren oder wird die Stärke des Rechts (in den Grenzen der kapitalistischen Gesellschaft) triumphieren? Außenminister Fischer erklärte dazu in der letzten Sitzung des Sicherheitsrates vor dem Krieg am 14. März 2003: „Wir stehen womöglich vor einer epochalen Zäsur.“ Worauf beruht diese Ahnung auch anderer?

Die politische und militärische Spitze der USA wollte und plante den Krieg gegen

Irak schon lange vor dem Anschlag auf das World Trade Center am 11. September 2001. Dafür gab und gibt es komplexe Ursachen, die den Anspruch auf Weltherrschaft und die Kontrolle der entscheidenden Erdölressourcen einschließen.

Im Hinblick auf die UNO wurde zur Kernfrage: Werden die USA für ihre Aggressionspläne die Zustimmung des Sicherheitsrates erhalten oder nicht? Ist ihnen eine Mehrheit sicher, oder werden sie in die Minderheit verwiesen? Legt eines der fünf ständigen Mitglieder sein Veto ein? Das Ergebnis ist bekannt: Trotz wochenlangen Nervenkrieges, trotz Druckausübung, Erpressungsversuchen und Bestechungs-bemühungen war die Resolution 1441 das Ergebnis, um dessen Auslegung von nun an gerungen wurde. Eine ihr widersprechende Kriegsermächtigungsresolution, die die USA, Großbritannien und Spanien vorlegten, bekam keine Zustimmung. Bemerkenswert ist, daß auch nichtständige Mitglieder wie Angola, Guinea, Kamerun, Chile und Mexiko sich den USA couragiert widersetzen. Das ist positiv zu werten. Die Bush-Administration konnte sich bei ihrer Aggression nicht in die Toga scheinbaren Rechts hüllen, es war möglich, das Vorgehen der USA als Verbrechen gegen das Völkerrecht zu brandmarken. Das gab dem Aufbegehren der Friedensaktivisten Kraft, der Widerstand der Blockfreien artikuliert sich, in der arabischen Welt wurde machtvoller Protest erhoben. Die Langzeitwirkungen dieser Faktoren sind noch gar nicht abzuschätzen. „Der Kaiser ist nackt.“ Washington wurde weltweit isoliert.

Im Vorfeld war nicht auszuschließen, daß die USA mit Verlockungen und Drohungen das „Mandat“ des Sicherheitsrates für ihre Aggression doch noch erzwingen würden. Wäre dann der Krieg völkerrechtskonform gewesen? Natürlich nicht. Einziger Maßstab ist die UNO-Charta, die die Drohung und Anwendung von Gewalt in den zwischenstaatlichen Beziehungen (Ausnahme in Art. 51) grundsätzlich verbietet. Genau so wie ein Richter Recht verletzen kann, ohne daß sich damit das Recht ändert, ist es bei Beschlüssen des Sicherheitsrates (im Falle der Interessenübereinstimmung der Vetomächte) möglich.

Bis heute hat der Sicherheitsrat die USA-Aggression nicht verurteilt. Das ist aber auch wegen des Einspruchsrechts der Aggressoren – der USA und Großbritanniens – gar nicht möglich. Was könnte jetzt geschehen? Im Rahmen der UNO bleibt eine Option: Seit dem 3. November 1950 gibt es einen Präzedenzfall für ein Verfahren, das bisher zehnmal wiederholt wurde. Damals hat die UN-Vollversammlung mit großer Mehrheit die Resolution V 377 („Uniting for Peace“) angenommen, womit sich die USA den Einsatz ihrer Truppen in Korea „mandatieren“ ließen, als der Sicherheitsrat wegen des Boykotts der Sowjetunion aktionsunfähig war. Die Erfahrungen aus der Wiederholung dieses Modus anlässlich der Besetzung Jerusalems durch Israel, des Eingreifens sowjetischer Truppen in Afghanistan usw. könnten heute dienlich

sein. Zwar hätte eine Verurteilung der USA-Aggression durch die Mehrheit der UNO-Mitgliedsstaaten keine bindende rechtliche Wirkung, wäre aber von erheblicher moralischer Bedeutung.

„Gott sei Dank für den Tod der UNO.“ Dieser Satz stammt vom langjährigen Bush-Berater Richard Perle, der zwar inzwischen wegen dubioser Geschäftspraktiken offiziell aus dem Amt schied, aber nach wie vor der wichtigste Ratgeber von Kriegsminister Rumsfeld ist. Die Worte Perles widerspiegeln das wahre Denken der amerikanischen Führung in bezug auf die UNO, die ihre Entstehung auch den Vereinigten Staaten verdankt. Die USA nutzten sie, soweit das ihren Interessen entsprach; sie sabotierten sie – auch mit Hilfe von Beitragsverweigerung –, wo immer ihnen die UNO-Struktur und das Völkerrecht im Wege standen. Der Streit um die Resolution 1441 und deren Auslegung wurde tatsächlich zur Zäsur. Den USA ging es einzig und allein darum, hinter der Nebelwand einer „Koalition der Guten zur Bekämpfung des Terrorismus“ eine Blankovollmacht für zeitlich und räumlich unbegrenzte Militäraktionen zu erhalten. Wie die „Monitor“-Moderatorin Sonia Mikich am 13. März 2003 versicherte, haben die USA bei diesem Ansinnen „gefälscht, getrickst, erpreßt“. Der den Republikanern zugehörige USA-Völkerrechtler Alfred de Zayas sprach sich dafür aus, daß führende USA-Politiker nach ihrer Amtszeit (die ihnen Immunität verleiht) vor dem Strafgerichtshof in Den Haag erscheinen sollen. Wenn der Völkerrechtler Ulrich Fastenrath einen Beitrag „USA schreiben das Völkerrecht in ihrem Sinne“ titelte, muß ihm widersprochen werden. Kein Staat hat das Recht, international gültige Normen „umzuschreiben“. Nachdem Bush erklärte, daß er „niemanden um Erlaubnis bitten müsse“, wenn er zum Krieg schreite, geht es heute um nicht weniger als darum, ob die UNO-Charta und die auf ihr beruhenden Völkerrechtsprinzipien gültig bleiben oder Makulatur werden. Aus dieser Sicht war der Widerstand des Sicherheitsrates gegen die von den USA, Großbritannien und Spanien vorgelegte Kriegsermächtigungsresolution ein ermutigendes Signal, nachdem die UNO im Falle der NATO-Aggression gegen Jugoslawien jämmerlich versagt hatte.

Prof. em. Dr. sc. phil. Horst Schneider

Unser Autor war bis 1990 Mitglied des Präsidiums der DDR-Liga für die Vereinten Nationen.

Über 500 im Verein

Mehr als 500 Genossinnen und Genossen gehören inzwischen dem „RotFuchs“-Förderverein e. V. an. Als 500. Mitglied – unterdessen sind weitere Mitstreiter hinzugekommen – konnte **Dr. Bernhard Igel aus Eisenach**, bekannt auch aus seinen Beiträgen für die UZ, aufgenommen werden.

Herzlichen Glückwunsch!

Friede ja – doch nichts mit „Freude, Eierkuchen“

Zum Berliner PDS-Parteitag

Mit ihrem Sonderparteitag zur Friedensproblematik Anfang April bekräftigte die PDS ihren Anspruch als konsequente Antikriegspartei. Ohne Zweifel: Keine Formation, die in Deutschlands Parlament vertreten ist, hat sich so entschieden auf die Seite der Gegner des amerikanischen Überfalls auf Irak gestellt wie die PDS. Gerade in den Wochen, in denen der kriminelle Klüngel im Weißen Haus, im Pentagon und im State Department die von ihm inszenierte Irak-Krise zuspitzte und seine Aggression entfesselte, war es von den Bundestagsparteien allein die PDS, die sich nicht mit dem von der Schröder-Regierung verkündeten halbherzigen Verzicht auf eine direkte militärische Beteiligung am Krieg begnügte. Sie forderte energisch, auch jene Komplizenschaft zu beenden, die den Interventionen auf vielfältige Weise Unterstützung gewährte – bis zum „Schmierestehen“ vor Ami-Kasernen.

Übrigens: So wie sich die PDS – von der Basis bis zur Führung – für den Frieden engagierte, leistete auch die parteinahe Zeitung „Neues Deutschland“ mit ihrer kontinuierlichen, faktenreichen und argumentationsstarken Berichterstattung einen bemerkenswerten Beitrag, um die Hintergründe der Aggression bloßzulegen und den Antikriegsprotesten eine publizistische Tribüne zu bieten. Sogar die lange vermißte Vokabel „USA-Imperialismus“, die dem ND schon entfallen zu sein schien, tauchte im Leitartikel von Chefredakteur Jürgens Reents wieder auf. Wir haben es registriert.

Dem PDS-Friedenskongreß war zweifellos auch eine innerparteiliche Funktion zugeacht. Er sollte, so die Parteivorsitzende, einen „identitätsstiftenden“ Effekt haben: Denn besser als jedes andere Thema schien die Friedensfrage geeignet, den nach dem Wahldesaster vom September 2002 offen entbrannten und sich vor dem Programmparteitag im kommenden Oktober weiter verschärfenden Richtungsstreit zwischen marxistischen Kräften einerseits und Gestaltungsoppositionellen wie Fundamentaltalopportunisten andererseits zumindest zu entschärfen. Es sah so aus, als sei ein zeitweiliger Waffenstillstand eingezogen. Wer indes annimmt, auf diese Weise habe man einen Zustand herbeiführen können, der in etwa jener sprichwörtlichen Wendung folgt, bei der dem Begriff „Friede“ dann auch noch spöttisch „Freude, Eierkuchen“ hinzugefügt wird, dürfte einem Trugschluß unterliegen. Bei genauerem Hinhören ließen sich schon auf diesem „Parteitag weitgehender Übereinstimmung“ Töne vernehmen, die signalisieren: Nach der Eintagspause im Meinungsstreit geht das Ringen um grundsätzliche Richtungsentscheidungen in der PDS weiter. Das betrifft selbst die Friedensproblematik. Obwohl die Exponenten des sogenannten Reformflügels im Plenum sichtlich zurückhaltend agierten, ließen sie keinen

Zweifel daran, daß sie nicht ruhen werden, bis der in Münster gefaßte Parteitagsschluß gekippt ist, durch den die PDS prinzipiell Gewalt als Mittel von Politik ablehnt – auch wenn sie angeblich zu „friedenssichernden Zwecken“ angewandt und von der UNO sanktioniert wird.

Bereits am Vorabend des Friedensparteitages hatte Gysi in einer ND-Kolumne von seiner Partei die „volle Anerkennung der UN-Charta einschließlich des Gewaltmonopols des Sicherheitsrates“ verlangt, was sich eindeutig gegen Münster richtete. Noch direkter wurde der Berliner PDS-Senator Flierl, der sich im Plenum gegen „Denkverbote“ hinsichtlich der seinerzeit beschlossenen Ablehnung der Teilnahme an UN-Kampfeinsätzen wandte. Ex-Bundesgeschäftsführer Bartsch deutete an, daß die PDS ihre Münsteraner Grundsatzzposition nun wohl doch nicht beibehalten könne. Und die Parteivorsitzende selbst wartete mit der einigermaßen verblüffenden Ansicht auf, daß sich die in der PDS „weitverbreitete Vorstellung, die UNO könne für immer und ewig in ein Machtinstrument der USA verwandelt werden“, als unzutreffend erwiesen habe. Ganz so, als sei der Sicherheitsrat gegen die „Interpretation“ seiner Irak-Resolution 1441 als Mandat für den Präventivkrieg durch die amerikanisch-britischen Invasoren mit wirklich all seinen Möglichkeiten – Vetorecht oder Forderung nach einer UNO-Sondertagung – vorgegangen. Gabi Zimmer ließ ganz außer acht, daß gerade dieses Gremium mit der vorausgehenden Entwaffnung Iraks das Risiko für die Angreifer minimiert, seine Waffeninspektoren unmittelbar vor Kriegsbeginn abgezogen und so ein Hindernis gegen die Aggression selbst beseitigt hatte. Auch zu einer eindeutigen Verurteilung der Intervention als Völkerrechtsbruch war das höchste ständige UN-Gremium nicht imstande.

So wünschenswert die Stärkung der Weltorganisation und ihrer Instrumente auch ist – derzeit stößt deren Wirksamkeit an die engen Grenzen der Interessen der sie dominierenden Großmächte, wobei die alleinige Supermacht USA die ihren skrupellos durchzusetzen gewillt ist. Auch gegen die UNO.

Die für den Frieden ausgehenden Gefahren werden sich absehbar dadurch vergrößern,

daß an die Stelle eines inzwischen überflüssig gewordenen Bündnisverhaltens gegen die einstige sozialistische Staatengemeinschaft nunmehr zwischen-imperialistische Konkurrenz und sich verschärfende Rivalität getreten sind. Schon hat BRD-Militärminister Struck Anspruch auf gravierende Erhöhung seines Ressorthaushalts angemeldet. Unmißverständliche Begründung: „um mit den Amerikanern gleichziehen zu können“ (!)

Wie man sieht, ist der Imperialismus mehr denn je die Quelle des Krieges. Als bemerkenswert erscheint in diesem Zusammenhang eine Äußerung von Michael Brie, der immerhin zu den prominenten Reformern in der PDS gehört. Am 5. 2. 03 schrieb er unter der Schlagzeile „Wer vom Krieg redet, darf vom Kapitalismus nicht schweigen“ im ND: „Dieser Krieg ist ein Kind des neoliberalen High-Tech-Kapitalismus ... Es ist dieser Kapitalismus, der uns zum Kriege verdammt ... Wer diese Kriege nicht will, wird so unbescheiden sein müssen und sagen: Eine andere Welt ist nötig, da es ohne sie keine friedliche Welt geben wird!“ Und: „Der Hauptfeind des Friedens steht im eigenen Land ...“ Die einzig mögliche Schlußfolgerung daraus – vor allem für eine sozialistische Partei – kann nur lauten: Nicht Anpassung an das angeblich „zählbare“ kapitalistische System, sondern eine Politik, die auf dessen Überwindung abzielt, um Frieden zum Normalzustand menschlichen Zusammenlebens werden zu lassen. Und das heißt folgerichtig, sich als Systemopposition zu begreifen und zu verhalten.

Davon nicht zu trennen ist der alltägliche Kampf um die unmittelbaren sozialen Belange derer, die nicht zu den Eliten und Nutznießern des Kapitalismus zählen. Sich energisch gegen den fortschreitenden Sozialabbau zu wehren, gehört, wie Christa Luft auf diesem Parteitag betonte, zum Friedensengagement.

Und so zeigt sich denn, daß der Anspruch, als Friedenspartei zu gelten, nicht einlösbar ist, ohne zugleich antikapitalistisch zu sein. Ob sich diese Erkenntnis jedoch beim innerparteilichen Ringen um ein neues Programm durchsetzt und auf dem Programmparteitag im Oktober richtungsentcheidend sein wird, ist noch keineswegs gewiß. Zwar scheint die große Mehrheit der PDS-Mitgliedschaft bereit zu sein, den mit ihrem klaren Nein zum imperialistischen Krieg verbundenen Konsequenzen auch programmatisch Ausdruck zu verleihen. Doch es fehlt nicht an Verhinderern. Dietmar Bartsch – einer ihrer Wortführer – deutete auf dem Berliner Sonderparteitag jedenfalls schon einmal an, daß es im Oktober einen (im Sinne der Reformisten) programmatischen „und gegebenenfalls auch anderen Neuanfang geben“ werde. Was von nicht wenigen Delegierten als Drohung verstanden wurde und so wohl auch gemeint war. **Wolfgang Clausner**

Am 9. April 2003 starb im Alter von 78 Jahren der bewährte Kommunist

Wilhelm Fitzner

aus Wichenstein in Nordbayern, der sich mit seinen Büchern zu historischen und philosophischen Themen selbst ein Denkmal gesetzt hat. Wir grüßen seine Frau und Kampfgefährtin Annemie und entbieten unserem treuen Leser einen letzten Gruß.

Warum das sozialistische Gemeineigentum Staatseigentum sein muß

Wo Kurz zu kurz greift

Erst durch die radikale Lösung der Eigentumsfrage, durch die Schaffung von Gemeineigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln, können die aus dem Kapitalverhältnis resultierenden Widersprüche gelöst werden. Problematisch und zugleich spannend wird die Frage nach den konkreten Formen des Gemeineigentums, zumal hier die Auffassungen auseinanderdriften. Robert Kurz plädiert dafür, das Problem der Vergesellschaftung auf die Tagesordnung des 21. Jahrhunderts zu setzen, „aber völlig neu formuliert, jenseits von Macht und Staat, damit auch jenseits der juristischen Illusion“, jenseits der Staats- und Genossenschaftsillusion. Leider bleibt Kurz die Antwort schuldig, wie das Problem der Vergesellschaftung anzupacken sei. Zustimmungsfähig ist seine These, daß in der Form des modernen warenproduzierenden Systems nicht die Menschen vergesellschaftet sind, sondern die von ihnen produzierten Dinge in Gestalt von Waren. In der kapitalistischen Gesellschaft stehe der vereinzelt Einzelne nur in Beziehung allseitiger Konkurrenz zueinander. Widerspruch provoziert jedoch seine Auffassung, daß es eine falsche emanzipatorische Aufgabe des Sozialismus bisheriger Prägung gewesen sei, „die bewußtlose Vergesellschaftung der Dinge in eine bewußte Vergesellschaftung der Menschen zu verwandeln“ und dabei „die juristische Form des Eigentums für den Dreh- und Angelpunkt des Problems“ zu halten. In diesem Sinne polemisiert er auch gegen das Staatseigentum, da seiner Auffassung

nach der Staat selbst ein Produkt der dinglichen Vergesellschaftung sei. Hier wird deutlich, daß es in der Staatsfrage, der staatlichen Leitung ökonomischer Prozesse und in bezug auf das staatliche Eigentum gravierende Positionsunterschiede gibt. Antithetisch sei deshalb angemerkt: Wenn von der Dialektik von Macht und Eigentum ausgegangen wird, dann muß sich auch im gesamtgesellschaftlichen Eigentum die wechselseitige Beziehung von Eigentümerfunktion und politischer Machtausübung manifestieren. Dies kann nur durch den sozialistischen Staat gewährleistet werden. Nicht außerhalb der Betrachtungen darf bleiben, daß das Eigentum an den Produktionsmitteln die Kernfrage der Produktionsverhältnisse ist. Wenn wir davon ausgehen, daß in den sozialistischen Produktionsverhältnissen die gesellschaftlichen Triebkräfte und Vorzüge des Sozialismus wurzeln und ihnen Interessen und Motive des Handelns der Menschen entspringen, müssen diese Fundamentalpositionen in unserem künftigen Sozialismusbild einen gewichtigen Platz einnehmen. Bekanntlich bringen die Produktionsverhältnisse auch das Verhältnis der Produzenten zueinander zum Ausdruck. In der DDR waren es trotz diskussions- und kritikwürdiger Mängel Beziehungen eines kameradschaftlichen Zusammenwirkens der Werktätigen und nicht wie im Kapitalismus die Vereinzelung und die Konkurrenz der sogenannten Arbeitnehmer.

Wenn von den Produktionsverhältnissen die Rede ist, so müssen sie als ständig zu reproduzierende Entwicklungs- und Bewegungsform der gesellschaftlichen Produktivkräfte begriffen werden, die diesen freien Raum zu eröffnen haben. Hier handelt es sich um ein Prüfkriterium für die Entwicklung von Wissenschaft und Technik im Interesse der Menschen und ihrer Umwelt. Sobald anerkannt wird, daß allein der sozialistische Staat Repräsentant des Eigentums und der gesamtgesellschaftlichen Aneignung ist, dann muß auch das staatliche Eigentum unteilbar sein. Allerdings hat für den sozialistischen Staat charakteristisch zu sein, daß er ein gesellschaftlich arbeitsteiliger, tief gegliederter Organismus ist und nicht Ausdruck einer kleinen bürokratischen Zentrale, einer Machtelite. Hier ordnet sich auch folgerichtig die Miteigentümergeinschaft der Arbeitenden und ihrer Kollektive als assoziierter Werktätiger im sozialistischen Staat ein.

Auch für die ökonomische staatliche Leitung ist das Prinzip des demokratischen Zentralismus als organische Verbindung von zentraler staatlicher Leitung und eigenverantwortlichem Handeln der Wirtschaftseinheiten (Betriebe) und Werktätigen bestimmend. Ohne den demokratischen Zentralismus ist die Leitung des Vergesellschaftungsprozesses, die gesellschaftliche Arbeitsteilung und Kooperation im Hinblick auf die Entwicklung der Produktivkräfte nicht optimal zu gestalten. Der nach der sogenannten Wende politisch befahrene demokratische Zentralismus darf nicht als Vollzugsdemokratie, sondern muß als Entscheidungsdemokratie unter aktiver Mitwirkung der Betriebskollektive verstanden werden. Erst dann kann er als Grund-, Entwicklungs- und Organisationsprinzip der Gesellschaft auch im Bereich der Wirtschaft seine Optimierungsfunktion erfüllen.

Für die zu schaffenden neuen Eigentumsverhältnisse werden einige grundlegende Fragen aufgeworfen, die die sozialistische Gesellschaftsordnung tangieren. So muß das vergesellschaftete Eigentum Basis und Prüfstein für die Gewährleistung der persönlichen und gesellschaftlichen, der politischen und sozialen Freiheit der Werktätigen sowie für die bewußte Identifikation der Arbeitenden mit dem Eigentum sein. Es handelt sich dabei um eine Frage, die in der DDR z. T. unterschätzt und als automatisch gegeben idealisiert wurde. So fiel es den neuen Machthabern leicht, das Denken der Menschen zu korrumpieren und sie im Interesse des Kapitals zu enteignen.

Prof. Dr. Werner Roß

Antimperialistische Friedensposition vom Wähler honoriert

Glückwunsch, Diether Dehm!

Der durch die Zeitung „junge Welt“ als PDS-Linker apostrophierte stellvertretende Bundesvorsitzende Diether Dehm hat Ende März bei der Oberbürgermeisterwahl im badischen Lörrach ein eindrucksvolles Ergebnis erzielen können. Er schnitt besser ab als je zuvor ein PDS-Bewerber im Westen. Dehm gelang es, einen nicht unerheblichen Teil der 35000 wahlberechtigten Lörracher für die Unterstützung seiner Liste zu gewinnen. Auf sie entfielen 17,73% des abgegebenen Votums. Bei vorangegangenen Kommunalwahlen hatte die PDS kaum mehr als 1% erzielt, so daß sie im Stadtparlament nicht vertreten ist. Der 52jährige Kandidat – er kommt ursprünglich aus der SPD und ist im Selbständigen-Milieu verwurzelt – hatte sich mit seiner BündnisKonzeption auf die soziale Struktur der Lörracher Bevölkerung, bei der das kleinbürgerliche Element überwiegt, eingestellt. Vor allem aber konzentrierte er seinen Wahlkampf darauf, jene Kräfte beherrscht anzugreifen, die sich mit der direkten und indirekten Unterstützung der Aggression gegen Irak in den Augen vieler Wähler kompromittiert hatten. Während die klare Favoritin und bisherige Rathauschefin Gudrun Heu-

te-Bluhm (CDU) auch diesmal bei reduziertem Stimmenanteil einen deutlichen Sieg errang, kam Dehm auf den zweiten Rang. Die Wahlbeteiligung lag allerdings nur bei 34,1%, was auch auf den Verzicht der SPD mit zurückzuführen sein könnte. Doch das mindert nicht die politische Leistung des PDS-Bewerbers, der sein Abschneiden mit dem Satz kommentierte: „Es war die Mischung aus antimperialistischen Antikriegspositionen und promittelständischem Programm, die meinen Erfolg bewirkt hat.“ Seine Vision, aus der südbadischen Kleinstadt im Dreiländereck ein Zentrum der europäischen Friedensbewegung und ein „deutsches Porto Alegre“ zu machen, sei bei den Lörrachern offensichtlich auf Sympathie gestoßen. Der Erfolg des PDS-Politikers wiegt innerparteilich um so schwerer, als er nach dem Geraer Parteitag zur Zielscheibe übler Verleumdungen seitens des rechten PDS-Flügels um Bartsch geworden war. Die „Reformer“ hatten mit allen Mitteln versucht, ihn aus der Führung der Partei hinauszudrängen. Aus der Lörrach-Wahl ist er jetzt gestärkt hervorgegangen. Glückwunsch zum Ergebnis, Diether Dehm!

R. F.

Unsere Leser und Vereinsmitglieder
Horst Schröter (75)
 aus Iserlohn und
Klaus-Dieter Trantow (65)
 aus Hildesheim
 begehnen am 4. und 16. Juni 2003 ihre Geburtstage. Wir senden beiden Genossen aus diesem Anlaß herzliche Grüße und solidarische Wünsche.

Typen und Formen der bürgerlichen Konterrevolution

Die Lüge von der „Wende“

Zur Charakterisierung der Ereignisse von 1989/90 wird selbst von linkssozialistischen Kräften verschämt der verschleiernde Begriff „Wende“ und nicht die historisch konkrete und korrekte Bezeichnung „Konterrevolution“ benutzt. Dieses Wort ist keine Erfindung der Kommunisten, sondern der Verteidiger der Großen Französischen Revolution – also des revolutionären Bürgertums. Allerdings hat seine Anwendung in der heutigen Situation doch etwas mit sozialistischer Weltanschauung zu tun. Wenn Gregor Gysi behauptet, daß es in der DDR keine Konterrevolution gegeben habe, weil hier vorher keine sozialistische Revolution stattgefunden hätte („Das war's. Noch lange nicht!“, S. 178), dann beweist das bestenfalls, daß jahrelang dem falschen Mann Beifall gezollt wurde. Unabhängig davon aber zeigt die Diskussion unter früheren DDR-Bürgern, die immer treu zu ihrem Staat standen, daß es selbst vielen von ihnen schwerfällt, den erfolgten politischen Wechsel richtig einzuordnen. Die Besonderheit der Konterrevolution 1989/90 in der DDR besteht – im Vergleich mit den anderen antisozialistischen Umstürzen in Osteuropa – darin, daß unser Land dem höchstentwickelten bourgeoisen Staat Europas angeschlossen wurde. Eine unabhängige DDR – auch eine bürgerliche – hätte ohne entsprechendes Hinterland, wie wir inzwischen wissen, wirtschaftlich nicht überleben können. Dennoch: Konterrevolution bedeutet immer einen gesellschaftspolitischen und somit sozialen Rückschritt, selbst dann, wenn sich die individuellen Konsumtionsmöglichkeiten vieler Bürger wesentlich verbessern.

Die meisten Menschen verbinden mit dem Begriff Konterrevolution blutigen Terror gegen Linke und andere Methoden äußerster Gewaltanwendung. Hier wird also eine Form der Konterrevolution verabsolutiert und zugleich deren politischer Inhalt nicht erkannt. Die bürgerlichen Konterrevolutionen vollziehen sich auf verschiedene Weise, um einen wesentlichen Inhalt durchzusetzen und treten nicht nur in sozialistischen oder volksdemokratischen, sondern selbst in kapitalistischen Staaten auf. Jede Errichtung einer autoritären, faschistoiden oder offen faschistischen Diktatur ist dem Inhalt nach konterrevolutionär gegenüber der bürgerlich-demokratischen Herrschaftsform des Kapitalismus. Ihre Ziele sind die Beseitigung demokratischer Grundrechte, staatsbürgerlicher Freiheiten und anderer schwer erkämpfter Errungenschaften des Volkes. Die Intrigen der Royalisten gegen die Französische Republik, der Kornilow-Putsch in Rußland, Francos Erhebung gegen die Spanische Republik, der Sturz Allendes in Chile, das Abwürgen der Revolution in Portugal, der Putschversuch in Spanien nach dem Machtwechsel, die Aktivitäten gegen den venezolanischen Präsidenten Chavez und die rechtsextremistische Politik von Berlusconi in Italien trugen und tragen objektiv konterrevolutionären Charakter. Dabei können Konterrevolutionen in kapitalistischen Staaten

durchaus auch mit parlamentarischen Mitteln durchgesetzt werden (Machtübertragungen an Hitler, Mussolini, Petain, Bildung des Ministeriums für Heimatschutz in den USA usw.).

Konterrevolutionen in sozialistischen Ländern besitzen eine völlig andere Spezifik. Finden sie innerhalb des Prozesses der revolutionären Machteroberung statt, dann erfolgen sie stets in militärisch-terroristischer Form (Frankreich 1871, Deutschland 1918/19, Finnland 1918, Bayern und Ungarn 1919, Sowjetrußland 1918–1920, Polen 1944–1948, Kuba 1961). Das ergibt sich daraus, daß die Bourgeoisie noch über genügend bewaffnete Anhänger aus der alten Ordnung verfügt. Gelingt es den sozialistischen Kräften innerhalb kürzester Zeit nicht, diese Konterrevolution niederzuwerfen, so unterliegen sie, oder es entwickelt sich ein Bürgerkrieg, dessen Ausgang über Sieg oder Niederlage beider Seiten entscheidet. Auch imperialistische Aggressionen wie die Kriege gegen die KVDR und die DRV verfolgten konterrevolutionäre Ziele.

Nach der Festigung der Diktatur des Proletariats und angesichts der Existenz starker Schutz- und Sicherheitsorgane, eines breiten gesellschaftlichen Rückhalts und ausländischer Bündnispartner blieb die Konterrevolution ohne sofortige Siegeschancen (Polen/Poznan und Ungarn 1956). Nun mußten andere Kräfte und Formen gefunden werden, denn reaktionäre Gewalt führte fast immer zu einer Stärkung des Abwehrpotentials der Verteidiger des Sozialismus. Die ungarische Konterrevolution 1956 bildete hierfür eine wichtige Zäsur. In ihr wurden Faktoren sichtbar, die für die Zukunft mehr Erfolg verhiessen: eine kleinbürgerlich geprägte Intelligenz, Revisionisten in der Partei, die Deklassierung großer Teile der Arbeiterschaft. Angehörige der Intelligenz beeinflussten Parteimitglieder, bis sie für den Revisionismus reif waren und sorgten auch bei der Arbeiterklasse für ein Wachhalten kleinbürgerlicher Wertvorstellungen. Hat sich der Revisionismus in der Partei erst einmal Positionen geschaffen, dann ist die Vorhut nicht mehr kampffähig, die Staatsmacht paralysiert und außerstande, den Sozialismus zu verteidigen. Ja, sogar die Schutz- und Sicherheitsorgane verlieren ihr Gewicht. Deshalb setzte man in Ungarn und der CSSR zunächst vorrangig auf die Intelligenz und den Revisionismus. Beim Prager Frühling zeigte sich indes, daß das nicht ausreichte, um den Sozialismus zu stürzen. Erhebliche Teile der Arbeiterklasse und der Genossenschaftsbauern hielten an ihm fest, so daß es möglich war, die sozialistische Ordnung unter Führung standhaft gebliebener Kommunisten wiederherzustellen. Bei den Ereignissen in Polen (1970, 1976 und 1980/81) zeigten vor allem Massen von Arbeitern, daß sie sich relativ leicht gegen die Partei instrumentalisieren ließen. Damit stand das Potential für einen Sieg der Konterrevolution bereit, der ohne Massenbasis nicht möglich ist. Dennoch wurde zunächst nicht offen zum Sturz

des Sozialismus aufgerufen, da das viele Werktätige und vor allem die Mehrheit der Bauernschaft unnötig irritiert hätte.

Zu den Voraussetzungen der Konterrevolution in einem sozialistischen Staat gehören neben der revisionistischen Zersetzung zumindest der Parteiführung vor allem auch gravierende Fehler und Defizite beim Aufbau der neuen Gesellschaft. Ohne sie kann man die Massen nicht für einen „besseren“ Sozialismus manipulieren und mobilisieren. Ohne das zerstörerische und lähmende Wirken von Revisionisten würde es wohl kaum zur ersten bzw. kleinbürgerlichen Etappe der Konterrevolution, d.h. zum Sturz der Diktatur des Proletariats, zur Außerkraftsetzung der führenden Rolle der Partei, zur Zulassung bürgerlicher Medien und Parteien kommen. Von Beseitigung des Sozialismus ist solange nicht die Rede, wie die Massen nicht mehrheitlich den konterrevolutionären Kurs objektiv mittragen und die bisher bestehende Ordnung sowie deren Verfechter gründlich diskreditiert worden sind. Jedes Mittel der Lüge, Verleumdung und Ausschächtung von „Übergriffen“, „Korruption“ usw. wird dabei genutzt. In dieser Phase haben auch die Revisionisten ausgespielt. Ihre pseudosozialistischen Vorstellungen finden bei den meisten keinen Anklang mehr, da alles, was überhaupt mit dem Sozialismus zusammenhängt, nun der Ablehnung verfällt. („Freiheit statt Sozialismus!“ heißt jetzt die Parole.) Die inzwischen etablierten bürgerlichen Parteien rechnen nun mit den „Verbesserern“ des Sozialismus gnadenlos ab. „Freie Wahlen“ leiten die zweite bzw. großbürgerliche Etappe ein. Die Machtfrage ist inzwischen zugunsten der Bourgeoisie entschieden. Der Kapitalismus wird jetzt ganz legal und in der Regel ohne Blutvergießen restauriert.

Zur osteuropäischen Konterrevolution von 1989/90 gehörten aber auch begünstigende äußere Faktoren. Wohlstand im Westen, bürgerliche Demokratie und proklamierter Verzicht auf Grenzrevisionen konnten Millionen Menschen durch die Medien des Kapitals glaubhaft vermittelt werden. Ein Imperialismus heutiger Prägung oder ein Adenauer-Revanchismus hätten nicht die politische Ausstrahlung der Kohl-BRD gehabt. Von entscheidender Bedeutung aber war das Verhalten der Sowjetunion. Gorbatschow, Jakowlew und Schewardnadse, die mehrfach klargemacht hatten, daß die von ihnen geführte UdSSR nicht wie 1953 und 1968 zugunsten von Bruderstaaten militärisch eingreifen würde, waren die Schutzpatrone aller osteuropäischen Konterrevolutionäre. **Bernhard Majorow**

Zwei Aktivisten des „RotFuchs“-Kollektivs,
 **Genosse Bernd Koletzki (65)**
 aus Hangelsberg und

 **Genosse Harald Puff (60)**
 aus Dessau

klettern am 3. Juni 2003 und am 17. Juni 2003 die Jahresleiter empor. Genosse Koletzki hat sich durch stetige Einsatzbereitschaft in unserem Vertrieb ausgezeichnet. Genosse Puff ist durch ideenreiche Teilnahme an der Regionalarbeit hervorgetreten.

Wir gratulieren beiden Jubilaren!

Dem deutschen Textschöpfer des Weltjugendliedes zum 100. Geburtstag

Erinnern an Walter Dehmel

Wie Rudolf Leonhard, Hans Lorbeer, Wilhelm Tkaczyk, Erich Weinert und Max Zimmering zählte Walter Dehmel zu den engagierten ostdeutschen Lyrikern der Nachkriegszeit. Er wurde am 9. Mai 1903 in Berlin geboren. Nach dem Besuch der Volksschule Chirurgiemechaniker geworden, war er arbeitslos, dann Notenschreiber, anschließend Kontrolleur und letztlich Büroangestellter beim Berliner Magistrat. Dehmel fand früh den Weg zur Arbeiterjugendbewegung. Er äußerte über die Universitäten seines Lebens: „Mein politischer Anschauungsunterricht, das war das Nachkriegselend, die Inflation.“ Von 1928 bis 1933 erschienen seine politischen Zeitgedichte und Kurzerzählungen, in denen er gegen die bestehenden Verhältnisse protestierte. Dazu nutzte er die Presse der Linken. Der junge Arbeiterdichter warnte früh vor den Nazis, was zur Folge hatte, daß er 1933 fristlos entlassen wurde und untertauchen mußte.

Nach 1945 forderte er als Dichter leidenschaftlich und eindringlich, mit dem Faschismus abzurechnen und ein neues demokratisches Leben in Angriff zu nehmen. Er baute die Volkshochschule in Berlin-Treptow mit auf. In jener Zeit wurde Dehmel mit der Leitung der Sektion Lyrik im Deutschen Schriftstellerverband Berlin betraut. 1953 setzte er sich in der Zeitschrift „Der Schriftsteller“ mit „Pro-

blemen der zeitgenössischen Lyrik“ auseinander.

Über sein Anliegen als Dichter schrieb Walter Dehmel: „Was ich empfinde und leide, / einsam ringend für mich, / was ich in Worte kleide, / Bruder, ich sing' es für Dich!“ Bereits 1947 erschien sein Gedichtband „Aus der Wirrnis dieser Zeit“, den Jan Koplowitz als „Ausdruck eines starken Herzens, das warm schlägt“ bezeichnete. Walter Dehmel war der Verfasser der Texte vieler Jugendlieder, die in seiner Zeit große Resonanz fanden, darunter „Diese Zeit ist eine Wende“, „Aus der Enge dieser Tage“, „Wir sind die Jungen, die Unruhevollen“. Er schuf auch die deutsche Nachdichtung des Weltjugendliedes, worauf man ihn zum Ehrenmitglied der FDJ berief. Eine Jugendherberge erhielt seinen Namen. Aus Dehmels Feder stammen weit über 100 Gedichte, die in Tageszeitungen erschienen. Einige von ihnen fanden damals Eingang in die Schullesebücher.

Der Dichter ergriff u. a. Partei für Ethel und Julius Rosenberg und für Nicos Belojannis, die von ihren Häschern umgebracht wurden. Seine Verse waren schlicht, volkstümlich und mieden leeres Pathos. Dehmels Vorbild war Erich Weinert, dessen frühen Tod er in einem Gedicht betrauerte. Er übersetzte auch Romane von Hans Scherfig und Hilmar Wulff aus dem Dänischen.

Walter Dehmel starb nach zehnjähriger schwerer Krankheit am 20. Juni 1960 in Berlin. Seine Freunde und Zeitgenossen schätzten seine Bescheidenheit, seinen Mut und seine Zähigkeit, da er trotz des Leidens den Lebenswillen nie verlor. Seine großen Themen waren stets auch Antworten auf Fragen einer irreführten Jugend und die Ermunterung für ein besseres Handeln. Der Dichter vertrat die Auffassung: „Ich schreibe, weil so vieles gesagt werden muß. Vielleicht gelingt es mir nicht so, wie es mir vorschwebt. Andere werden kommen, die es besser können. Neidlos werde ich dann zur Seite treten.“ Dehmel wandte sich gegen politische Gleichgültigkeit und stellte die Frage: „Ist denn schon alles vergessen? / Wie sie sich feige und ehrlos verkrochen, / als dann alles zusammengebrochen? / Sie, die sich jetzt schon wieder erfreuen, / offen mit lauter Stimme zu sprechen / von ihrer Unschuld, dreist und vermessen – / ist denn schon wirklich alles vergessen?“ Thematisch ähnlich mahnende Gedichte sind: „Presseempfang im Justizpalast“ (1946), „Beschwerdebrief des pp. Hugenberg“ (1946) und „Nürnberg“ (1947).

Der Berliner Dichter Walter Dehmel hinterließ ein vom Umfang her schmales literarisches Gesamtwerk und ist heute nahezu vergessen. **Dieter Fechner**

Aus der Geschichte der ersten FDJ-Generation

Eine Reise mit Hindernissen

Im Sommer 1948 stürzten sich 36 FDJler aus dem thüringischen Geraberg in ein waghalsiges Abenteuer: Sie unternahmen eine damals nicht gerade riskolose Ferienreise an die Ostsee. Ihr Ziel war die Insel Rügen. Ein solcher „Ausflug“ war angesichts der Verkehrs- und Versorgungslage keine einfache Sache. Noch bestand ja das Kartensystem – und die Lebensmittel, die wir zugeteilt bekamen, reichten kaum, um unsere hungrigen Mäuler zu stopfen. Das im Krieg heruntergewirtschaftete, zerbombte, defekte und zum Teil zu Reparaturzwecken demontierte Schienennetz der Eisenbahn „versprach“ eine lange und unbequeme Fahrt mit manchen Unwägbarkeiten. Doch wir kannten keine unüberwindlichen Schwierigkeiten.

Mit guten Wünschen zum Gelingen und Händewinken begann die Reise. Es war ein herrlicher Augusttag. Wir waren ausgerüstet mit viel Optimismus, besaßen aber wenig Kleidung und noch weniger Lebensmittel und Geld. In den Rucksäcken trugen wir ein paar Kartoffeln, etwas Wurst und Fett und einige Gläser Heidelbeeren aus Mutters „eiserner Reserve“.

In langsamer Fahrt nahm der Zug die vielen Windungen der Eisenbahnstrecke Ilmenau-Arnstadt. Wir waren froher Stimmung, und Gesang erfüllte das Abteil. Doch auch das erste „besondere Vorkommnis“ ließ nicht lange auf sich warten. Als der Lokführer plötzlich scharf bremste, gab es im Coupé einen mächtigen Schlag,

und aus dem im Gepäcknetz verstaute Rucksack eines Freundes tropfte eine wohlriechende blaue Flüssigkeit. Leider dem genau darunter sitzenden Herrn auf dessen hellen Sommermantel. Der Rucksack gehörte Artur Schmidt, einem Koffermacher, der später viele Jahre in den DDR-Schutzorganen diente. Artur nahm kurzentschlossen ein Stück Papier, machte sich an den Mantel und sagte im schönsten Geraberger Dialekt: „Das ist ja nicht so schlimm, es ist doch nur der Saft von meinen schwarzen Beeren.“ Die anderen lachten über diese Reaktion, doch für mich, den Leiter der Gruppe, gab es eine nicht gerade angenehme Auseinandersetzung mit dem „Opfer“ unserer Konserve.

Nach langer Tour wurden wir in der Jugendherberge Bergen herzlich empfangen. Müdigkeit und Strapazen waren bald vergessen. Als der Leiter des Hauses unser „mageres“ Gepäck betrachtete, ließ er die Bemerkung fallen, daß 14 Tage Wandern auf Rügen bei dieser knappen Verpflegung wohl einiges von uns abverlangen würden. Schon nach einigen Tagen trat dann das ein, was vorauszusehen gewesen war: Der Proviant ging zu Ende, und wir hatten nichts mehr zu beißen. Da war guter Rat teuer. Ich ging zum Kreissekretär der SED und zum Landrat und bat beide um Unterstützung. Die Genossen rückten mir den Kopf zurecht: „Das hast Du Dir nicht gründlich genug überlegt, eine so lange Fahrt in einer solchen Zeit zu unterneh-

men.“ Aber sie halfen. Wir erhielten Weiß- und Rotkohl, Magermilch und Hafermehl, auch etwas Käse und nur ganz wenig Fett. Alle freuten sich riesig. Ach, wie bescheiden und wie glücklich waren wir doch damals! In einer Fleischerei konnten wir zu bestimmten Zeiten den Kochkessel benutzen und unsere Mahlzeit selbst zubereiten. Es waren zwar keine Delikatessen, die dort entstanden, aber gefuttert wurde trotzdem tüchtig.

Wenige Tage vor unserer Heimreise hatten wir ein zweites besonderes Vorkommnis, das beinahe tragisch geendet hätte. Trotz meines Verbots badeten einige Teilnehmer spät abends unterhalb von Stubbenkammer in der Ostsee. Erich Kern – er studierte später und ging dann in den diplomatischen Dienst – bekam einen Wadenkrampf. Er rief um Hilfe, und wir konnten ihn gerade noch rechtzeitig an Land bringen. Die anschließende Standpauke über den Disziplinbruch verfehlte ihre Wirkung nicht.

Unsere Heimfahrt verlief ohne Zwischenfälle. Das Versprechen, das ich den Eltern gegeben hatte, löste ich ein: Wohlbehalten brachte ich alle Jungen und Mädchen nach Geraberg zurück. Mit Musik hatte man uns verabschiedet, mit Musik wurden wir von der Dorfkapelle auch wieder empfangen. Mein kleiner Bericht schildert keine spektakulären Ereignisse. Aber er soll ein Mosaiksteinchen aus der Geschichte der heute legendären „ersten FDJ-Generation“ sein. **Helmut Lindenlaub, Sömmerda**

*Lin Jaldati, in deren Armen Anne Frank starb***Verliebt in die DDR**

Eine Liebeserklärung zu schreiben ist schwierig. Kann ich in meinem Alter eigentlich noch verliebt sein? Ja, in meinen Mann. Aber darüber kann man doch nicht so öffentlich in einer Zeitschrift schreiben! Und doch, ich muß es tun, denn ER ist der Schuldige. Durch IHN liebe ich die DDR.

Ich selbst bin in Amsterdam geboren – eine herrliche Stadt. Wer einmal dort gewesen ist, liebt sie. Mein Mann kam 1936 als deutscher Emigrant nach Holland. ER haßte die Nazis! Ich lernte IHN lieben, und wie das so geht, wir haben einander erzo-gen und lebten seit 1938 zusammen. 1941 wurde unsere erste Tochter geboren.

Das erzählt sich alles so leicht hin, aber so leicht war das beileibe nicht. Heiraten durften wir nicht wegen der Nürnberger Gesetze des Herrn Globke. Deutschland war für Holland 1938 noch „befreundetes Ausland“. ER war Reichsdeutscher und sogenannter „reiner Arier“, ich dagegen bin Jüdin. Am 10. Mai 1940 überfielen die Nazis Holland. Damit wurde mit einem Schläge unsere berufliche Entwicklung, die gerade so hoffnungsvoll begonnen hatte, jäh unterbrochen. Die Kritik schrieb damals, der Pianist und die Sängerin haben „große Zukunftschancen“.

Was sollten wir tun? Für uns gab es nur eines: mithelfen, den Faschismus zu bekämpfen. Wir schlossen uns der illegalen Widerstandsbewegung an, arbeiteten für die Organisation „Der freie Künstler“. Wir sorgten für andere Menschen, die untertauchen mußten, halfen jüdischen Kindern, gaben illegale Hauskonzerte.

Im Juli 1944 wurden wir verhaftet. ER wurde zum Tode verurteilt, konnte aber mit Hilfe meiner Schwester aus dem Gefängniswagen springen und entkommen. Unsere Tochter wurde von Freunden der Widerstandsbewegung befreit, denn die Nazis wollten sie als Geisel für ihren entwichenen Vater behalten. Meine Schwester und ich kamen nach Auschwitz und Bergen-Belsen. Dort waren wir bis zuletzt mit Anne und Margot Frank zusammen. Bei der Befreiung war ich bewußtlos, schwer typhuskrank und wog 28 Kilo. Fazit: Meine ganze Familie wurde ermordet, so wie einhunderttausend andere holländische Juden. Nur meine Schwester und ich sind zurückgekommen.

Ich kehrte am 27. Mai 1945 heim, gerade als ER an einem Hauskonzert mitwirkte. So haben wir uns unter den Klängen der Hochzeitskantate von Bach wiedergefunden. Ein Jahr später arbeitete ich wieder, sang im holländischen Rundfunk und unternahm Konzertreisen nach Skandinavien und in andere europäische Länder. ER schrieb Bücher, und ich half ihm dabei.

Aber ich sagte mir: ER ist Berliner. ER wollte nach Deutschland zurück, denn ER wußte, daß man uns dort dringend brauchte. Ich wußte das noch nicht. Ich wollte nicht, denn ich haßte die Nazis.

Ich wußte zwar mit dem Verstand, daß viele Deutsche die ersten Opfer der Nazis geworden waren. Aber Verstand hie, Gefühl da – die Gefühle waren noch zu übermächtig.

Dann fuhren wir 1947 nach einer Tournee durch die Tschechoslowakei in die damalige sowjetische Besatzungszone. In Berlin gaben wir im Kulturbund einen jüdischen Abend. Zum ersten Mal nach den „1000 Jahren“ erklangen öffentlich in Deutschland jiddische Lieder. Mitten zwischen Trümmern.

Als wir wieder in Amsterdam waren, hatten wir viele Gespräche miteinander und mit Freunden. Wir wollten in keinem Fall nach Westdeutschland. Wenn schon, dann nur nach dem Osten. Die Menschen, die dort den Wiederaufbau leiteten, hatten dasselbe erlebt wie wir; entweder sie waren in der Emigration, oder sie hatten einen Teil ihres Lebens in Hitlers Konzentrationslagern verbracht.

Am 17. Februar 1952 sind wir „abgedampft“. Anfangs war alles sehr schwer. Nahrungsmittel waren noch rationiert. Es dauerte lange, bis wir in Eichwalde, einem südöstlichen Vorort von Berlin, eine Wohnung bekamen.

Ich lernte viele gute Menschen kennen, die genauso wie wir Trümmer auf den Straßen und in den Köpfen wegräumten. Wir mußten viel Begeisterung mitbringen, um oft

auch in ungeheizten Räumen aufzutreten. Aber wie reich waren wir, als wir merkten, daß wir mit unserer Kunst die Herzen der Menschen öffneten. Ich breitete mein Repertoire aus, sang viele Lieder von Bertolt Brecht, Hanns Eisler, Paul Dessau, Louis FURNBERG und Lieder anderer Völker. Der Anfang war schwer, sehr schwer, und oft glaubte ich schon zu verzweifeln. Aber wir spürten, wie die Menschen auftaun, wieder neuen Mut bekamen, mithalfen, ein besseres Deutschland aufzubauen.

Wir sahen, wie eine neue, junge Generation heranwuchs, die mit großer Begeisterung lernte und arbeitete. Ich unternahm viele Konzertreisen in Europa und in Asien und habe wohl in allen größeren und kleineren Städten der DDR gesungen, im Rundfunk, im Fernsehen, für die Schallplatte. Ich bekam viele, viele Briefe, besonders von jungen Menschen, die mich nach meiner Vergangenheit ausfragten.

In dieser immer größer werdenden Familie sind unsere beiden Kinder aufgewachsen, und ich bin glücklich darüber. Sie haben sich menschlich frei entfalten können. Sie waren nie den Gefahren ausgesetzt, die mit Rauschgift, Kriminalität und Perversion verbunden sind und die in den letzten Jahren auch in Holland in erschreckendem Maße um sich gegriffen haben. So wurde die DDR ein Stück von mir selber. Vielleicht gerade, weil es anfangs nicht leicht war, die Menschen liebzugewinnen. Gerade weil ich so darum ringen mußte, ist sie mir ans Herz gewachsen.

(Aus: *Visite*, Nr. 3, 1969, herausgegeben vom Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland)

Am 4. Juni 2003 wird die Mitbegründerin des „RotFuchs“-Fördervereins und Autorin unserer Zeitschrift

Dr. Annemarie Mühlefeldt aus Berlin 75 Jahre alt.

Annemarie ist als qualifizierte Ökonomin im Universitäts- und Hochschuldienst – u. a. an der Parteihochschule der SED, an der Humboldt-Universität und an der Hochschule der Deutschen Volkspolizei – tätig gewesen. Als engagierte Kommunistin, die jahrzehntelang zum Gedeihen wissenschaftlicher Arbeit in der DDR beitrug, hat sie durch ihre Lebens- und Kampferfahrungen sowie durch ihre fachlichen und menschlichen Qualitäten großen Anteil an der Entwicklung unseres Vereins genommen. Dafür gebührt ihr unser besonderer Dank. Wir wünschen ihr maximale Gesundheit und viele Ideen, uns aber weiterhin kluge Beiträge aus ihrer Feder.



Biographisches

Die große alte Dame des jiddischen Liedes“ (Neue Zürcher Zeitung, 1984), wird am 13. Dezember 1912 im Amsterdamer Judenviertel geboren. Seit 1926 arbeitet sie in einem Nähatelier und nimmt Tanzunterricht, wirkt 1930 im Niederländischen Ballett und 1934 in großen Revuen mit. Seit 1938 gibt sie mit dem aus Berlin emigrierten Pianisten Eberhard Rebling eigene Abende mit jiddischen Liedern und Solotänzen auf jüdische Themen.

1942 geht sie mit Eberhard Rebling und ihrer Tochter Katinka in den Untergrund. Verhaftung, Verhöre, Gefängnis folgen. Ende 1945 erster Wiederauftritt in Amsterdam, seit 1946 Reisen in die skandinavischen Länder, die Schweiz, nach Warschau, Prag und Berlin. 1951 wird Tochter Jalda geboren. Ein Jahr danach übersiedelt die Familie in die DDR. Mit zwei denkwürdigen Konzerten in Berlin nimmt Lin Jaldati nach ihrem 75. Geburtstag Abschied von der Bühne. Sie stirbt am 31. August 1988.

Hans Bentzien seziert den ersten Versuch, die DDR zu vernichten

Anatomie eines „Volksaufstandes“

Der Berliner PDS-Kultursenator Thomas Flierl hat eine ganze Terminliste zur feierlichen Würdigung dessen zusammengestellt, was er, der später Geborene, als „Volksaufstand“ betrachtet. „Wir werden wieder die tausendmal gedruckten Bilder sehen, wie sich der spontane Volkszorn Bahn bricht und einige Jugendliche von Westberlin aus mit Steinen auf sowjetische T 34 werfen“, schreibt Hans Bentzien in seinem Büchlein „Was geschah am 17. Juni? Vorgeschichte – Verlauf – Hintergründe“, das kürzlich bei Edition Ost erschien. In Wahrheit handelt es sich um den Versuch der deutschen Monopolbourgeoisie, die Entwicklung im Osten des Landes, wo sie Macht und Eigentum verloren hatte, zurückzudrehen. Daß sie diesen Vorstoß wagen konnte, hat vielfältige äußere wie innere Ursachen. Denen geht Bentzien, bekannt als DDR-Kulturminister, Intendant des DDR-Fernsehens und Historiker, nach.

Die Stalinschen Vorschläge für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Durchführung gesamtdeutscher Wahlen hätten zu einer „Finnlandisierung“ oder Österreich-Lösung, zu einem einheitlichen, bürgerlich-demokratischen, neutralen deutschen Staat geführt. Die strikte Ablehnung dieses Konzepts durch die Westmächte und die Bonner Regierung, die Eingliederung der BRD in die westlichen Militärbündnisse, die Wiederherstellung der Macht der deutschen Banken und Konzerne und ihres staatlichen Apparates einschließlich der Streitkräfte unter dem Kommando faschistischer Generalstäbler – all das verlangte den Schritt zu einer konse-

quenten Gegen-Macht, die ökonomische Stärkung der DDR, auch die Schaffung bewaffneter Organe, um die Grenzen des sozialistischen Lagers nicht von der Elbe an die Oder zurückverlegen zu lassen. Die DDR ging – mit interner Zustimmung der sowjetischen Führung – zum Aufbau der Grundlagen des Sozialismus über. Daß dies in unverantwortlichem Tempo geschehen sollte – forcierte Entwicklung einer eigenen Schwerindustrie, versuchte Verschiebung des Verhältnisses von Akkumulation und Konsumtion zu Lasten der Lebenshaltung der Bevölkerung, höhere Pflichtabgaben der Bauern usw. –, rächte sich genauso bitter wie die falsche Einschätzung der Bewußtseinsentwicklung der Werktätigen.

Bentziens Buch enthält im Anhang u. a. den Beschluß des Präsidiums des ZK der KPdSU vom 27. Mai 1953 über Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der DDR, der einer Delegation der SED (Grotewohl, Oelßner, Ulbricht) übergeben wurde. In diesem Beschluß, der maßgeblich zu den Korrekturen vom 9. und 16. Juni und zum „Neuen Kurs“ beitrug, wird die „ernste Unzufriedenheit“ unter Arbeitern, Bauern und Angehörigen der Intelligenz sowie die „massenhafte Flucht von Einwohnern der DDR nach Westdeutschland“ festgestellt.

Bentzien hebt hervor, daß es bei der Formulierung der Schlußfolgerungen daraus in der Führung der KPdSU Meinungsverschiedenheiten gab. Während Berija (auch nach Stalins Tod zu dieser Zeit noch mächtiger sowjetischer Geheimdienstchef) den Kurs der DDR zum Aufbau des Sozialismus überhaupt verurteilt wissen

wollte, kritisierte das Präsidium mehrheitlich die versuchte Beschleunigung dieses Aufbaus, die unbesonnene Bildung von LPGs, die Zurückdrängung des Mittelstandes, die harte Strafgesetzgebung, die administrativen Maßnahmen gegen kirchliche Einflüsse. Berija wäre, wie die Vernehmungen vor seiner späteren Aburteilung bewiesen, bereit gewesen, die DDR schon damals – allerdings für einen entsprechenden Preis und nicht, wie Gorbatschow 37 Jahre später, für nichts und wieder nichts – aufzugeben. Wenn man Bentzien folgt, war diese Konzeption den Westmächten zumindest bekannt. Das würde erklären, daß unsere Feinde bei der Entfaltung ihrer Aktivitäten im Juni 53 ursprünglich mit sowjetischer Zurückhaltung rechneteten.

Das Wirken der BRD-Seite, die Instruktionen des RIAS, die Wühltätigkeit des Ostbüros der SPD, die Hetzreden des Westberliner Gewerkschaftsführers Scharnowski, die Aufrufe zum Generalstreik usw. sind bekannt. Bentziens Schilderung ist davon geprägt, daß er aus eigenem Erleben und im Ergebnis intensiver Forschung nachzeichnet, wie sich das alles in den jungen volkseigenen Betrieben der DDR darstellte. Er berichtet von Berlin, Jena, Silbitz und – gestützt auf Fritz Selbmann – von Dresden, Riesa, Görlitz und Eisenhüttenstadt. Er zeigt detailliert, wie durch den Einsatz von Westberliner Provokateuren aus der Unzufriedenheit mit Normveränderungen und Preisen Lösungen zum Sturz der Regierung, zu „freien“ Wahlen, zur Liquidierung der HO, zur Freilassung von Gefangenen, zum Wegfall der Zonengrenzen gemacht wurden. Der RIAS unter seinem damaligen Chefredakteur Egon Bahr übertrug konkrete Anweisungen, und los ging die Randalie. Bentzien listet auf, was in Berlin alles abgefackelt wurde: HO-Läden, VP-Dienststellen, Büros, Kraftfahrzeuge, Kioske, das Columbus-Haus und das Haus „Vaterland“ am Potsdamer Platz, Zollbaraken. Er zeigt aber auch, wie die Arbeiter in solchen Betrieben, die von ihren Parteiorganisationen beherrscht geführt wurden, den Provokateuren keine Chance ließen, und wie doch am 17. Juni um 13.00 Uhr vom sowjetischen Militär der Ausnahmezustand ausgelöst werden mußte. Damit hatte man drüben nicht gerechnet. Auch nicht damit, daß die Berija-Leute, die in der SED gewisse Partner besaßen, kaltgestellt wurden. Die Arbeiter-und-Bauern-Macht der DDR bestand die erste harte Feuerprobe, die Partei korrigierte begangene Fehler und gewann wieder an Vertrauen unter den Werktätigen.

Einen Grund, den konterrevolutionären Putsch vor 50 Jahren zu feiern, gibt es nicht, wohl aber viele Gründe, aus dem Geschehen von damals zu lernen. Hans Bentzien gibt dazu wichtige Denkanstöße.



Grafik:
SHAHAR

Ernst Heinz

Berliner Alternatives Geschichtsforum zum 50. Jahrestag des 17. Juni 1953

Aus der Erklärung

Eine Gruppe namhafter Persönlichkeiten – unter ihnen führende Politiker von Parteien, die in der DDR bestanden – hat sich aus Anlaß des 50. Jahrestages des 17. Juni 1953 mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit gewandt, aus der wir im folgenden zitieren:

Politiker, Historiker und Zeitzeugen stellen die Ereignisse in der DDR im Juni 1953 äußerst unterschiedlich dar und interpretieren sie je nach ihrem politischen Standpunkt. Im Mittelpunkt des Meinungsstreits steht die Frage: Welchen Charakter hatten die Demonstrationen und anderen Aktionen im Ostteil Berlins und in Städten der DDR, die den ostdeutschen Staat dreieinhalb Jahre nach seiner Gründung heftig erschütterten? Politiker und Historiker westlicher Prägung sprechen von einem „Arbeiteraufstand“ oder gar „Volksaufstand“ gegen das „kommunistische Regime“. Dagegen setzte die DDR-Führung sofort die These vom abgewehrten „faschistischen Putsch“. Beide Charakteristiken sind aus heutiger Sicht unzutreffend.

Eine objektive Betrachtung der 50 Jahre zurückliegenden Ereignisse erfordert anzuerkennen: Erstens: Die Demonstranten und Streikenden gingen anfänglich für legitime Forderungen auf die Straße. Ungewollt fanden sie bei antisozialistischen Kräften Unterstützung. Zweitens: Die westdeutschen und Westberliner Kräfte, darunter Medien, mischten sich völkerrechtswidrig in die damaligen inneren Auseinandersetzungen in der DDR ein. Sie leitete das konterrevolutionäre Bestreben, den jungen sozialistischen Staat zu beseitigen.

Drittens: Jene DDR-Bürger, die ihren Staat und die neue, im Ergebnis des 2. Weltkrieges in der DDR geschaffene antifaschistisch-demokratische Ordnung erfolgreich gegen den Versuch verteidigten, dort die Vorherrschaft kapitalistischer Eigentums- und Machtverhältnisse wiederherzustellen, handelten verfassungstreu und legitim.

Die im Berliner Alternativen Geschichtsforum mitwirkenden Historiker und Zeitzeugen stellen fest:

Die Entwicklung in der DDR bis zum Sommer 1953 war untrennbar in die damalige internationale Lage eingebettet, vom Kalten Krieg, den Auseinandersetzungen zwischen kapitalistischem und sozialistischem Lager mit geprägt. (...)

Die Sowjetunion und die Führung der DDR erstrebten ein militärisch neutrales Gesamtdeutschland außerhalb der bestehenden bzw. sich bildenden Militärblocke. Entsprechende den Westmächten unterbreitete Vorschläge, vor allem für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Gesamtdeutschland, die insbesondere die sogenannte Stalinnote vom März 1952 enthielt, blieben jedoch ungeprüft. Adenauer und die Westmächte lehnten

sie einfach ab. Die Bundesrepublik sollte remilitarisiert und als wichtiger Partner in das sowjetfeindliche westliche Bündnis integriert werden. Dieser Kurs zementierte die von westlicher Seite betriebene Spaltung Deutschlands. Er schuf die reale Gefahr, daß der Kalte Krieg in einen heißen überging.

In dieser Situation entschloß sich die SED-Führung 1952 im Einklang mit ihrem Gründungsmanifest von 1946, in der DDR ausgehend von der antifaschistisch-demokratischen Ordnung schrittweise die Grundlagen des Sozialismus zu schaffen. (...) Auf der 2. Parteikonferenz der SED wurde beschlossen, mit der sozialistischen Entwicklung in der DDR zu beginnen. Damit wurden weitgehende gesellschaftliche Veränderungen eingeleitet, die beträchtliche Investitionen erforderten, darunter für den Aufbau eigener Streitkräfte. Die DDR mußte sich zudem an den wachsenden gemeinsamen Verteidigungslasten der osteuropäischen Staaten beteiligen. Sie hatte aber auch weiter Reparationen zu leisten und Besatzungskosten zu tragen. Der ärmere deutsche Staat litt von Anbeginn stärker als die Bundesrepublik an den durch die Spaltung bedingten Disproportionen der Volkswirtschaft: Ihm fehlten fast alle wichtigen Rohstoffe. Die Schwerindustrie war unterentwickelt. (...) Die staatlichen Pläne sahen Leistungssteigerungen vor, die letztlich nicht realisierbar waren. Auf Kosten der Leicht- und Lebensmittelindustrie und damit zu Lasten der Befriedigung des Bevölkerungsbedarfs wurden vorrangig die Grundstoff- und Schwerindustrie entwickelt. Ab Herbst 1952 erfolgten „wirtschaftspolitische Maßnahmen“: So wurden einige Preise für lebensnotwendige Güter erhöht; größere Bevölkerungsgruppen erhielten keine Lebensmittelkarten mehr und waren allein auf Läden mit HO-Preisen angewiesen; für Freischaffende, Handwerker, Gewerbetreibende und Großbauern wurden Steuern erhöht, gleichzeitig traten bei der Kreditvergabe an sie Restriktionen in Kraft. Alle Bürger erlebten als Folge gravierende Versorgungslücken. (...)

Als dann am 28. Mai 1953 auch noch administrativ die Arbeitsnormen für Industrie und Bauwesen um ca. 10 % angehoben wurden und die Arbeiter im Juni 1953 entsprechende Lohninbußen erlebten, schlug die zunehmende Kritik in den folgenden Tagen in offenen Protest um. (...) Am 11. Juni 1953 wurden unvermittelt die meisten vorher erfolgten Einschnitte in das Lebensniveau der Bürger zurückgenommen. Über diese als „Neuer Kurs“ bezeichneten Änderungen waren viele Menschen erleichtert. Die Arbeiter in Industrie und Bauwesen verbitterte jedoch, daß die verfügbaren Normerhöhungen zunächst nicht zurückgenommen wurden. Antisozialistische Kräfte im Land und

außerhalb seiner Grenzen erblickten im Neuen Kurs ein Zeichen der Schwäche der DDR und sahen eine Chance, die gespannte Situation für ihre Ziele zu nutzen.

Am 15. Juni 1953 kam es auf der Großbaustelle Stalinallee in Berlin – wo eine Musterwohnstraße im Werden war – zu ersten offenen Protestaktionen. Nicht ganz zufällig brach der Konflikt gerade hier aus, waren doch unter den Bauarbeitern nicht wenige aus der Nazizeit Belastete. (...) Während noch kontrovers diskutiert wurde, ob man streiken solle oder nicht, bildete sich ein Demonstrationzug. Er hatte das an der Staatsgrenze zu Westberlin gelegene „Haus der Ministerien“ zum Ziel. Im Verlauf des Marsches erhielten die Bauarbeiter einigen Zulauf. Am Haus der Ministerien mischte sich unter die Demonstranten, die einen Dialog forderten, eine größere Zahl aus Westberlin eingeströmter Personen. Unter ihnen waren Provokateure, die direkt von antisozialistischen Organisationen mobilisiert worden waren. (...) DDR-Fahnen wurden herabgerissen und verbrannt, Kioske angezündet, Läden und öffentliche Gebäude gestürmt, geplündert und gebrandschatzt. Es kam zu tätlichen Angriffen auf Mitglieder der SED und der FDJ. Schließlich wurden auch Volkspolizisten angegriffen und beschossen, obwohl diese sich befehlsgemäß zurückhielten und ihre mitgeführten Waffen nicht einsetzten. Insbesondere der Rundfunk im Amerikanischen Sektor (RIAS) fachte durch seine betont aufreizende Berichterstattung die Randalen an. (...)

Am 17. Juni 1953 erfolgten nicht nur im Ostteil Berlins, sondern auch in weiteren Städten der DDR Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen. Verschiedentlich kam es auch außerhalb Berlins zu gewalttätigen Ausschreitungen: Dienststellen der Volkspolizei, Gerichte, Haftanstalten und andere öffentliche Gebäude wurden gestürmt und verwüstet. Die Randalierer mißhandelten Bürger, nur weil diese sich ihnen entgegenstellten, und ermordeten mehrere Personen. In Einzelfällen wurden von der Justiz inhaftierte Kriminelle auf freien Fuß gesetzt. Erst als im Verlaufe des 17. Juni 1953 sowjetische Militärkommandanten zunächst örtlich den Ausnahmezustand ausriefen und sowjetische Panzer auf die Straßen Berlins und der übrigen betroffenen Städte rollten, endeten die Unruhen schnell. Von den Sowjetbehörden wurde schließlich generell der Ausnahmezustand verhängt. Die Sowjetarmee setzte zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung stellenweise Schußwaffen ein. Es gab einige Verletzte und auch Tote. (...) Insgesamt beteiligten sich an den Protestaktionen im Juni 1953 in der DDR mehrere hunderttausend Menschen. Der von westlicher Seite propagierte Generalstreik blieb jedoch aus und erst recht ein angeblicher „Volksaufstand“. Die meisten DDR-Bürger blieben an ihren Arbeitsplätzen, in den Schulen und Hörsälen. (...)

Politunterricht an der Sektorengrenze zu Westberlin

An vorderster Front

In wenigen Wochen jährt sich zum 50. Mal der Tag, an dem die Feinde der DDR den ersten Versuch unternahmen, den Arbeiter-und-Bauern-Staat mit einer konterrevolutionären Aktion zu beseitigen und auf dessen Territorium die kapitalistische Ordnung wiederherzustellen. Fast alle Medien der BRD werden mit großem Aufwand in Wort und Bild ein weiteres Mal die DDR delegitimieren, diskreditieren und kriminalisieren. Politiker der rechtskonservativen Parteien schließen sich da mit großen Reden und Erklärungen an, sicher ebenso sozialdemokratische Spitzenleute und wahrscheinlich auch in diesem Strom schwimmende Vertreter der Partei des Demokratischen Sozialismus. Man wird die Ereignisse vom 17. Juni 1953 einen „Arbeiteraufstand“ nennen, und ein gewisser Eppelmann wird sie sogar zu einem „Volksaufstand“ hochstilisieren. Über jenen Tag, seine Vorgeschichte, die Hintergründe, seine Akteure und ihre Absichten, seinen Ablauf und die Folgen ist seitdem ausführlich geschrieben und gesprochen worden. Sicher wird man sich auch künftig mit ihm befassen und auseinandersetzen, ist er doch Teil der Geschichte des Klassenkampfes zwischen Kapitalismus und Sozialismus auf deutschem Boden.

Ich habe diesen 17. Juni unmittelbar in Berlin erlebt. Damals nahm ich als 20jähriger Angehöriger der Deutschen Grenzpolizei der DDR an einem Weiterbildungslehrgang an der VP-Schule in Berlin-Treptow teil. Die Kaserne befand sich an der Kiefholzstraße, nur wenige Meter von der Sektorengrenze entfernt. Am 17. Juni

gegen 9.00 Uhr konnten wir vom vierten Stock aus beobachten, daß eine große Menschenmenge, meist jüngere Leute, über die Wiener Brücke vom Westberliner Bezirk Kreuzberg aus und auf der Bouchéstraße aus Neukölln heranrückte und sich vor dem verschlossenen Kasernentor zusammenrottete. Unser Lehrgangsleiter erklärte uns, in der Stalinallee streikten Bauarbeiter, und Provokateure suchten Unruhen in der Stadt zu schüren. Wir empfingen Waffen, noch ohne Munition, traten auf dem Appellplatz an und rückten in Marschordnung auf das Kasernentor zu. „Nieder mit der DDR!“, „Weg mit Ulbricht und Grotewohl!“, „Russenknechte!“, „Zieht die Uniformen aus!“ – so und ähnlich schallte es uns entgegen. Dann flogen erste Steine über das Tor. Für uns Grenzer war das nichts Neues, Provokationen, Beschimpfungen, tätliche Angriffe aus dem Westen gehörten zum Alltag unseres Dienstes. Der stellvertretende Schulleiter, ein ehemaliger Spanienkämpfer, versuchte die brüllende, geifernde Menge zu beruhigen. Er forderte die Krawallmacher auf, auseinanderzugehen – ohne Erfolg. Dann ließ er das Tor öffnen. Wir nahmen unsere Karabiner zur Hand, marschierten los. Im Nu zog sich die Menge zurück und verschwand wieder nach Westberlin.

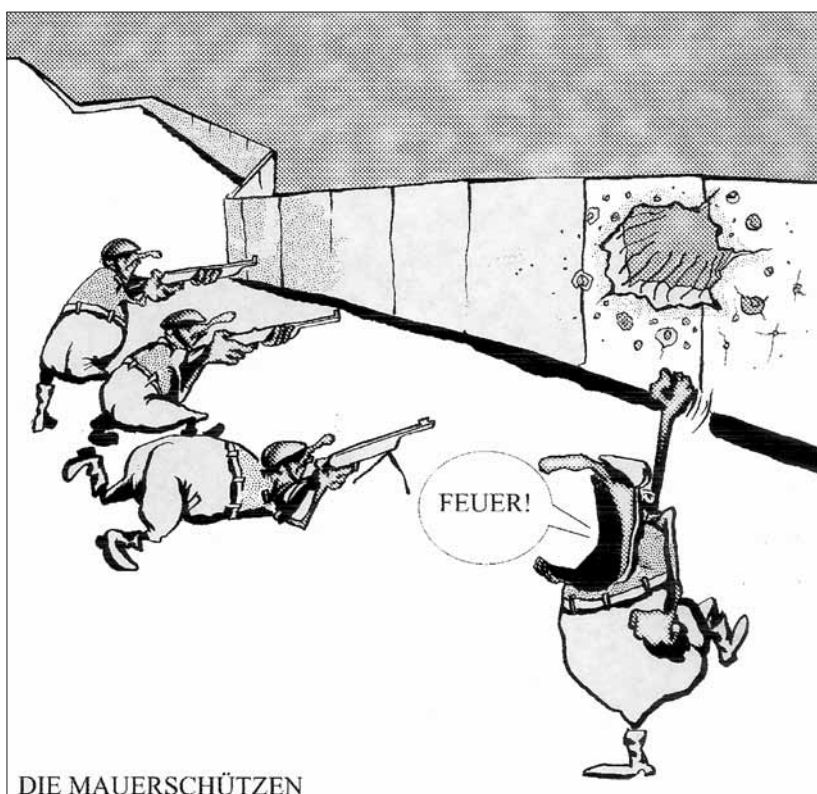
Zur Mittagszeit wurde unsere Einheit in das Gebäude des FDGB am Michaelkirchplatz in Berlin-Mitte verlegt. Der Auftrag lautete, die Sektorengrenze im Abschnitt Prinzenstraße/Schillingbrücke zu sichern. Hier war die Situation besonders brenzlich. Offensichtliche Chaoten befanden sich auf Westberliner Gebiet und fühlten sich dort

sicher. Sie tobten und brüllten, Steine und Knüppel flogen, so daß wir uns fast ständig zurückziehen und in Deckung begeben mußten. Westberliner Polizisten hielten sich im Hintergrund auf, schritten nicht ein. Es bedarf wohl nicht der Erwähnung, daß wir absolutes Schießverbot hatten.

Die Wut und der Haß, die uns derart massiv entgegenschlugen, machten uns nachdrücklich bewußt, daß diese Leute die DDR um jeden Preis beseitigen wollten. Es war anschaulicher Politunterricht. Faschisten, Kapitalisten und Junker, mit denen jeder von uns jungen Volkspolizisten vor nicht allzu langer Zeit selbst böse Erfahrungen gemacht hatte, die uns mit ihrer Schreckenherrschaft und ihrem Krieg die schönsten Kinder- und Jugendjahre, etlichen den Vater, den Bruder, die Heimat genommen hatten, sollten wie im Westen wieder an die Macht gebracht werden. Mir stand da ganz konkret Ingenieur Benno Köhler vor Augen, Direktor der Carl-Bosch-Grube der Riebeck'schen Montanwerke, der in diesem Betrieb, in dem ich tätig war, massenhaft sowjetische und serbische Kriegsgefangene hungern und sie grausam mißhandeln ließ. 1945 war er zu seinesgleichen in die Westzone geflüchtet. Nein, solche Verbrecher sollten nicht zurückkommen dürfen!

Am Nachmittag, inzwischen waren sowjetische Panzer in die Stadt eingerückt, wurden 25 Mann unserer Einheit gemeinsam mit Genossen der Schutz- und der Kriminalpolizei zum Streifenendienst im Bereich Unter den Linden/Wilhelmstraße/Leipziger Straße eingesetzt, um noch vorhandene Gruppen und Ansammlungen von Demonstranten aufzulösen. Das verlief ziemlich gewaltlos, denn diejenigen, die Geschäfte geplündert, Kioske angezündet, Autos umgeworfen oder auf andere Weise randaliert hatten, waren schon längst wieder nach Westberlin verschwunden oder hatten sich anderweitig verkrochen. Bis zum Wochenende versahen wir noch Grenzdienst am Teltowkanal in Johannisthal. Es gab keine Vorkommnisse. Die Konterrevolution hatte ihr Ziel nicht erreicht.

Nachtrag. Auch das ist mir vom 17. Juni 1953 in Erinnerung. Mein Vater hat es mir erzählt. Er war zu jener Zeit Gleisbauarbeiter im Tagebau „Einheit“ bei Hohenmölsen/Bezirk Halle. Dort versuchten einige „Aufständische“ unter Führung eines ehemaligen „Zwölfenders“, eines Berufsunteroffiziers der faschistischen Wehrmacht, die Belegschaft zur Arbeitsniederlegung aufzufordern. Sie waren schon auf dem Weg, Aggregate abzuschalten. Die Kumpel hatten etwas dagegen und griffen zu „schlagenden Argumenten“. Mit blutigen Nasen mußten die „Freiheitskämpfer“ den Rückzug antreten. Ihr Häuptling wurde nie wieder gesehen. Die Abraum- und Kohleförderung stand keine Minute still.



Grafik:
SHAHAR

Günter Freyer

Zehn Jahre aktive Solidarität

Prof. Dr. Siegfried Mechler leitet seit 1995 die *Gesellschaft für Rechtliche und Humanitäre Unterstützung e. V. (GRH)*, die sich für die Opfer der politischen Strafverfolgung in der BRD einsetzt. Anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Organisation gewährte er dem RF das folgende Interview:

Die ARD-Tagesschau berichtete am 10. April vom Freispruch zweier MfS-Offiziere, die des Totschlags angeklagt waren. Können Sie zu diesem Fall etwas sagen?

Natürlich. Dahinter steckt die Sache Gartenschläger. Das war ein ehemaliger DDR-Bürger, der wiederholt im Raum Schwerin vom Westen aus versuchte, unsere Grenzsicherungsanlagen zu demontieren. Als er beim dritten Mal von DDR-Grenzposten gestellt wurde, eröffnete er das Feuer und wurde im anschließenden Schußwechsel getötet. Die beteiligten Grenzsoldaten standen in Schwerin vor Gericht und sind dort freigesprochen worden, weil ihr Handeln unter Bedingungen der Notwehr erfolgte.

Was aber hat das mit dem MfS zu tun?

Die Genossen Heckel und Singer waren Mitarbeiter des MfS und verantwortlich für Sicherungsaufgaben an der Staatsgrenze. Man wollte sie als „Hintermänner“ präsentieren. Und das sollte für eine dreieinhalbjährige Haftstrafe, die beantragt wurde, ausreichen! Aber einer der „letzten wichtigen Stasi-Prozesse“ (ZDF) ging mit einem Freispruch und einer Einstellung des Verfahrens aus.

Sind das u. a. Themen, mit denen sich die GRH beschäftigt?

Ich muß zunächst sagen, daß die GRH e. V. eine Organisation ist, die „in Verwirklichung der Grundsätze eines sozialen und demokratischen Staatswesens mit politischen und juristischen Mitteln im Rahmen des Grundgesetzes der BRD, in Übereinstimmung mit den internationalen Vereinbarungen über die Bürger- und Menschenrechte in der Öffentlichkeit wirkt“. So heißt es in unserer Satzung. Wir erhalten natürlich keine Gelegenheit, etwa direkt auf Verfahren Einfluß zu nehmen. Unsere Möglichkeiten liegen in der Solidarität mit den Betroffenen, in der Empfehlung von erprobten Anwälten – wenn es gewünscht wird –, in der Mobilisierung der Öffentlichkeit und in der Unterstützung bei der Anrufung der nächsthöheren Instanz – bis zum Strasbourger Gerichtshof für Menschenrechte. Das sah manchmal auch recht günstig aus, z. B. im Falle von Egon Krenz, Heinz Keßler, Fritz Streletz u. a. Aber in der Urteilsverkündung zeigte sich dann, daß sich der

Europäische Gerichtshof dem deutschen „Leitrecht“ angeschlossen hatte.

Lassen Sie sich davon entmutigen?

Keineswegs. Ein Offizier der Grenztruppen erzählte kürzlich, daß 1996, also vor 7 Jahren, Anklage gegen ihn erhoben worden sei. Jetzt bekam er die Mitteilung, sein Verfahren sei „zur Hauptverhandlung zugelassen“. Das ist so eine Situation, bei der wir im Falle der Verurteilung überlegen werden, ob wir nicht erneut nach Strasbourg gehen, um Beschwerde wegen überlanger Ausdehnung des Verfahrens einzulegen.

Wie bewerten Sie die „Erfolgsquote“ der BRD-Strafverfolgung?

Also zunächst einmal: Insgesamt wurde gegen ca. 100 000 Betroffene ermittelt. Bei etwa 900 führte das zur Verurteilung – mit all den Kunstgriffen, die sich die bundesdeutsche Justiz zur Delegitimierung der DDR hat einfallen lassen. Das ist schon eine geradezu lächerliche „Erfolgsquote“ – wenn dahinter nicht die vielen Einzelschicksale stehen würden, das Leid, das über ganze Familien gebracht wurde, allein durch die unglaublichen Summen, die den Verurteilten als Gerichtskosten aufgebürdet wurden. Es geht jedoch noch um mehr: Im Grunde werden die Verurteilten benutzt, um den „Unrechtsstaat DDR“ vorzuführen. Insofern ist das politische Anliegen viel weiter gesteckt.

Was waren die höchsten Strafmaße, die in einem Prozeß zur politischen Strafverfolgung verhängt wurden?

Eine Reihe von Kundschaftern erhielt bis zu 12 Jahren Freiheitsentzug. Im Verfahren gegen Erwin G. wurde sogar die Höchststrafe – lebenslängliche Haft – verhängt. Er war Aufklärer, d. h., er verriet seinen Dienst in dem schmalen Streifen zwischen der eigentlichen Staatsgrenze und den Grenzsicherungsanlagen. Dabei stellte er – mitten in der Nacht – einen Provokateur und tötete ihn. Das Magdeburger Gericht sprach daraufhin das höchste jemals verhängte Strafmaß aus, was zur völligen Verzweiflung des Genossen G. führte. Wir kümmerten uns um die Sache, besorgten einen Rechtsanwalt, trugen die Kosten für die Wiederaufnahme des Verfahrens. Schließlich reduzierte das Dessauer Landgericht das Strafmaß auf dreieinhalb Jahre. Allerdings ist dieses Urteil noch nicht rechtskräftig; über die Revision muß noch entschieden werden – und so geht das nervenaufreibende Spiel weiter.

Gibt es vergleichbare Fälle, in denen auch Anschläge auf unsere Grenzen geahndet wurden?

Nur einen einzigen. Fast zur gleichen Zeit wurde der Mörder des Genossen Reinhold Huhn, ein gewisser Müller, zu einem Jahr auf Bewährung „verurteilt“ – bei eindeutig auch vom höchsten Gericht der BRD anerkanntem Mord!

Können Sie etwas zur Mitgliedschaft und Struktur der GRH sagen?

Wir haben z. Z. etwa 1600 Mitglieder. Die GRH vereint sowohl Betroffene als auch Menschen, die einfach helfen wollen, unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit. In Westdeutschland haben wir z. B. ein betagtes Mitglied, das der CDU angehört und uns aus ehrlicher Sorge um die Rechtsstaatlichkeit der BRD unterstützt. Unsere Organisation gliedert sich in 36 territoriale Arbeitsgruppen, die u. a. in den ehemaligen DDR-Bezirksstädten sowie an besonders wichtigen Standorten der Grenztruppen bestehen. Darüber hinaus haben wir zahlreiche Sympathisanten im ganzen Bundesgebiet.

Was ist Ihr größtes Problem?

Durch die Medien totgeschwiegen zu werden. Als am 10. April ein sensationelles Urteil zum MfS erwartet wurde, waren die Journalisten scharenweise zur Stelle – aber eine unvoreingenommene Information der Leser hat meines Wissens nur die „junge Welt“ gebracht, auch dem „Neuen Deutschland“ war der Vorgang lediglich eine Notiz von wenigen Zeilen wert. So sind wir darauf angewiesen, daß unsere Mitglieder die „richtige Nase“ haben, entsprechend reagieren und uns ins Bild setzen. Wir selbst geben monatlich ein Informationsblatt heraus, das vor allem für unsere Mitglieder bestimmt ist.

Welche Aufgaben stellen Sie sich für die Zukunft?

Unsere Hauptklientel – die Opfer der politischen Strafjustiz der BRD – wird sich immer mehr um ihre Rehabilitierung bemühen müssen. Dazu sind viele Schritte notwendig. Wir fordern: Sofortige Entlassung der Inhaftierten, Einstellung aller noch laufenden Verfahren und Niederschlagung der Kostenzahlungsverpflichtungen. Und dann werden wir darüber nachdenken, inwieweit wir uns zu einer generellen Hilfsorganisation für die von der politischen Klassenjustiz dieses Landes Verfolgten profilieren können.

Das Interview führte Frank Mühlefeldt.

Mein letzter Wunsch ist, den Krieg, dieses Wundmal am Körper der Menschheit, von der Erde verschwinden zu sehen.

GEORGE WASHINGTON

Katja Niederkirchner – Heldin des antifaschistischen Widerstandes

Das Mädchen vom Prenzlauer Berg

Längst hat das Flugzeug mit den roten Sternen auf den Tragflächen die Frontlinie überquert und die Gegend um die polnische Bahnstation Kestiza erreicht. Unten leuchtet es dreimal auf. Die beiden deutschen Kommunisten Theodor Winter und Katja Niederkirchner sind am Ziel. Sie überprüfen die Gurte, drücken den sowjetischen Genossen die Hand und springen. Es ist der frühe Morgen des 7. Oktober 1943, Katjas 34. Geburtstag.

Das Haus Pappelallee 22 im Berliner Stadtbezirk Prenzlauer Berg gehört zu jenen Mietskasernen, die deutsche Kapitalisten für ihre Arbeitssklaven bauen ließen. Im düsteren Hintergebäude bewohnt die Familie des Rohrlegers Michael Niederkirchner eine Einzimmerwohnung, ohne Bad, ohne WC. Hier kommt Katja – standesamtlich: Käthe – als Kind eines deutsch-ungarischen Arbeiters und einer slowakischen Tagelöhnerin zur Welt. Die Eltern haben die österreichisch-ungarische Monarchie verlassen, weil sie hoffen, in Berlin eine sichere Existenz zu finden.

Doch schon fünf Jahre nach Katjas Geburt macht der imperialistische Krieg diese Erwartung zunichte. Der Vater, bei der kaiserlichen Obrigkeit als sozialdemokratischer Funktionär und Gewerkschafter unliebsam geworden, wird als einer der ersten an die Front geschickt, wo er in russische Gefangenschaft gerät. Weil Mutters Lohn in der Munitionsfabrik nicht ausreicht, müssen Katja und ihre Schwester Mia fremder Leute Kinder beaufsichtigen, für zwei Mark in der Woche. In die Schule, es ist die 79. Volksschule in der Pappelallee, geht das Mädchen oft widerwillig. Die

Lehrerinnen, alte monarchistische Tanten, schimpfen, strafen, prügeln die Kinder, oft aus geringstem Anlaß.

Ende 1919 kehrt der Vater zurück. Er hat die Oktoberrevolution erlebt, sich an ihr beteiligt. Er tritt der USPD bei, wird nur Wochen später Mitglied der KPD.

Zehnjährig schließt sich Katja der 12. Kinderabteilung des Arbeitersportvereins „Fichte“ an, trainiert fleißig in der Turnhalle Gleimstraße. Ihre zweite Liebe gehört später den Büchern, Erzählungen und Romanen von Jack London, Leo Tolstoi, Maxim Gorki. Heines „Wintermärchen“ lernt sie auswendig wie manch anderes Gedicht auch. Tief beeindruckt ist sie von Rosa Luxemburgs „Briefen aus dem Gefängnis“. Die ermordete Sozialistin wird ihr Vorbild. So findet sie bald den Weg in eine der ersten kommunistischen Kindergruppen Berlins zu Gleichgesinnten, wo man spielt, singt, wandert, aber auch schon an politische Arbeit herangeführt wird. Bei einer der Demonstrationen für Brot, Bildung und das Recht auf Arbeit muß sie erleben, wie die sozialdemokratische Polizei scharf schießt, einen Jungen ermordet, andere Kinder verletzt. Sie selbst kommt oft mit Schrammen und blauen Flecken nach Hause, kapitalistische Polizeiknüppel verschonen auch Kinder nicht.

1924 verläßt Katja mit dem Abschluszeugnis der achten Klasse die Schule und muß eine Lehre als Schneiderin beginnen. Lieber wäre sie Krankenschwester geworden, ein Beruf, der Töchtern „besserer“ Familien vorbehalten ist. Kaum hat sie ausgelernt, entläßt man sie in die Arbeitslosigkeit. Sie nutzt die Zeit, belegt Kurse für Stenografie,

Maschineschreiben, Buchführung. Später besucht sie die MASCH, die Marxistische Arbeiterschule, hört Vorlesungen bei Käthe und Hermann Duncker, studiert Werke von Marx, Lenin, Bebel. Ihr Wissen setzt sie ab 1925 im KJVD als KassiererIn, Org.-Leiterin, Polit.-Leiterin ein.

Michael Niederkirchner, seit 1927 Mitglied des ZK der KPD und enger Mitarbeiter Ernst Thälmanns, mahnt seine Kinder zur Vorsicht. Noch immer haben die Behörden trotz mehrerer Anträge der Familie nicht die deutsche Staatsangehörigkeit zuerkannt. Katja tritt trotzdem in die KPD ein, organisiert Versammlungen, arbeitet im Sportverein „Fichte“, beteiligt sich an Streiks und Demonstrationen. Längst von der politischen Polizei bespitzelt, wird sie Ende 1932 verhaftet und am 27. März 1933 als „Ausländerin“ ausgewiesen, weil sie sich staatsfeindlich betätigt habe.

Moskau wird zu Katjas zweiter Heimat. Ihren Lebensunterhalt verdient sie sich in einem Bekleidungswerk. Abends und an den Wochenenden besucht sie Theater, Konzerte, Museen. Sie ist überglücklich, als der Vater nach Gefängnis und KZ den Nazis entkommen kann und die Familie in der sowjetischen Hauptstadt wieder beisammen ist.

Angesichts des herannahenden Krieges nimmt Katja an vormilitärischen Lehrgängen teil, läßt sich in Funk- und Radiotechnik ausbilden. Als die Faschisten die UdSSR überfallen, meldet sie sich sofort zum Fronteinsatz, wird aber vorerst mit politischer Arbeit unter deutschen Kriegsgefangenen betraut. Schließlich gibt man ihrem Drängen nach, im Hinterland des Feindes abgesetzt zu werden.

Nach dem Absprung begibt sie sich auf den Weg nach Berlin. Doch in ihrem Paß fehlt ein Stempel, der erst vor kurzem eingeführt worden ist. Sie wird verhaftet. Monatelang verhört sie die Gestapo. Man foltert und quält sie. Katja schweigt, nennt nur ihren Namen, sonst nichts. Man liefert sie in das Frauen-KZ Ravensbrück ein. Die Begleitpapiere tragen den Vermerk „r.u.“ – „Rückkehr unerwünscht“. Es ist ihr Todesurteil.

Im September 1944 wird sie in den Bunker geworfen. Es gelingt ihr, Kassiber hinauszuschmuggeln. Am 25. schreibt sie: „... Meinem Vater müßt ihr sagen, daß ich ihm keine Schande gemacht habe. Ich habe niemanden verraten ... Vergeßt eure Katja nicht.“ Und am 27.: „Heute früh war der Schutzhaft-Lagerführer bei mir und hat mir mein Urteil vorgelesen ... Also wird es wohl heute abend passieren. Ich hätte doch so gerne die neue Zeit erlebt. Es ist so schwer, kurz vorher gehen zu müssen.“

In der Nacht vom 28. September 1944 wird Katja Niederkirchner von einem SS-Oberscharführer hinterrücks erschossen.

Günter Freyer



Politische Gefangene der USA

Sie setzten sich für die DDR ein und müssen nun unmenschliche Strafen der Siegerjustiz verbüßen.

Kurt Stand (17 Jahre Haft)
Gef.-Nr: 42289-83 – Virginia Hall FCC Petersburg Low – PO Box 1000 Petersburg VA 23804 – USA

James Clark (12 Jahre)
Gef.-Nr: 42287-083 Delaware FCC Petersburg Low – PO Box 1000 Petersburg VA 23804 – USA

Theresa Squillacote (21 Jahre)
Gef.-Nr: 42290-083 FCI Tallahassee – 501 Capitalcircle NE Tallahassee FL 32301 – USA

Worin bestand die Attraktivität des DDR-Bildungswesens?

Im Prinzip richtig

Eine Bildungsreform ist in Deutschland unaufschiebbar! Was aber geschieht?

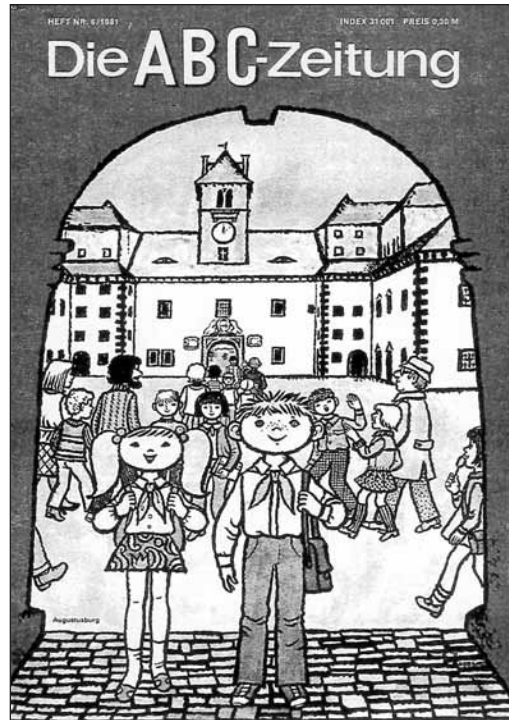
Was die Bildungsminister von Bund und Ländern und insbesondere die Kultusministerkonferenz seit dem „Forum Bildung“ (2000–2002) und seit PISA (seit 2001 ff.) eingeleitet haben, verdient den Namen „Bildungsreform“ nicht! Es sind eine Menge Einzelaktivitäten, gebündelt in den sogenannten Sieben Handlungsfeldern der Kultusministerkonferenz, und es ist – das spüren Lehrer, Schüler und Eltern ganz unmittelbar – viel Aktionismus. Und was vor allem auffällt: unter Berufung auf bei PISA erfolgreiche Länder wie z. B. Finnland und Schweden werden Vorschläge diskutiert und auch einzelne Maßnahmen eingeleitet, die an die Realität im Bildungswesen der DDR erinnern. Pädagogen und Eltern sagen oft: „Das hatten wir doch schon mal!“

Natürlich muß bei solchen Vergleichen immer beachtet werden, daß die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen heute völlig andere sind als seinerzeit in der DDR, daß die Entwicklungen von Wissenschaft, Technik und Kultur inzwischen andere Anforderungen an die Inhalte der Bildung und an die Art und Weise des Lernens stellen als in den 70er und 80er Jahren, daß sich das DDR-Bildungswesen nach dem Prinzip der Einheit von Kontinuität und Veränderung in ständiger Entwicklung befand, und schließlich auch manches kritisch hinterfragt werden muß.

Aber es ist festzuhalten:

Gleiche Bildungsmöglichkeiten für alle Kinder und Jugendlichen waren nicht nur Ziel, sondern auch weitgehend Realität in der DDR! Das alte bürgerliche Bildungsprivileg und die traditionelle Rückständigkeit des Landschulwesens gehörten der Vergangenheit an. Als Maxime der pädagogischen Arbeit in Kindergärten und Schulen galt die Sorge um jedes Kind und jeden Jugendlichen. Die Aneignung umfassender Bildung gehörte zu den herausragenden sozialpolitischen Anliegen in der DDR.

Das Bildungswesen der DDR ist ohne das Engagement der Pädagogen und der Eltern, ohne die aktive Mitwirkung vieler gesellschaftlicher Kräfte nicht denkbar; vor allem volkseigene Betriebe und landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften hatten einen großen Anteil. Die Leistungen des Bildungswesens waren – ungeachtet vieler kritischer Hinweise im Alltag – in der Öffentlichkeit anerkannt; das zeigte sich nicht zuletzt auch in der hohen Wertschätzung, die Pädagogen und Wissenschaftlern entgegengebracht wurde. Und nicht zuletzt bleibt auch Tatsache: Das Bildungswesen der DDR genoß international Ansehen und wurde vor allem in



einer Reihe von Entwicklungsländern als Beispiel für ein humanistisches Bildungswesen betrachtet.

In den Jahren 1989/90 war das Bildungswesen einer der am meisten diskutierten und umstrittenen Bereiche der DDR-Wirklichkeit. In den meisten Medien überwogen negative Urteile. Solide wissenschaftliche Untersuchungen u. a. des Dortmunder Instituts für Schulentwicklungsforschung weisen nach, daß sich dieses Bild inzwischen grundlegend verändert hat. Nur noch wenige der Befragten (ca. 10 %) vertreten die Meinung, daß es richtig gewesen sei, das Bildungswesen der DDR radikal abzuwickeln. Die überwiegende Mehrheit betont angesichts der PISA-Ergebnisse seine Leistungsfähigkeit und meint, daß die bewährte Schulstruktur der DDR hätte beibehalten werden müssen. Kürzer und besser als Frau Dr. Hamm-Brücher – langjährige Bildungsexpertin der FDP, vor kurzem dort ausgetreten – kann man es kaum sagen: „Die haben im Osten zwar ein ideologisiertes Schulsystem gehabt, aber im Prinzip ein richtiges.“

Worin zeigt sich nun, daß das Bildungswesen der DDR „ein im Prinzip richtiges“ war?

- Das Ringen um (annähernd) gleiche Entwicklungs- und Lebensbedingungen für alle Kinder und Jugendlichen war die Voraussetzung für die Orientierung auf gleiche Bildungsmöglichkeiten für alle.
- Grundlage für die Realisierung dieses Ziels war der einheitliche Aufbau des Bildungswesens – vom Kindergarten über Schule, Berufsausbildung und Hochschule bis zur Weiterbildung – ohne sogenannte Sackgassen.
- Die von allen Kindern und Jugendlichen besuchte zehnjährige allgemeinbildende

polytechnische Oberschule stellte das Fundament des Bildungswesens dar; für alle Absolventen, die nicht ein Hoch- oder Fachschulstudium aufnehmen, war eine solide Berufsausbildung gesichert.

- Alle Schüler konnten sich eine solide und umfassende Allgemeinbildung aneignen, deren Inhalte nicht statisch gesehen, sondern verändert wurden, wenn neue fachliche und pädagogische Erkenntnisse das erforderlich machten.

Der polytechnische Charakter der Allgemeinbildung und der spezielle polytechnische Unterricht waren ein „Markenzeichen“ der DDR-Schule.

- Im Bildungswesen der DDR wurde die zentrale Rolle des Unterrichts betont; gleichzeitig aber gab es umfassende und differenzierte Möglichkeiten, außerhalb des Unterrichts und der Schule Interessen und Neigungen nachzugehen, sich zu betätigen und zusätzliche Bildung zu erwerben.

- Zur pädagogischen Kultur in der Schule gehörte die Sorge um jedes Kind und dessen Entwicklung; das schloß ausdrücklich die Förderung all jener ein, die mit Behinderungen leben mußten oder Lernschwierigkeiten hatten, aber auch gezielte Maßnahmen für Kinder und Jugendliche mit speziellen Begabungen – im Unterricht, durch Olympiaden, in Spezialschulen.

- Genannt werden muß auch die Tatsache, daß es in der DDR eine vom pädagogischen Auftrag der Lehrer abgeleitete und seiner Realisierung dienende Lehrerbildung gab, die sich durch ein hohes wissenschaftliches Niveau und enge Praxisverbundenheit auszeichnete.

- In der DDR wurden größte Anstrengungen unternommen, um die materiellen, finanziellen und personellen Voraussetzungen für das Bildungswesen zu gewährleisten; das bezieht sich sowohl auf die Arbeits-, Lebens- und Lernbedingungen für Lehrer und Schüler als auch auf den Schulbau, die Schulausstattung und die Schulbuchversorgung.

- Das Bildungswesen der DDR hatte natürlich zuerst die Kinder und Jugendlichen und deren bestmögliche Entwicklungsbedingungen im Auge, besaß aber zugleich eine wichtige soziale Funktion, nämlich die Verwirklichung der Gleichberechtigung von Frau und Mann zu unterstützen und dazu beizutragen, daß objektiv vorhandene soziale Unterschiede nicht zu einer sozialen Spaltung führten. **Prof. Dr. habil Günter Wilms**

Unser Autor war von 1970 bis 1980 Vizepräsident der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften und stand danach an der Spitze des Instituts für die Leitung und Organisation des Volksbildungswesens der DDR.

Die FüÙe auf dem Boden, den Kopf in den Büchern

Als Bauer in der DDR (6)

Weihnachten 1962 bleibt mir unvergessen. In der Nacht zum ersten Feiertag setzte ein gewaltiger Sturm ein, und der Strom fiel bis zum nächsten Tag aus. Mein erster Gedanke früh galt den LPG-Kühen, die gemolken werden mußten. Ich marschierte durch die Schneewehen. Als ich zum Jungvieh-Offenstall kam, sah ich dort statt des Giebels die Mondsichel stehen. Ich stolperte über Mauerbrocken. Trümmer der Mauer lagen umgerissen im Gelände. Gott sei Dank, die Tiere standen unversehrt im Stall. Die Stromleitung hatte im Sturm hin und her geschwankt und die Mauer aus der Verankerung gerissen. Natürlich war auch der Kuhstall ohne Strom. Ich lief zum Erbgericht in den Pferdestall und holte eine Sturmlaterne. Damit suchte ich die Melker nacheinander auf. Eva, gebürtige Ostpreußin, rief aus dem Kammerfenster: „Iss doch keen Strom da!“ Willy, der Betreuer des Jungviehs, und seine Frau waren bereits wach. Wir saßen bei Kerzenschein in ihrer Küche und warteten, bis es Tag wurde. Dann besahen wir den Schaden. Wir konnten vorläufig nichts weiter tun, als das Jungvieh zu füttern. Anschließend inspizierte ich den Milchviehstall. In ganzer Länge war die provisorische Wand aus Strohballen eingestürzt. Der Wind blies ungehindert in den Stallraum. Ich alarmierte sofort Helfer. Alle waren bereit zum Einsatz. Gegen Mittag hatten wir die offene Stallseite wieder zugebaut. Ich aß nur kurz etwas und kümmerte mich sofort wieder um die Ställe. Inzwischen hatten wir eine Melkmaschine mit Benzinmotor herangeschleppt. Gegen 17.00 Uhr konnten wir endlich melken. Anfangs ging alles gut. Beim Benzin-Nachfüllen hielt ich die Laterne zum Leuchten hoch. Plötzlich brann- ten sie und der Benzinkanister. Überall lag Stroh. Geistesgegenwärtig rannte Peter Hunziger mit dem brennenden Kanister zum Ausgang. Das war knapp. Im Winter 1962/63 war in der Lohsdorfer LPG nicht nur die Versorgung der Milch- kühe mit Grundfutter miserabel. Selbst für das Erhaltungsfutter fehlte es an Nährstoffen. Wir fuhren bis in die Gegend von Torgau, um Stroh zu kaufen. Die Wis- senschaft empfahl zur Aufwertung der Ra- tionen, Futterharnstoff zu geben. Die Tier- ärzte wiegten bedenklich die Köpfe. Wir probierten – es klappte. Aber nicht im Erb- gerichtsstall, dort kam es zur Katastrophe. An einem Sonntagmorgen kontrollierte ich wie üblich die Anlagen. Im Erbgerichtsstall sah ich, daß der Vorrat an Harnstoff nicht abgenommen hatte. Ich stellte den Melker zur Rede. Er behauptete, nach An- weisung zu füttern. Am nächsten Morgen betrat ich wieder den Stall. Einige Kühe waren offensichtlich ernsthaft krank. Sie lagen, atmeten schwer und schwitzten. Das waren Vergiftungserscheinungen. „Harnstoff!“, schoß es mir durch den Kopf. Ich rief sofort den Tierarzt. Dr. Fischer gab den Tieren Infusionen mit großen

Mengen Kalziumlösung. Sieben Kühe konnte er nicht mehr retten. Vom Melker ließ ich mir den Harnstoffvorrat zeigen. Er hatte den Kühen zu viel verabreicht. Es war zum Weinen: Die besten Tiere zogen wir aus dem Stall und fuhren sie zum Notschlächter. Noch am gleichen Abend kam die Kreistierärztin. Sie brachte gleich eine Frau von der Kriminalpolizei mit. Sie wollten meine Fütterungsanweisungen sehen. Zum Glück hatte ich dem Melker die Dosierung des Harnstoffs genau auf- geschrieben und ihn das mit seiner Unter- schrift bestätigen lassen. Ich sagte es ihm auf den Kopf zu: „Du hast tagelang keinen Harnstoff zugefüttert und dann, damit es nicht auffällt, mehrere Tagesrationen auf einmal gegeben.“ Natürlich versuchte er sich herauszureden.

Nach fast 13 Ehejahren fuhren Ilse und ich im März 1963 das erste Mal gemeinsam in den Urlaub. Zwei schöne Wochen erlebten wir im Ferienheim des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) in Frauen- wald. Im März war dort noch Winter, hohe Schneewände lagen an den Straßen. Wir erholten uns gut bei Wanderungen und besuchten die traditionellen Glasbläser- werkstätten.

Die schönen Tage waren schnell verflogen. Zu Hause erwarteten uns dieselben Sor- gen. Viel Kraft und Zeit beanspruchte es, die LPG zu einem Rinderaufzuchtbetrieb mit hoher Milchproduktion zu entwik- keln. Mein Weidenutzungsplan diente als Vorlage für unseren Weidekomplex mit einer Melkzentrale. Trotz aller Probleme konnte ich mich selbst verwirklichen, und deshalb erledigte ich die Arbeit gern. Sie und mein Hobby bildeten eine glückliche Einheit. Alles geschah unter hohem per- sönlichem Einsatz, anders hätte ich meine Kollegen nicht mitreißen können. Wir fuhren zum Erfahrungsaustausch mit den Motorrädern sogar bis ins Erzgebirge.

Bei einem Besuch des Grünlandspezia- listen Dr. Wünsche von der LPG-Hoch- schule Meißen wurde mir klar, daß wir die Produktion nur unter Einbeziehung der noch in Typ I wirtschaftenden Bauern – dort wurde allein das Ackerland in die Genossenschaft eingebracht – weiterent- wickeln konnten. Wir mußten den künf- tigen Weg mit ihnen gemeinsam beraten. Es war schön, die landwirtschaftliche Produktion im Großen zu organisieren. Dabei ging es nie um einen Mehrwert, der nur dem einzelnen zugute kam. Es ging um das Mehrprodukt. Oft beriet ich mich mit meinem Vater. Manchmal war es schon spät, und er wollte eigentlich zu Bett gehen. Es waren Gespräche zwischen einem alten und einem jungen Bauern. In den 60er Jahren pflanzte mein Schwieger- vater entlang der Wassergräben unter der Scheune Erlenstecklinge. Ich fragte ihn, was er vorhabe, und er antwortete: „Damit später mal Feuerholz da ist.“ So sorgte eine Generation für die nächste.

Die LPG beauftragte mich mit der Betreu- ung der zwei Sebnitzer Oberschulklassen, die ihren polytechnischen Unterricht bei uns erhielten. Mir hat diese Arbeit mit Schülern und Lehrern immer viel Spaß ge- macht. Fünf Abiturienten der Erweiterten Oberschule Sebnitz hatte ich zu Fachar- beitern der Rinderzucht auszubilden: vier Jungen und ein Mädchen. Sie gingen mit Lust und Liebe an die Arbeit. „Mit Euch würde ich die LPG zu einem Musterbe- trieb aufbauen“, sagte ich zu ihnen. Als sie bei Nieselregen zum Kartoffeln-Nachlesen eingesetzt werden sollten, suchte ich sie anfangs vergeblich. Dann fand ich sie im Offenstall in der Futterkrippe, mit leeren Papiersäcken zugedeckt. Sie fanden es unter ihrer Würde, als Rinderzüchter Kar- toffeln aufzusammeln. „Auf, junge Erbau- er des Kommunismus!“, rief ich, nachdem ich sie endlich entdeckt hatte.

Alle damaligen Lehrlinge haben ihren Platz im Leben gefunden. Zwei von ihnen promovierten sogar. Die jungen Leute lo- gierten damals bei der Rentnerin Liddy Dathe, die sie sehr gern betreute. Sie holte das letzte Eingemachte aus dem Keller, da konnte ihr Emil schimpfen, so viel er wollte.

Die Alltagsprobleme gingen nicht spur- los an mir vorüber. Im Juni 1967 wurde ich wiederum zu einer Heilkur geschickt. Ich fuhr für vier Wochen nach Bad Fran- kenhausen. Die Kur im Solebad und die Umgebung mit dem Kyffhäuser und dem Schlachtberg, auf dem einst der letzte große Zusammenprall des Bauernkrieges stattgefunden hatte, boten genügend Gele- genheit, Körper und Geist zu entspannen.

Im selben Jahr feierte die LPG ihr 15jäh- riges Bestehen. Unser Kindergarten zeigte ein schönes Programm. Die größeren Schulmädchen – unter ihnen Margitta – bedienten die Gäste. Die beiden Genossen- schaften im Ort kamen einander immer nä- her. Nach mehreren Beratungen schlossen sie sich zur LPG „Vereinte Kraft Lohsdorf“ zusammen. Der bisherige Vorsitzende der LPG vom Typ I Willy Forker übernahm die Leitung. Die jungen, leistungsfähigen Mit- glieder brachten frischen Wind mit. Der Milchviehstall wurde vergrößert, neue Silos entstanden. Wir ernteten große Men- gen Klee. Um die Verluste beim Trocknen gering zu halten, wurde er gereutert, also zwischen zwei Drahtseilen getrocknet, die an Pfählen befestigt waren. Außerdem verstärkten wir unsere eigene Technik zur Silage-Gewinnung und sicherten so eine stabile Futtergrundlage. Als Sieger im Kreismilchwettbewerb erhielten wir die „Goldene Milchkanne“.

Ein wenig stolz fühlte ich mich schon, als mir der angesehene LPG-Vorsitzende von Saupsdorf Arno Hempel zum Kreisernte- fest im Erbgericht Dittersbach beim Tan- zen „Milchkönig!“ zurief.

Werner Döring, Hohnstein

„Deutsches Ärzteblatt“ entdeckt Schattenseiten der Gesellschaft

Armut bedroht die Gesundheit

Die Armut in Deutschland nimmt kontinuierlich zu und betrifft immer mehr Gruppen in der Gesellschaft. Die WHO definiert Armut nach dem Einkommen. Danach ist arm, wer monatlich weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens seines Landes zur Verfügung hat. In Deutschland sind das etwa 600 Euro. Rund elfeinhalb Millionen Menschen leben z. Z. unterhalb der Armutsgrenze. Dabei ist für viele Betroffene die schlechte finanzielle Situation auch eine gesundheitliche Bedrohung. Denn unter Experten ist nahezu unbestritten, daß Armut auch das Risiko zu erkranken erhöht.

Erika Biehn, stellvertretende Sprecherin des europäischen Armutsnetzwerks (EAPN), wies auf den Zusammenhang zwischen Armut und Gesundheit hin: „Nach unseren Schätzungen haben arme Menschen ein zehnfach höheres Gesundheitsrisiko als Nicht-Arme.“ Im „European Health Report 2002“ der WHO wird Armut als größte Einzelbedingung für einen schlechten Gesundheitszustand bezeichnet. „Armut ist mit einer geringeren Lebenserwartung, höherer Kindersterblichkeit und einem höheren Ansteckungsrisiko bezüglich Infektionskrankheiten, vor allem HIV und Tbc, assoziiert“, heißt es in dem Report. Finanziell schwierige Situationen führen zu weiteren Belastungen: So nimmt zum Beispiel der psychosoziale Streß zu, wodurch das subjektive Wohlbefinden armer Menschen weiter belastet wird. Durch das schlechtere psychische Allgemeinbefinden wird ein breites Spektrum von Krankheiten begünstigt. Die WHO nennt in diesem Zusammenhang Bluthochdruck und Magengeschwüre als direkt von Armut verursachte Krankheiten und spricht in ihrem europäischen Gesundheitsreport von einem „Teufelskreis aus Armut und schlechter Gesundheit“.

Die Ursachen für Armut werden sowohl von WHO als auch EAPN vor allem in der Arbeitslosigkeit gesehen. Arbeitslose sind besonders anfällig für Depressionen und Herz-Kreislauf-Erkrankungen.

Aber nicht nur der Zustand der Arbeitslosigkeit und die daraus resultierende Armut machen krank. Auch die Angst um den Arbeitsplatz, die besonders in wirtschaftlich unsicheren Zeiten verbreitet ist, schadet der Gesundheit. Die WHO sieht darin einen vermehrten psychosozialen Streß. Die Folgen sind ähnlich denen bei tatsächlicher Arbeitslosigkeit. Arbeitslose haben ein schlechteres Gesundheitsverhalten; sie rauchen mehr und bewegen sich weniger; sie haben daher häufiger starkes Übergewicht. Hypertensive Blutdruckwerte und ein erhöhter Cholesterinspiegel sind deshalb oft die Folge. Außerdem nutzen arbeitslose Eltern gesundheitliche Vorsorgeuntersuchungen für ihre Kinder um bis zu 30 % weniger als berufstätige Eltern. Darunter leidet insbesondere die Zahngesundheit der Kinder. Deren Kariesrate ist mit 44 % mehr als doppelt so hoch wie die von Kindern berufstätiger Eltern (20 %).

Frauen sind nach der WHO in der armen Bevölkerung in Europa überrepräsentiert. Das durchschnittliche Einkommen von Frauen beträgt lediglich 60 bis 70 % des Einkommens der Männer. Gesundheitlich gefährdet sind Frauen außerdem durch die Doppelbelastung in Beruf und Familie, in der es häufig notwendig ist, daß beide Partner arbeiten gehen. Die Wahrscheinlichkeit, an Depressionen oder einer Angststörung zu erkranken, ist für Frauen höher als für Männer.

Ein relativ neues Problem ergibt sich aus der wachsenden Anzahl alleinerziehender Frauen. War früher eher maßgeblich, daß Frauen lange nicht in die Rentenversiche-



Jobsicherheit hat bei mir Vorrang. Der Boß.

Aus „The Guardian“, Sydney

rung eingezahlt hatten und im Alter auf Sozialhilfe angewiesen waren, benötigen jetzt immer mehr jüngere Frauen und deren Kinder Hilfe zum Lebensunterhalt. Das liegt daran, daß es wesentlich mehr Frauen gibt, die entweder nicht mit dem Vater ihrer Kinder zusammenleben, oder aber der Vater verdient selbst kein Geld.

Prof. Dr. phil. Ulrike Maschewsky-Schneider vom Institut für Gesundheitswissenschaften der TU Berlin erklärte gegenüber dem „Deutschen Ärzteblatt“: „Vor allem Frauen mit mehreren Kindern können nicht arbeiten gehen und sind damit auf Sozialhilfe angewiesen. Dadurch werden Kinder zum Armutsrisiko, und Erziehung – vor allem mehrerer Kinder – wird zum Stigma.“

Kinder sind darüber hinaus in besonderer Weise betroffen: „Früher hatten wir einen Armutstrend bei älteren Frauen, heute haben wir ihn bei Kindern“, sagte Maschewsky-Schneider. Nach Schätzungen sind in Deutschland mehr als eine Million Kinder unterdurchschnittlich begütert und haben damit ein um ein Drittel höheres gesundheitliches Risiko als andere Kinder. Das bedeutet: Jedes siebte Kind in Deutschland ist arm.

Nach Untersuchungen der Arbeiterwohlfahrt unter armen Kindern in Kindertagesstätten (Kitas) ist jedes dritte Kind in mehreren Lebensbereichen durch die schwierige wirtschaftliche Lage seiner Eltern benachteiligt. Demnach sind die betroffenen Kinder häufiger krank, vernachlässigt und kommen oftmals hungrig in der Kita an. Etwa 10 % sind körperlich unterentwickelt. Das hat psychosozial gravierende Auswirkungen: Mittellose Kinder und Jugendliche sind ängstlicher, fühlen sich häufiger hilflos und haben ein geringeres Selbstvertrauen als wohlhabendere Gleichaltrige. Diese in der Kindheit erlittenen Nachteile wirken sich bis ins Erwachsenenalter aus. Wer als Kind unter Armut gelitten hat, ist als Erwachsener eher chronisch krank.

Astrid Barrera Pesek (gekürzt aus: „Deutsches Ärzteblatt“, Heft 47, 22. 11. 2002)



Hamburger „RotFüchse“ diskutierten mit Botschafter a. D. Rolf Berthold

Chinesisches Kaleidoskop

Am 28. März 2003 führten wir eine weitere erfolgreiche Veranstaltung in Zusammenarbeit mit der DKP-Gruppe Westliche Innere Stadt durch. Entwicklungen in der Volksrepublik China bildeten das Thema des Abends. Mit Rolf Berthold, dem über viele Jahre dort tätigen DDR-Botschafter, begrüßten wir einen äußerst kompetenten Referenten.

Anlaß waren die vielen Fragen und auch Sorgen über den Kurs der VR, über den in den BRD-Medien äußerst sparsam berichtet wird, wobei in der Hauptsache Verfälschendes und Geringschätziges zu hören und zu lesen sind. Genosse Berthold konnte im Referat und während der spannenden Diskussion viel Klarheit schaffen und auch manche Sorgen kompetent zerstreuen.

Überlagert war der Abend natürlich von der völkerrechtswidrigen Aggression der USA gegen Irak. Darauf bezogen sich auch die ersten Anmerkungen zur Außenpolitik der VR. Warum hat sich Chinas Führung nicht an die Spitze der Bewegung gegen den Krieg gestellt? Rolf Berthold erklärte die chinesische Position: Unmißverständliche Verurteilung des Überfalls auf Irak. Allerdings ist die Situation eine andere als ehemals für die Sowjetunion und deren Bündnispartner. Es gibt heute kein militärisches Gleichgewicht zweier Systeme (Chinas Wehretat ist in etwa so groß wie der der BRD; ein Siebzehntel des Etats der USA). Die VR strebt eine multipolare Welt mit verschiedenen Machtzentren an: China, Rußland, Europa, Indien, USA usw.

Einen großen Raum nahmen die Fragen zur wirtschaftlichen Entwicklung in der VR ein. Wie verhält es sich mit dem neuen Unternehmertum, mit dem ausländischen Kapital, welches nach China drängt? Holt es sich nicht über diesen Weg die Konterrevolution ins Haus? Wie kann es angehen, daß es Arbeitslose in einem sozialistischen Staat gibt? Auch hier äußerst sachkundige Antworten des Genossen Berthold, die ein wenig beruhigten. Heute sind ein Drittel der Unternehmen gesellschaftliches und ein Drittel kollektives Eigentum (Landwirtschaft), während ein Drittel privatwirtschaftlich betrieben wird, wobei die VR die Zügel auch des kapitalistischen Teiles der Volkswirtschaft auf gewisse Weise in der Hand behält. Grund und Boden dürfen nicht privatisiert werden, auch nicht zugunsten ausländischer Firmen.

Die KP Chinas sei eine flexible Partei, die den Mut habe, eigene Fehler zu korrigieren, allerdings nicht durch abrupte Wendungen; da habe sie aus der Geschichte gelernt (großer Sprung, Kulturrevolution). Es gehe um behutsames, aber konsequentes Handeln. In China denke man in viel größeren Zeiträumen, als wir es gewohnt seien, sagte Rolf Berthold. So werde die Entwicklung über mehrere Jahrzehnte vorausgeplant. Dingen, die Zeit brauchten, räume man diese ein. Außer umfangrei-

chen Wirtschaftsreformen würden auch Reformen am politischen System vorgenommen. Die Stellung der Parlamente und die sozialistische Rechtsstaatlichkeit seien gestärkt worden. Es entstünden Gesetzesgrundlagen, wo es noch nie welche gab. Dabei scheue man sich in China auch nicht, Normen aus kapitalistischen Ländern zu nutzen, wenn sie von Vorteil seien. (So habe man z. B. Teile des Patentrechts der BRD übernommen.) In China seien alle Parallelitäten der Macht (Partei/Staat) abgeschafft worden. Der Fünfjahrplan werde heute z. B. von Wirtschaftsverbänden aufgestellt. Die KP Chinas besetze nur noch vier zentrale Felder: Ideologie, Propaganda, internationale Beziehungen zu Bruderparteien und Einheitsfrontpolitik. Die Frage einer Genossin rief Schmunzeln hervor, machte aber auch deutlich, was für riesige Probleme ein Land mit 1,3 Mrd. Menschen und die Partei zu lösen haben. Die Fragestellerin wollte wissen, wie die Ein-Kind-Politik in China praktisch durchgesetzt werde. Genosse Berthold erklärte, das bedürfe großer Überzeugungsarbeit, da es jahrhundertlang sehr kinderreiche Familien gegeben habe. Kostenlos würden Verhütungsmittel bis in

die entlegensten Winkel verteilt. Wenn das nichts helfe, lege man Frauen bei einer Zweitschwangerschaft den Abbruch nahe; letztlich reagiere der Staat auch mit finanziellen Restriktionen ab zweitem Kind. Die individuelle Freiheit müsse hinter dem Interesse der Gesamtbevölkerung, letztlich auch dem der Weltbevölkerung zurückstehen. Wie viele Menschen könne China ernähren? 1,5 Mrd., 2 Mrd.? Wer solle die Lebensmittelversorgung übernehmen, wenn der eigene Boden nicht mehr ausreiche? Die Ein-Kind-Politik, von der Minderheiten ausgenommen seien (aber auch Fischer, wegen der immer noch berufsbedingten hohen Sterberate), werfe enorme gesellschaftliche Probleme auf. Unter anderem verschiebe sich die Altersstruktur dramatisch.

Fazit: Es gibt noch viel zu erfahren und zu diskutieren über die VR China, und es ist den chinesischen Genossen nur zu wünschen, daß sie ihre Probleme, nicht zuletzt zum Wohle der gesamten Menschheit, zu lösen imstande sind und daß sie unbeirrbar den sozialistischen Weg weitergehen.

**J. P., Regionalgruppe
Hamburg des RF-Fördervereins**



Ku Jüan: Ein Baum wird gepflanzt

Zur Rolle der BRD bei der „Neuordnung“ Afghanistans

Verteidigung am Hindukusch

Die Aprilrevolution 1978 in Afghanistan wurde zum Prüfstein der Beziehungen zur westlichen Welt, u. a. auch zur Bundesrepublik. War man schon seit Mitte 1979 in Bonn deutlich auf Distanz zu Afghanistan gegangen, so eröffneten die bundesdeutschen Medien seit 1980 einen wahren Propagandafeldzug gegen das Land und seine Regierung, allen voran das ZDF-Magazin mit seinem pathologisch antikommunistischen Leiter Gerhard Löwenthal. Sie stilisierten den afghanischen Modjahed, der „gegen das kommunistische Regime in Kabul“ kämpfte, zu einem „echten Freiheitskämpfer“ und wahren Helden hoch. Bei diesem unablässigen Trommelfeuer interessierte nicht, daß die Modjahedin für die reaktionärste Variante der afghanischen Politik einstanden, was sie dann auch seit 1992 tatkräftig unter Beweis stellten, als sie zunächst einen islamischen und seit 1996 dann einen mittelalterlichen, extrem frauenfeindlichen, unmenschlichen „Gottesstaat“ der Taleban errichteten.

Als die Banden der Modjahedin, die jahrelang von der BRD und anderen kapitalistischen Ländern finanziell, politisch und propagandistisch unterstützt worden waren, im Jahre 1992 in Afghanistan mit unvorstellbarer Brutalität die Herrschaft übernahmen und in der Folgezeit in Kabul ein wahres Blutbad anrichteten, wobei die afghanische Hauptstadt in Schutt und Asche versank, gratulierte Bundespräsident Richard von Weizsäcker den neuen Machthabern zum afghanischen Nationalfeiertag.

Seit 1978 bestand zwischen der BRD und den afghanischen Modjahedin eine kontinuierliche Kooperation. Ihre Führer wurden nicht nur von der Stahlhelm-Fraktion der bundesdeutschen Politik, von Leuten wie Franz Josef Strauß, Alfred Dregger, Ernst Albrecht usw. empfangen, sondern auch von Helmut Kohl und Willy Brandt. Sie erhielten finanzielle, politische und logistische Unterstützung aus dem Budget des Auswärtigen Amtes – entweder direkt als humanitäre Hilfe deklariert – oder Leistungen über pakistanische Kanäle. Die meisten dieser islamistischen Gruppierungen unterhielten auch Büros in Bonn für ihre politisch-propagandistischen Aktivitäten.

Als die Taleban, die seit September 1994 die Eroberung Afghanistans einleiteten, am 27. September 1996 die Hauptstadt Kabul einnahmen, plädierte der ARD-Korrespondent in Neu-Delhi Martin Fritz für ein Arrangement der Bundesregierung mit ihnen, sogar für ihre internationale Anerkennung.

Nach einer Meldung von Radio Stimme Afghanistans, gestützt auf die afghanische diplomatische Vertretung in der BRD, war im September 1995 eine geheime Waffenlieferung aus der Bundesrepublik für die Taleban aufgedeckt worden, u. a. Panzerfäuste und 146 verschiedene Zubehörteile sowie Nachrichtengeräte im Werte von 34,5 Mio. DM. Der Deal wurde von Balal Saffdar, einem Offizier des pakistanischen Militärgeheimdienstes „Inter Service Intelligence“ (ISI), abgewickelt.

Die Rüstungsgüter sollten ihnen auf dem Flughafen der Stadt Qandahar, wo sich das Hauptquartier der Taleban befand, übergeben werden.

Erst nach den Anschlägen vom 11. September 2001 veranlaßte die Bundesregierung die Schließung der Taleban-Vertretung. Der Bundeskanzler und sein Vize forderten jetzt vehement die Beseitigung des Terrorregimes der Taleban, dabei waren diese – wie erst jetzt bekannt wurde – noch am 17. Juli 2001 zu Geheimverhandlungen nach Berlin eingeladen worden, und das, obwohl die UN seit Anfang des Jahres verschärfte Sanktionen gegen das Talebanregime verhängt hatten.

Auf dem Petersberg bei Bonn haben die westlichen Länder im Rahmen der „Talks on Afghanistan“ vom 27. November bis 5. Dezember 2001 unter der formalen Federführung der Vereinten Nationen eine sogenannte Interimsregierung für Afghanistan zusammengestellt. Die Bundesregierung war nicht nur Gastgeber der vier afghanischen Delegationen sowie der zahlreichen internationalen Beobachter, sondern sie war auch die erste, die einen Sieben-Punkte-Plan für Afghanistans Zukunft ausgearbeitet hatte. Es schien so, als ob die Vorbereitung vom Auswärtigen Amt geleistet wurde, doch eigentlich war es – der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt – die der SPD nahestehende Friedrich-Ebert-Stiftung. Sie hatte die afghanischen Monarchisten seit Jahren um sich gesammelt und betreut.

Auf der Petersberg-Konferenz wurde seitens der Bundesregierung massiv Druck auf die afghanischen Teilnehmer ausgeübt. Außenminister Fischer drohte schon in seiner Eröffnungsrede den Afghanen damit, daß es ohne Einigung keine finanzielle Unterstützung für die künftige Regierung in Kabul geben werde.

Der Wiederaufbau des völlig zerstörten Landes wird viele Milliarden kosten. Für die westliche Wirtschaft geht es dabei um riesige Profite. Der Kampf um das Afghanistan-Geschäft wurde auf dem Petersberg vorerst zugunsten der USA entschieden; sie konnten sich bei der Benennung des neuen Interimsministerpräsidenten mit ihrem Wunsch Kandidaten Abdul Hamed Karsei durchsetzen.

Auch wenn es so aussieht, als ob die deutsche Wirtschaft ein weiteres Mal in ihrer Geschichte zu spät kommt, soll dennoch den anderen das Feld nicht kampflös überlassen werden. Die Bundesrepublik Deutschland eröffnete am 1. Januar 2002 ihre Botschaft in Kabul. Obwohl mehr als ein halbes Dutzend Länder ihre Vertretungen schon früher eingeweiht hatten, ist BRD-Botschafter Rainer Eberle als erster akkreditiert worden. Daß dies so außergewöhnlich schnell erfolgte, wurde vom Auswärtigen Amt in Berlin als „Geste, die zeigt, wie willkommen Deutschland ist“, interpretiert.

Für den Wiederaufbau werden Kosten von mehr als 16 Mrd. Euro veranschlagt. „Die Chancen, daß deutsche Firmen von diesem Kuchen ein großes Stück abbekommen, stehen gut“, hieß es Ende Januar in der

Zeitung „Die Welt“. Dafür wird u. a. auch der Kabuler Wiederaufbauminister Mir Mohammad Amin Farhang sorgen, dessen Nähe zur deutschen Wirtschaft bekannt ist. Die Ausbildung der afghanischen Polizei und des Geheimdienstes, seit den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts mit nur kurzfristigen Unterbrechungen in deutscher Hand, ist schon längst von Deutschland wieder aufgenommen worden.

Die erste hochrangige Wirtschaftsdelegation, die am 9. 2. 2002 in Kabul eintraf, kam aus Deutschland. Unternehmer fast aller Branchen, vom Infrastrukturbereich wie Straßenbau und Elektrizitätsversorgung bis hin zu Logistik und Transport sowie Maschinenbau, trafen mit Wiederaufbauminister Farhang zu Beratungen zusammen. Der Auftrag für das aufzubauende Telefonnetz wurde bereits an den Siemens-Konzern vergeben.

Während sämtliche bundesdeutschen Parteistiftungen bereits in Kabul vertreten sind, wird die Wiedereröffnung des Goethe-Instituts seit Ende September 2002 vorbereitet. Ihm benachbart haben sich die Geheimdienste der BRD, Bundesnachrichtendienst (BND), Bundeskriminalamt (BKA) und der Militärische Abschirmdienst (MAD) eingerichtet. Um den German Way of Life zu propagieren, senden sowohl die Deutsche Welle TV als auch der Radiosender der Bundeswehr täglich vierundzwanzig Stunden teils auf Paschto, teils Dari für Afghanistan. Die Nachrichten der Deutsche Welle TV werden sogar unverändert vom afghanischen Fernsehen übernommen.

Der Versuch der Bundesregierung, militärisch am Krieg gegen Afghanistan beteiligt zu werden, scheiterte, und auch die persönliche Nachfrage des Bundeskanzlers in Washington, als das USA-„Hilfersuchen“ an Berlin ausblieb, war erfolglos, brachte jedenfalls nicht die erhoffte Beteiligung. Man wurde mit Nebenschauplätzen abgespeist. Nur die von den USA weniger begehrte Teilnahme an der sogenannten Internationalen „Schutztruppe“, International Security Assistance Force (ISAF) für Kabul wurde großzügig gewährt, den Deutschen war sogar die Führungsrolle angeboten worden. Im Rahmen dieser „Schutztruppe“, die lediglich für die Sicherheit der Kabuler Regierung sorgen soll, ist die Bundeswehr seit dem 11. Januar 2002 in Kabul stationiert, ausgestattet mit einem „robusten Mandat“. Ab Februar 2003 übernahm sie gemeinsam mit den niederländischen Streitkräften die Führung der ISAF und verdoppelte nahezu die Zahl ihrer stationierten Soldaten.

BRD-Verteidigungsminister Peter Struck informierte im November 2002 die Vertreter der Parteien im Verteidigungsausschuß des Bundestages über die Erweiterung der Zuständigkeit des seit dem 10. Dezember 2001 in Afghanistan operierenden Kommandos Spezialkräfte (KSK), das inzwischen sein eigenes Operationsgebiet erhalten hat. Somit ist diesmal das Ziel, in Afghanistan militärisch Fuß zu fassen, das weder im Ersten noch im Zweiten Weltkrieg realisiert werden konnte, schon erreicht. **Dr. Matin Baraki**

Zum Tschetschenienproblem im heutigen Rußland (2 und Schluß)

Mythen, Irrtümer und Lösungswege

Der Krieg in Tschetschenien begann nicht erst 1994 mit dem Einsatz von Truppen durch den Kreml, sondern bereits im Sommer 1991. Die Gruppe um General Dudajew ergriff damals, gestützt auf sich selbst bewaffnende Verbände und die finanzielle Hilfe tschetschenischer und ausländischer Geschäftskreise, gewaltsam die Macht. Von Moskau eingeleitete Verhandlungen scheiterten an der ausufernden Gewalt gegen die friedliche Bevölkerung und russische Militärs. Allein im Zeitraum Januar – Juni 1992 flüchteten 40000 Menschen aus der Region, etwa 5000 Opfer waren unter der Zivilbevölkerung zu beklagen. Dudajew und seine Anhänger zeigten sich von Anfang an auf eine völlige Unabhängigkeit Tschetscheniens bedacht und akzeptierten keine Gespräche über andere Lösungen. Verhandlungen waren für den Militär Dudajew eine Waffe der Schwachen. Er zeigte sich überzeugt, daß nach dem Zerfall der UdSSR auch Rußland auseinanderbrechen würde, und rechnete sich Führungspositionen im Nordkaukasus aus.

Ein großer, an den Realitäten vorbeigehender Irrtum ist anzunehmen, daß nur die volle Unabhängigkeit Tschetscheniens dem Krieg und dem inneren Zerwürfnis ein Ende setzen könnte. Praktisch war ja Tschetschenien in den Jahren 1996–99 unabhängig. Die Folgen des vom separatistischen Regime errichteten grenzenlosen Willkürsystems nach innen und außen sind weitgehend bekannt: Einführung mittelalterlicher Gerichtsbarkeit (Schirijat), Sklavenhandel, an dem ca. 10 % der Männer direkt teilnahmen, Drogen- und Waffenhandel, religiöser Extremismus, Umschlagregion für Banditen vieler Herren Länder, Geiselnahmen und Terrorakte, militärische und religiöse Expansion gegen Nachbarrepubliken und Regionen, wie z. B. der Einfall nach Dagestan, Bedrohung des ganzen Südens Rußlands. Man kann sich kaum vorstellen, zu welchen Folgen die Anerkennung eines solchen separatistischen und dazu noch in sich zerstrittenen Regimes führen würde.

Oft ist zu hören, daß bedingungslose Verhandlungen die einzige Möglichkeit zur Lösung des tschetschenischen Problems seien. Zweifellos haben Bandenchefs internationale Organisationen und auch den Terrorakt in Moskau genutzt, um den Kreml zu Verhandlungen zu zwingen. Offensichtlich hat sich die Situation um Maschadow und Bassajew verschlechtert. Die Kontrolle des Finanzflusses an die Terroristen beginnt zu wirken. Viele Sponsoren aus arabischen Ländern werden vorsichtiger. Effektiver als große Militäroperationen erwiesen sich strenge Maßnahmen gegen private Banken, über die nach Tschetschenien kriminell oder halbkriminell erworbene Finanzmittel aus Rußland flossen. Verhandlungen scheinen somit vor allem den Bandenchefs angesichts dieser Situation nützlich zu sein. Weder Maschadow noch die „Feldkommandeure“ können jedoch ihren Anhängern und schon gar nicht der friedlichen Zivilbevölkerung eine akzeptable Zukunft, die Rückkehr

in normale Lebensverhältnisse bieten. Es ist daher äußerst fraglich, mit wem überhaupt Verhandlungen geführt werden können, um die Wiederholung einer fehlerhaften Chassavjurt-Vereinbarung zu vermeiden. General Lebed handelte damals im Auftrag des Kreml einen Vertrag lediglich mit dem bewaffneten Teil der tschetschenischen Gesellschaft aus, der ja an Stabilität und Rechtsordnung in keiner Weise interessiert war. Zivile, gesellschaftliche Kräfte waren von den Gesprächen ausgeschlossen. Wozu dies in den Jahren 1996–99 geführt hat, ist bereits oben dargestellt worden. Scheinergebnisse können somit nur zur weiteren politischen und religiösen Radikalisierung im Nordkaukasus führen.

Ein großer Irrtum besteht darin, daß das tschetschenische Problem einfach, schnell und schmerzlos zu lösen sei. Dafür werden 10–15 Jahre benötigt und ein ganzer Komplex von Maßnahmen sowohl in Tschetschenien und seitens der Tschetschenen und ihrer eigenen zu schaffenden Administration als auch seitens der föderalen Zentralmacht.

Welche Elemente einer möglichen schrittweisen Stabilisierung in und um Tschetschenien zeichnen sich gegenwärtig ab?

Entsprechend dem Vorschlag einer Gruppe von Autoritäten in der tschetschenischen Gesellschaft wurde Ende 2002 ein reales Verhandlungszeichen gesetzt, auf das auch Putin mit folgenden Erklärungen reagierte: „Den Beginn des politischen Prozesses darf man nicht hinauszögern“, „die Armee muß in den Kasernen bleiben“, aber „ein zweites Chassavjurt wird es nicht geben“. Mit Erlaß des Präsidenten der RF wurden die „Grundsätze über die Durchführung des Referendums der Tschetschenischen Republik über den Entwurf der Verfassung der Tschetschenischen Republik“, über die Entwürfe der Gesetze „Über die Wahlen des Präsidenten der Tschetschenischen Republik“ und „Über die Wahlen zum Parlament der Tschetschenischen Republik“ bestätigt. Das Referendum zur Verfassung fand wie geplant am 23. März 2003 statt. Die Beteiligung lag bei 65,5 %. Die Zustimmung war überwiegend. Die Präsidentschaftswahlen sind gleichzeitig mit den Dumawahlen im Dezember 2003 vorgesehen. Tschetschenien soll künftig eine Präsidentenrepublik mit einem Einkammerparlament sein. Die Verfassung von 1992 wurde faktisch 1993 von Maschadow außer Kraft gesetzt. Alle Rechte des Parlaments gingen auf den Präsidenten über. Das Verfassungsgericht der Republik wurde ebenfalls aufgelöst. Die lokale Macht übten durch den Präsidenten persönlich ernannte Präfekten aus. Unter Maschadow gab es nur eine zugelassene gesellschaftliche Bewegung – „der tschetschenische islamische Staat“. Vertreter anderer Glaubensrichtungen wurden vertrieben. Mit der Wiederherstellung einer verfassungsgemäßen Ordnung sollen Glaubensfreiheit und verschiedene Parteien und gesellschaftliche Organisationen wieder zugelassen werden.

Ende 2002 fand in Gudermes ein Kongreß der Völker Tschetscheniens statt. Die 392 Delegierten aus der Bevölkerung, von Parteien und Bewegungen, religiösen Organisationen, tschetschenischen Landsmannschaften in anderen Regionen der RF erörterten Verfassungsentwürfe, sprachen sich für das Verfassungsreferendum aus und stellten in einer Resolution ausdrücklich fest: „Tschetschenien wünscht vollgleichberechtigtes Mitglied der Russischen Föderation zu sein.“ Die Bevölkerung wurde „zur Konsolidierung um die bestehenden Organe der Macht“ aufgerufen. An alle Vertreter des tschetschenischen Volkes erging der Appell „angesichts der schwersten Tragödie Tschetscheniens ihren Gram, ihre gegenseitigen Vorwürfe beiseite zu lassen, ihre Ambitionen und ihren Stolz zu mäßigen, sich namens der Wiedergeburt unserer Heimat zusammenzuschließen“.

Im Vordergrund stehen nunmehr Bemühungen um die Stabilität in und um Tschetschenien. Risiken sind nicht zu übersehen. Die Aufstellung einer Reihe von Präsidentschaftskandidaten birgt die Gefahr des Rückgriffs jener Bewerber, die scheitern, auf Gewalt nach den Wahlen. In jedem Falle geht es um einen Kandidaten mit Autorität in der Republik und mit Unterstützung des Kreml. Er muß ohne negative Belastungen durch Kontakte mit Separatisten und darf kein Feind des Zentrums in Moskau sein. Und dies unter Bedingungen, da es dort zuviel geteilte Verantwortung für Tschetschenien, z. B. auch keinen Chefkoordinator für alle Dienste unter Putin, gibt.

Auch einige Kompromißformeln in der neuen Verfassung – sie beziehen sich auf die durch gemeinsame Vollmachten der RF und TschR „beschränkten“ Souveränität und den Begriff „Staatsbürgerschaft der Tschetschenischen Republik“ – enthalten Widersprüche zur föderalen Gesetzgebung und liefern damit Zündstoff.

Viel wird davon abhängen, inwieweit es gelingt, eine möglichst breite Koalition politischer Kräfte in Tschetschenien für die Rückkehr zu friedlichen Verhältnissen zu gewinnen, auf dieser Grundlage und unter Nutzung von Traditionen eine legitimierte Regierungsstruktur zu schaffen, die sich auf eigene bewaffnete Kräfte stützen kann (z. B. ein eigenes Innenministerium), die terroristischen Banden und deren finanzielle Hilfsquellen zu liquidieren und zugleich durchdachte Maßnahmen zur Wiederherstellung des normalen Lebens einzuleiten. Das ist ein komplizierter und langwieriger Prozeß. Es wird sich in nächster Zeit zeigen müssen, in welchem Grade Putin zur Suche politischer Lösungen entschlossen ist. Ein Grunderfordernis sollte jedoch unbedingt eingehalten werden: Jede Einmischung von außen im Interesse eigennütziger Ziele dieser oder jener Mächte, die nur den Separatisten und Terroristen dienen könnte, das bewußte Schüren des Konflikts, müssen unbedingt zurückgewiesen werden. Sie liegen keinesfalls im Interesse der so wichtigen Stabilisierung in dieser Region.

Bruno Mahlow

Renegaten aus der einstigen PVAP schickten polnische Truppen nach Irak

Washingtons Warschauer Komplizen

Im Vorfeld der USA-Aggression gegen Irak kam es in Polen zu heftigen Debatten. Anlaß dafür war die Versicherung der „linken“ Minderheitsregierung, den von Frankreich und der BRD abgelehnten imperialistischen „Präventivschlag“ vorbehaltlos zu unterstützen. Damit schränkte Warschau seinen außenpolitischen Handlungsspielraum in Europa beträchtlich ein. Bemühungen, das im nachhinein durch Besuche des polnischen Außenministers in Berlin und Paris auszutarieren, blieben ergebnislos. EU-Anhänger in Polen betrachten die einseitige Parteinahme für die USA als schweren politischen Fehler, der vor allem deutsche und französische Investoren abschrecken könnte. Als dann hierzulande bekannt wurde, die meisten Deutschen hätten bei Umfragen einen polnischen EU-Beitritt für nicht wünschenswert gehalten, fühlten sie sich in ihrer Meinung bestätigt. Immer offener wird davon gesprochen, die Warschauer Regierung erweise sich als Lakai der USA, was auf die Dauer nicht gutgehen könne. In diesem Zusammenhang wird auch der Kauf zeitlich überholter, aber teurer amerikanischer Militärmaschinen als völlig unnötig kritisiert. Angeblich sollten ihm großzügige US-Investitionen folgen.

Nachdem George W. Bush dem Präsidenten Kwasniewski versichert hatte, Polen sei der treueste Verbündete der USA in Europa (!), fühlte sich dieser übergelaufene einstige Minister Volkspolens in die Pflicht genommen, seinen Beitrag zur „Befreiungsoperation“ in Irak zu leisten. Eine Spezialeinheit der chemischen Truppen und die Antiterrorereinheit „Grom“ wurden in die Golf-Region entsandt. Diesen Einsatz begründete man fadenscheinig mit der „Erfüllung von Bündnisverpflichtungen gegenüber den USA“. Ein Truppeneinsatz außerhalb Polens verlangt laut Verfassung aber das Einverständnis des Parlaments. Gegen den Präsidenten richtete sich daher sofort der Vorwurf des Verfassungsbruchs. Kwasniewski wiegelte jedoch ab, da es sich lediglich um Truppen handele, die „unterstützend“, nicht aber kämpfend im Einsatz wären, so daß sich Polen nicht im Krieg befände. Genau das aber wird von polnischen Völkerrechtlern vehement bestritten. Die „Grom“-Leute sind zur Brechung besonders hartnäckigen Widerstands in Ortschaften vorgesehen. Inzwischen gaben die Amerikaner peinlicherweise bekannt, daß neben ihren Leuten, Briten und Australiern auch Polen im Kampfeinsatz gestanden hätten. So wurde Kwasniewski Lügen gestraft. Angesichts des unerwarteten irakischen Widerstands kündigte der Verteidigungsminister (er war in Volkspolen Vorsitzender des Sozialistischen Jugendverbandes) die Entsendung weiterer polnischer Verbände an. Schon am 6. Kriegstag wurden zusätzliche Soldaten ins Kampfgebiet beordert. In diesem Zusammenhang darf

nicht vergessen werden, daß die 363 400 Mann umfassende Polnische Volksarmee die zweitstärkste Militärgruppierung des Warschauer Vertrages darstellte. Seit ihrer Auslieferung an die NATO war damit zu rechnen, daß sie einen besonderen Platz in den Planungen Washingtons und Brüssels einnehmen werde.

Auf einer Pressekonferenz am 21. März versuchten Präsident Kwasniewski und Premier Miller (früher Mitglied des Politbüros der PVAP) die Bevölkerung zu beruhigen. Gefahr für Polen bestünde nicht, der Luftraum sei ungefährdet, die Lage an den Grenzen stabil usw. So sprechen keine Staatsführer, deren Land nicht irgendwie kriegsbeteiligt ist. Die Realität sieht übrigens anders aus: Verschärfte Kontrollen an den Grenzen und erhöhte Polizeipräsenz in den Städten fielen ins Auge. Wochenlang wurde über die Gefahr von Massenvernichtungswaffen gesprochen, man zeigte Bunker und erteilte entsprechende Hinweise. Truppenschutzmasken gingen weg wie warme Semmeln.

Unbehagen rief auch die Ankündigung des Präsidenten hervor, Polen werde sich am Wiederaufbau des besiegten Irak beteiligen. Wo kommt das Geld dafür her, fragen sich viele. Aus den stark gekürzten EU-Mitteln, mit denen die Anschlußbefürworter um Zustimmung für das bevorstehende Referendum werben? Nur wenigen ist klar, daß höchstwahrscheinlich polnische Soldaten als Besatzer für amerikanische Ölinteressen ihren Kopf hinhalten sollen.

Dabei war die Mehrheit der Polen nach Umfragen von Beginn an gegen diesen Krieg. Immerhin hatte sich selbst der polnische Papst für den Frieden engagiert. Doch im Gegensatz zu anderen Ländern hielt sich der öffentliche Protest in Grenzen. Schließlich sollte man nicht vergessen, daß Polen wahrscheinlich das einzige Land Osteuropas ist, in dem eine regelrechte Massenfaszination in bezug auf die USA herrscht. Immerhin leben in den Vereinigten Staaten etliche Millionen Bürger polnischer Abkunft. So könnte Bush in Warschau unbelästigt von Protesten ein „Bad in der Menge“ nehmen. Denn es gehört Mut dazu, hier offen gegen die USA aufzutreten. Zudem gibt es keine einflußreiche politische Kraft, die die Massen auf die Straßen bringen könnte. Die regierenden „Linken“ sind inzwischen hoffnungslos den USA verfallen, und die

„Opposition“ war schon immer extrem pro-amerikanisch. Allein die linksbäuerliche „Selbstverteidigung“ unter Andrzej Lepper spricht sich als einzige große Partei entschieden gegen die US-Aggression aus („Unsere Soldaten sofort zurück, dafür Kwasniewski und Miller in die Wüste!“). Doch sie hatte erst in letzter Zeit wochenlang mit spektakulären Massenblockaden gegen die Landwirtschaftspolitik der Regierung protestiert und braucht jetzt eine Erholungspause. Die pragmatisch denkenden Bauern sehen überdies in der nahen EU und nicht in den fernen USA ihren hauptsächlichsten Widerpart. Sie werden kaum gegen Washington demonstrieren. Den Krieg lehnte auch die kleinste parlamentarische Gruppierung Polens ab: die reaktionäre klerikal-politische Liga Polnischer Familien (LPR). Ähnlich verhielten sich mehrere nationalistische Splittergruppen. Die Bauernpartei PSL kritisierte allein das fehlende Einverständnis des Sejm. Wie in einer verkehrten Welt rechtfertigen also ehemalige hohe PVAP-Funktionäre die USA-Aggression, während gestandene Antikommunisten sie z. T. verurteilen. So weit hat die „Demokratisierung“ einer früher marxistischen Partei also geführt. Es versteht sich von selbst, daß Polens wenige aufrecht gebliebene Kommunisten in bezug auf den Kriegskurs der USA korrekte Positionen einnehmen.

Eine besonders üble Rolle spielt das Fernsehen. In den knappen Informationsmeldungen erfuh man kaum etwas über den realen Verlauf der Kämpfe. Die mit Lügen gespickte Berichterstattung war verschwommen und chaotisch. Hohe polnische Militärs veranstalteten ohne jede Kenntnis der Lage vor Ort Sandkastenspiele am Bildschirm. Sie rechtfertigten den Feldzug von Bush und Blair. Über Antikriegsproteste wurde in den polnischen Medien kaum berichtet. Angegebene Teilnehmerzahlen waren nach unten korrigiert. Kritische Positionen ließ man selten zu oder zerredete sie. Die antiirakische „Information“ überschlug sich.

Unterdessen überziehen neue Protestaktionen gegen den massiven Sozialabbau das Land. In allen niederschlesischen Krankenhäusern kam es wegen des Mangels an Medikamenten und anderen Mitteln zu Streiks. Eine mächtige Widerstandswelle Arbeitsloser mit über 500 000 Teilnehmern ging durch ganz Polen. Schon jetzt zeichnet sich nach Umfragen ab, daß die sogenannten Linken der SLD bei den nächsten Wahlen einbrechen dürften. Das würde für Kommunisten und andere sozialistische Kräfte die Chance eröffnen, wieder stärker zum Zuge zu kommen und im wahrsten Sinne des Wortes Flagge zu zeigen. Wie man sieht, ist die oben beschriebene relative „Ruhe“ an der Antikriegsfront trügerisch. Die Leute um Miller sollten sich nicht in allzu großer Sicherheit wiegen. **Stefan Warynski**



KP Griechenlands: Raus aus dem Krieg!

*Djindjic-Attentat löste innenpolitische Terrorwelle aus***Serbien im Ausnahmezustand**

Der Beginn des Krieges gegen Irak erinnerte daran, daß sich fast zeitgleich, am 24. März, der feige Überfall von 19 NATO-Staaten auf die BR Jugoslawien zum vierten Male jährte. Die Schröder-Fischer-Regierung, damals völlig unbeirrt vom fehlenden UNO-Mandat, das sie diesmal einforderte, hatte einen maßgeblichen Anteil an der Aggression und handfeste eigene Balkaninteressen. Das tödliche Attentat auf den serbischen Ministerpräsidenten Zoran Djindjic hat seine Hintergründe auch in diesem Bestreben des neuen Großdeutschland nach Zerstückelung und Kolonialisierung Jugoslawiens. Gab es Kräfte anderer imperialistischer Staaten, die den deutschen Vorherrschaftsdrang in der Region stoppen wollten? In Belgrad wurde Djindjic nämlich wegen seines BRD-Stallgeruchs auch „Zoran, der Deutsche“ genannt. Das lag nicht nur an den vom CDU-Lobbyisten Hunzinger bezahlten Maßanzügen, die er trug. Es gab auch andere Gründe für diesen Namen: Die Friedrich-Ebert-Stiftung der SPD stellte in ihrem Jahresbericht 2000 in bezug auf den Putsch gegen Slobodan Milosevic unumwunden fest: „Dabei konnte die FES – in enger Zusammenarbeit mit deutschen Regierungskreisen – auf die langjährige Partnerschaft mit wichtigen Leitfiguren des Umsturzes zurückgreifen: Zoran Djindjic, General Vuk Obradovic, Zarko Korac, Branislav Canak, Goran Svilanovic und die Wissenschaftler der Gruppe G 17 um Miroslav Labus.“

Der „demokratische Erleuchter“ Djindjic, dem die NATO-Aggressoren und westliche Geheimdienste Propaganda wie Schlä-

gerkolonnen für seinen Putsch bezahlten, hat das Land als Regierender schamlos verkauft und verwüstet – bis hin zur Auflösung des Staates Jugoslawien. Fabriken, Kombinate, Handelsunternehmen, Presse, Banken, die ganze Wirtschaft – zuvor teilweise noch in Arbeiterselbstverwaltung – wurden, wenn nicht zerschlagen, zu Spottpreisen an westliche Konzerne verschachert. Ein großer Teil ging in die Hände von BRD-Monopolgruppen über. Die Rede von der „neuen deutschen Invasion“ gehört heute in Belgrad zu den geflügelten Worten. Zur Durchsetzung ihrer Interessen haben sich diese Invasoren eine kleine Schar von Kollaborateuren herangezogen, die in Luxus lebt und im Stil mafioser Gangsterbanden agiert.

Die breiten Volksmassen hingegen vegetieren unter kaum vorstellbaren Bedingungen. Hier soll nicht vom NATO-okkupierten und von Serben, Juden und Roma weithin „ethnisch gesäuberten“ Kosovo gesprochen werden, wo ein serbisches Wort unter Umständen tödliche Folgen haben kann. In den beiden Republikern Serbien und Montenegro ist von über 50 % Arbeitslosen auszugehen. Während Löhne und Renten fast unverändert blieben, stiegen die Lebenshaltungskosten, vor allem für einfache Grundnahrungsmittel wie Brot und Öl, ins Astronomische. Gewerkschaftliche Rechte wurden beiseite gefegt. Das früher vorbildliche Gesundheitswesen ist zusammengebrochen, Armutskrankheiten und Kindersterblichkeit grassieren. Eine bis zum Sturz von Milosevic ungekannte Angst vor Verbrecherbanden und – vor allem in Südserbien – terroristischen

Anschlägen von der NATO gehätschelter Separatisten hat sich ausgebreitet.

All diese „Demokratisierungsfolgen“ gehen auf das Konto der Politik von Zoran Djindjic. Das hat ihn zum meistgehaßten Mann des Landes werden lassen. „Hitlers Enkel“ nannten ihn manche in Belgrad. Wie Umfragen zeigten, konnte er sich auch keiner Wahl mehr stellen. Als sein Kandidat für das serbische Präsidentenamt im Herbst 2002 durchfiel, wurden die Wählerlisten mit etwa 800 000 „toten Seelen“ so aufgebläht, daß die Beteiligung unter 50 % sank, womit die ganze Abstimmung ungültig wurde.

Was seit dem Attentat geschieht, spricht eine klare Sprache. Die Hysterie des 11. September 2001 fand ihre Neuaufgabe. Über ganz Serbien wurde sofort der Ausnahmezustand verhängt. Man begann mit der Fahndung nach Angehörigen eines ominösen, dem organisierten Verbrechen zugerechneten „Zemun-Clans“. Massenverhaftungen setzten ein. Bis Ende März arreტიerte man über 4000 Menschen, von denen 1000 in Haft blieben. Darunter befinden sich nicht nur führende Mitglieder der Sozialistischen Partei Serbiens und der Jugoslawischen Linken (JUL), Vertreter der Milosevic-Verteidigungskomitees und Personen, die als „Nationalisten“ gelten oder von den herrschenden Kräften als anderweitig „politisch gefährlich“ eingestuft werden. Festgenommen oder mit hohen Geldstrafen belegt wurden 30 Verlagsleiter und Journalisten. Man verbot – ganz oder zeitweilig – oppositionelle Medien; am 18. 3. zum Beispiel die gesamte Auflage von „Novosti“, der größten Tageszeitung Serbiens.

Der Anschlag auf Djindjic und der Ausnahmezustand wurden für eine umfassende politische Säuberung des Staatsapparates von „Resten des alten Regimes“ genutzt, hieß es in einem Radiokommentar. Inzwischen feuerte man etwa drei Dutzend verfassungstreue Richter und Staatsanwälte. Entlassen wurde auch der Chef des Inlandsgeheimdienstes, der als Vertrauter des „gemäßigt nationalistischen“, jedenfalls den Totalausverkauf des Landes ablehnenden Präsidenten Kostunica gilt. Gefahndet wird aufgrund konstruierter Beschuldigungen nach Mirjana Markovic, der Frau von Milosevic, die sich allerdings in Rußland aufhält. Doch „das Beste“ zum Schluß: Der angeblich meistgesuchte Mann Serbiens, der „spurlos verschwundene“ Anführer des „Zemun-Clans“ und Chefplaner des Attentats ist Milorad Lukovic – ehemaliger Kommandeur jener Elitepolizeitruppe, die beim Putsch gegen Milosevic auf die Seite von Djindjic überlief, was das Kräfteverhältnis zugunsten der prowestlichen Kreise kippte. Er leitete auch das gescheiterte Kommandounternehmen, bei dem das Haus von Milosevic gestürmt, der Präsident entführt und ermordet werden sollte. Zwar verhaftete man den Nachfolger von Lukovic und dessen Stellvertreter als vermeintliche Attentäter, doch bleibt die Frage, in welchen Geheimdienstzentralen der „freien Welt“ statt der Gedenkerze für „Zoran, den Deutschen“, Champagner getrunken wurde. Vielleicht in Langley?

Werner Hoppe

*Zur Einrichtung eines Büros der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Prag***Erklärung der KSCM**

In der tschechischen politischen Szene wiederholen sich ständig Versuche, Haltungen durchzusetzen, die sudetendeutschen Forderungen entgegenkommen. Sie gehen nicht nur vom Ausland, sondern auch von heimischen Quellen aus. Die absolute Mehrheit der tschechischen Bürger ist mit einem derartigen Vorgehen nicht einverstanden, aber für manche Politiker zieht das nur eine Veränderung in der Taktik nach sich.

Die Sudetendeutsche Landsmannschaft konnte jetzt in Prag ein Büro etablieren. Sie tarnte es als gewerbliche Einrichtung, um damit tschechische Gesetze zu umgehen. Aber schon zur Eröffnung hielten die Repräsentanten der Landsmannschaft mit ihren politischen Ambitionen nicht hinterm Berge und sprachen sogar von ihrer „Botschaft“. Es ruft Verwunderung hervor, daß sich dieser höchst politische Vorgang in Anwesenheit zweier Senatoren des Parlaments der Tschechischen Republik (Jan Ruml, Union der Freiheit; Frantisek Mezihorak, CSSD) und eines Abgeordneten (Vladimir Riha, KDU-CSL) abspielte. Auf diese Weise waren alle Parteien der Regierungskoalition bei dieser Aktion vertreten. Ein verfassungsmäßiger Repräsentant – als der jeder Senator oder Abgeordnete zu betrachten ist – bringt keineswegs nur seine persönlichen Sympathi-

en oder Antipathien zum Ausdruck; er ist auch Vertreter seiner Wähler und sollte deren Interessen wahrnehmen.

Die Teilnahme zweier Senatoren und eines Abgeordneten erhoben die Eröffnung des Büros irgendeiner Interessenvertretung de facto zu einem politischen Akt. Es wurde versucht, erzkonservativen deutschen Kreisen den Zutritt zur tschechischen politischen Bühne zu erzwingen – einschließlich der Forderungen nach Entschuldigung auf CR-Seite und vor allem nach Rückgabe von Eigentum. Mit Befremden registrierten wir auch die Teilnahme des EU-Botschafters Ramiro Cibriano.

Das Exekutivkomitee des ZK der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens (KSCM) ist überzeugt, daß eine Neuschreibung der Geschichte, die in die Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges münden würde, nicht zugelassen werden kann. Die Revanchisten – einschließlich der tschechischen – müssen politisch isoliert und zurückgewiesen werden. Wir schätzen es als unannehmbar ein, daß es der Senat des Parlaments der Tschechischen Republik auf seiner ordentlichen Sitzung abgelehnt hat, zu den Aktivitäten zweier seiner Mitglieder Stellung zu beziehen und auf diese Weise die politischen Zusammenhänge auf das rechte Maß zu bringen.

Übersetzung: Klaus Kukuk

Kräht Aznar von einem fast abgesägten Ast?

Spanien in Bewegung

Bei Berichten über Massendemonstrationen gegen den Irak-Krieg stachen die Teilnehmerzahlen, die aus Spaniens großen Städten gemeldet wurden, besonders hervor: 1,2 Millionen in Madrid, über 1 Million in Barcelona, 250 000 in Sevilla, Zehntausende in Valencia, Zaragoza, Bilbao, Albacete, Ungezählte vor den USA-Stützpunkten Rota bei Cadíz, Torejón bei Madrid und und und ... Der Sprecher eines Nachrichtensenders stellte fest, der Widerstand gegen den Krieg sei in Spanien der umfassendste und konsequenteste von allen Ländern Europas.

Das hat zweifellos auch Gründe in der kriegerischen Unterwürfigkeit von Regierungschef Aznar gegenüber seinen Washingtoner Kriegsherren sowie in seiner maßlosen Arroganz und Ignoranz in bezug auf die Interessen des Volkes und die Lage im eigenen Land. Wegen seiner zunehmend diktatorischen Manieren wird er von immer mehr Menschen mit Franco, bei dem er einst politisch in die Schule ging, verglichen.

Nach übereinstimmenden Umfragen erklärten sich 92 % der Spanier gegen den Krieg – also auch die überwiegende Mehrheit jener, die Aznar und dessen rechtskonservativ-faschistoide „Volkspartei“ einst wählten, unter ihnen selbst große Teile der Polizei. Für zusätzliche Empörung sorgte daher die Tatsache, daß sich zivile Polizeiagenten unter die Menge mischten, um durch gewalttätige Provokationen den Widerstand der Friedenskräfte in Mißkredit

zu bringen. Bei all dem blieb die weiter andauernde Ölpest stets im Bewußtsein: „Sie sollen nach Galicien kommen, wenn sie Öl wollen – wir haben genug davon!“, rief man auf Demonstrationen an der verseuchten Atlantikküste Nordwestspaniens. Und überall wurde mit dem Nein zum Krieg unüberhörbar auch das Wort „Dimisión!“ verbunden – die Forderung nach Rücktritt der Regierung.

Als besonders stark und einmütig erwies sich der Widerstand der Katalanen. Er reichte dort bis in die kleinsten Dörfer. Am 26. März gab es einen ersten, 15 Minuten dauernden Generalstreik; Busse und Eisenbahnen fuhren nicht mehr, Betriebe, vor allem Großunternehmen, lagen still. Schüler blockierten Autobahnen und große Nationalstraßen; einige hielten dort sogar Unterricht ab – über die Geschichte Iraks! Doch nicht nur die Jugend, buchstäblich Menschen jeden Alters, standen in der Frage des Krieges contra Madrid. So wäre es nicht richtig, von einer Polarisierung des Landes zu sprechen. Den Krieg bejahte nur eine winzige Minderheit von Bonzen und Bossen, unterstützt durch eine plumpe Kriegspropaganda der regierungstreuen Medien. Einen Kontrast dazu bildeten die katalanischen Sender und Zeitungen, die die Antikriegsbewegung aktiv unterstützten.

Jeden Mittwoch seit Kriegsbeginn wurde es in Barcelona für 15 Minuten sehr laut: Mit Autohupen, Töpfen, allem, was Lärm macht, protestierten die Bewohner der

Stadt gegen Bushs, Blairs und Aznars Krieg. Am 30. März wurden auf der Plaza de Catalunya, dem größten Platz der katalanischen Metropole, 50 000 schwarze Luftballons bei Sirenengeheul zum Platzen gebracht. In einer kleinen Stadt mit etwa 10 000 Einwohnern demonstrierte die Hälfte der Bevölkerung. Die Bürgermeister, auch in einem 200-Seelen-Dorf, riefen dazu auf, sich auf den zentralen Plätzen zu Schweigeminuten zu versammeln, und viele erschienen, während die Kirchen ihre Glocken läuteten. Massive Proteste gab es auch nach der Ankündigung der USA, eine Übertragungsstation von „Radio Liberty“ bei einem kleinen katalanischen Ort für Hetzsendungen in die arabische Welt zu nutzen. Die komplette Fußballmannschaft des FC Barcelona demonstrierte vor Spielbeginn am 23. 3. mit einem Transparent „Barca für den Frieden“. Und mehr als jemals in den vergangenen Jahren erinnert man sich an den Bürgerkrieg und die Intervention des deutsch-italienischen Faschismus.

Am 10. April fand der zweite Generalstreik gegen den Krieg statt. Er dauerte zwei Stunden und kam trotz des Boykotts von Teilen der einstmals kommunistisch geführten Gewerkschaftszentrale Comisiones Obreras (C. C. O. O.) zustande, deren Spitzenkräfte sich inzwischen zum Teil den Positionen der Volkspartei Aznars angenähert haben. **Werner Hoppe**

Wie polnische EU-Gegner ein Nazi-Plakat ummünzten

Arbeit „u bauera“

Die polnische Regierung sieht im EU-Beitritt das Allheilmittel. Stunde für Stunde wird in den elektronischen Medien dafür geworben. Ein Referendum soll im Juni darüber entscheiden. Besonders intensiv wendet man sich an die lebensunerfahrene Jugend und gaukelt ihr eine glänzende Zukunft in der EU vor. Mit leeren Versprechungen und der Verbreitung von Illusionen wird nicht geegzt. Erst jüngst – am 24. März – suggerierte man einem jugendlichen Publikum zu bester Fernsehendezeit, EU-Mittel würden nach Polen fließen wie weiland aus der BRD nach Ostdeutschland.

EU-Gegner warnen vor einem Beitritt. Dabei lassen sie sich etwas einfallen. Auch ein umgemünztes Werbeplakat aus faschistischen Okkupationstagen wird geschickt genutzt. Während des Zweiten Weltkrieges fehlten in Hitlerdeutschlands Landwirtschaft Arbeitskräfte. Die zusammengetrie-

benen Zwangsarbeiter waren vor allem für die Sklavenarbeit in der Rüstungsindustrie bzw. auf den Feldern von Nazi-Gutsbesitzern vorgesehen. Für die Groß- und Mittelbauern hingegen reichte ihre Zahl nicht aus. Daher wurden im besetzten Polen „Freiwillige“ geworben, um „u bauera“ (beim Bauern) zu arbeiten. Tatsächlich meldeten sich viele hungernde junge Polen, weil sie glaubten, so eine Möglichkeit zum Überleben zu finden. Nach der Befreiung kehrten sie genauso arm in ihre Heimat zurück, wie sie gekommen waren.

Jetzt wurde das erwähnte Propagandaplakat der Faschisten einfach aktualisiert. Über einem glücklich dreinschauenden jungen Landarbeiterpaar kann man lesen: „Es gibt Arbeit beim Bauern, jetzt also auf in die EU!“ Und darunter stehen die Worte: „Jeder Pole erhält nach dem Beitritt einen Mercedes ... zum Waschen.“ **Stefan Warynski**



Alexander Lukaschenko über die belorussische Staatsideologie

Festhalten am Marxismus-Leninismus

Belorußlands Präsident Alexander Lukaschenko hat auf einer der turnusmäßigen Sitzungen des Seminars für Mitarbeiter zentraler und örtlicher Staatsorgane die „Grundlagen der belorussischen Staatsideologie“ formuliert. Er erklärte, daß die kommunistischen Ideen leben werden, solange es Menschen gibt. Die Ideologie sei für einen Staat das Immunsystem. Wenn dieses zerstört werde, könne jede noch so unbedeutende Infektion zum Tode führen. Das zeigten auch die bitteren Erfahrungen des Untergangs der Sowjetära, als die Infektion durch Nationalismus, Geistlosigkeit und Konsumdenken diese Immunität zerstört habe. Die Kommunisten hätten es zwar verstanden, das System der ideologischen Arbeit gut zu organisieren und zur Vollkommenheit zu führen, es dann aber durch Formalismus zugrunde gerichtet. Hinzugekommen sei eine „völlige Zerrüttung in den Köpfen der neueren Generation kommunistischer Führer“. Lukaschenko sagte wörtlich: „Sie haben den Glauben an den Marxismus-Leninismus verloren (wenn sie überhaupt je an ihn geglaubt haben) ... Einige haben wohl niemals auch nur ein Büchlein über ihn gelesen ...“

Der Präsident stellte dann die Frage, welche die weltanschaulichen Grundlagen der belorussischen Staatsideologie sein müßten. „Die für alle in diesem Saal Sitzenden verständlichste und natürlich nächststehende Ideologie ist die kommunistische“, sagte er. Das Fiasko des Sozialismus bedeute nicht deren Tod ... Mit der kommunistischen Weltanschauung habe Belorußland große Siege über Armut, Analphabetentum und Nazismus errungen. Mit ihr sei der Weg in den Kosmos gebahnt worden. „Immer hat Belorußland solchen Prinzipien wie Kollektivismus, Patriotismus und soziale Gerechtigkeit entsprochen. Das hohe Prestige der Bildung, die Formen des moralischen Anreizes und vieles andere, was Teil unseres Lebens wurde – all das muß organisch eingehen in das ideologische Fundament der modernen belorussischen Gesellschaft ... Die kommunistische Ideologie, gegründet auf die Weltanschauung des Marxismus-Leninismus, muß zu einem der Hauptbestandteile der belorussischen Ideologie werden ...“

Die nicht allzu große Republik Belarus (an deren Spitze der von der einheitlichen KP und allen Patrioten Belorußlands unterstützte Präsident steht) sei „das letzte Aufmarschgebiet, die letzte Bastion geblieben, die auf staatlicher Ebene die geistigen Hauptwerte des belorussischen, des russischen und aller anderen Völker auf dem Gebiet der einstigen UdSSR verteidigt ...“

Man sollte wissen, daß Alexander Lukaschenko in einem Interview nach seiner Wahl zum Präsidenten Belorußlands auf eine entsprechende Frage erklärte, er habe niemals sein kommunistisches Parteibuch

verbrannt und auch nicht die Absicht, das in Zukunft zu tun.

Auf einer Sitzung des Rates der Union Kommunistischer Parteien-KPdSU erklärte dessen Vorsitzender Gennadi Sjuganow, der auch Vorsitzender des ZK der KPRF ist, unter anderem: „... In Belorußland sind die Grundlagen des Sozialismus erhalten geblieben ...“

Eberhard Bock



Warum man trotz allem zuversichtlich sein kann

Über Bewußtseinswandel

Soll sich in der politischen Praxis etwas zum Positiven verändern, so hängt das von entsprechenden Wandlungen im Bewußtsein der Menschen ab. Anders gesagt, immer mehr von ihnen müssen sich fortschrittlich entwickeln. Dazu einige Gedanken.

Es war zu Beginn des Zweiten Weltkrieges. Meine Mutter und ich (wir beide waren erst wenige Jahre zuvor aus Zuchthaushaft und KZ entlassen worden) standen am Straßenrand inmitten einer zahlreichen Menge, die zuschaute, wie ein Trupp Soldaten zu einem Sammelpunkt marschierte. Mit Zorn und Erbitterung beobachteten wir, wie die Menschen ihre „patriotische“, siegessichere Gesinnung zum Ausdruck brachten, indem sie den „Kriegern“ immer wieder Blumensträuße überreichten. Kaum jemand hatte wohl eine Ahnung davon, um was es in diesem Krieg wirklich ging, welchen Charakter er besaß. Das politische Bewußtsein der meisten befand sich unter dem Einfluß der nazistischen Propaganda auf dem Tiefpunkt.

Auch in späteren Zeiten machte ich ähnliche Beobachtungen. Und heute zeigt sich das schwach entwickelte politische Bewußtsein z. B. darin, daß Wähler, die von der CDU enttäuscht sind, beim nächsten Mal für die SPD stimmen. Da auch diesmal die Enttäuschung nicht ausbleibt, entscheiden sie sich beim übernächsten Mal wieder für die CDU. Das geht immer so weiter. Dem Wahlvolk ist nicht bewußt, daß beide Parteien ebenso wie die anderen zur Regierungsbeteiligung strebenden Stimmenbewerber keinerlei Interesse daran haben, die Anliegen der Lohnempfänger, Arbeitslosen und kleinen Rentner zu vertreten. Machtausübung oder Regierungsverantwortung heißt nun einmal im bürgerlichen Staat dafür zu sorgen, daß das Großkapital Maximalprofite einfahren kann. Da das von den meisten vorerst nicht wahrgenommen wird, ist noch ein

erheblicher Bewußtseinsschub erforderlich, bis wirkliches Klassenbewußtsein entstehen kann.

Ich entsinne mich, daß ich vor einigen Jahren, als ich noch der PDS angehörte, in einer Gruppenversammlung sagte: Die bürgerliche Regierung ist im Grunde nichts anderes als das Büro der Konzerne und des Finanzkapitals. Diese Formulierung überraschte die Genossen, sie wurden nachdenklich. Wenige Jahre später ist das Allgemeingut von Millionen.

Der Überfall auf Irak hat vollends das Geheimnis bloßgelegt, in dem Kriege entstehen. Jetzt ist es kein „Geheimnis“ mehr. Große Teile der Erdbevölkerung wissen, daß es der USA-Regierung allein um die Macht in der Welt und um den Besitz von Bodenschätzen geht. Vor allem ums Öl. Wir können also eine enorme Veränderung im Bewußtsein der Menschen feststellen. Das haben die Massendemonstrationen der Friedenskräfte bewiesen, die größten seit Vietnam, vielleicht seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Natürlich handelt es sich hierbei nicht um Klassenbewußtsein. Als ich im November 2002 meinen 90. Geburtstag im Kreise von Genossen und Freunden beging, glaubten viele noch nicht daran, daß eine ernsthafte Kraft gegen die vor allem militärisch übermächtigen USA entstehen könnte. Im Bericht aus meinem Leben, den ich auf der Feier kurz vortrug, brachte ich die Zuversicht zum Ausdruck, daß sich im Augenblick der Notwendigkeit neue Friedens- und Klassenkräfte entwickeln würden. Das ist inzwischen eingetreten.

Die USA sitzen auf einem Pulverfaß. In gar nicht allzu ferner Zukunft werden die Volksmassen, die Friedenskräfte, die Linke, die kommunistischen Parteien wieder eine wesentlich größere Rolle spielen. Ich bin da ganz optimistisch.

Herbert Thomas

Leserbriefe an RotFuchs



Liebe Genossen, seit einiger Zeit erhalten wir regelmäßig den „RotFuchs“. Ich freue mich immer, wenn die Zeitschrift ankommt. Denn der Inhalt ist lehrreich, meist gut geschrieben und bestätigt zum Großteil unsere eigenen Gedanken in bezug auf das, was in der Welt vor sich geht, wie auch hinsichtlich des Weges zum Sozialismus, des Weges aus der Misere, zu Frieden und Gleichberechtigung. Ich habe allerdings eine Kritik, und zwar in Sachen von Meinungsverschiedenheiten. Da wird mir oft zu sehr polemisiert, d. h., man beschäftigt sich mehr mit Formulierungen als mit dem Wesen der Sache. (...)

Ist es möglich, ein Freixemplar der Zeitung an eine Freundin in Bochum (Adresse beigefügt) zu schicken?

**Maximilian und Hannelore Stand,
Croton-on-Hudson, N. Y., USA**

Bemerkung der Redaktion

Die Genossen Hannelore und Maximilian Stand, Eltern des zu 17 Jahren Haft verurteilten deutsch-amerikanischen Antifaschisten Kurt Stand, sind dem „RotFuchs“-Förderverein beigetreten. Wir heißen sie herzlich willkommen.

Obwohl Eure Leserkonferenz nun schon einige Zeit her ist, finde ich erst heute die Gelegenheit, diese Zeilen an Euch zu schreiben. Beginnen möchte ich mit einem ganz großen Dankeschön an alle, die uns diesen Auftritt bei Euch ermöglicht und sich so liebevoll, auch während unseres Aufenthalts in Berlin, um uns gesorgt haben. Sei es der Parkplatz, die Versorgung und nicht zuletzt die Hilfe beim Auf- und Abbau unserer Technik im Veranstaltungssaal selbst – es war eine tolle Erfahrung, besonders für unsere jüngeren Mitglieder. Aber das Schönste waren natürlich die Teilnehmer der Konferenz, unsere Zuschauer. Eigentlich stimmt das ja gar nicht, es waren ja Mitsängerinnen und Mitsänger. Auch für uns ist es leider nicht – oder sagen wir noch nicht wieder – die Regel, daß unser Publikum mitsingt. Bei vielen Veranstaltungen fragen uns aber heute schon Zuschauer nach Texten und Noten von Liedern, damit sie das nächste Mal mitsingen können. (...) Wir beobachten mit Freude, daß die Akzeptanz und der Wunsch nach gemeinsamem Singen politischer Lieder wieder zunehmen. Das macht uns Mut für weitere Jahre. Übermittelt bitte allen „RotFuchs“-Lesern unsere Grüße und unser Dankeschön bis zum nächsten Mal.

**Euer Singclub „Ernesto Che
Guevara“ e. V. aus Dresden
Wolfgang Klötzer, Clubleiter**

Auch Peter Porsch, der PDS-Vize, hat dankenswerterweise am Tag nach Kriegsbeginn die USA-Aggression gegen Irak verurteilt. Seine Überlegungen wurden im „parlament von links“ (Informationen der PDS-Fraktion des sächsischen Landtags) 03-04/2003 abgedruckt. Auf die Titelseite wurde das Zitat übernommen „Krieg will die Welt regieren, gegen den Willen der Völker, wider alles Recht, wider alle Vernunft, entgegen jeglicher Menschlichkeit“. Porsch ist Linguist. Ich frage ihn: Ist Krieg etwa Subjekt der Weltpolitik oder völkerrechtswidriges, vernunftfeindliches,

unmenschliches Mittel – welcher – Politik? Haben die Kriegsverbrecher nicht Namen und Gesicht?

Porsch verkündete auch eine faszinierende Utopie: „Es mag utopisch, ja verrückt klingen: Für mich wäre die beste Lösung im aktuellen Fall gewesen, die Iraker hätten die Amerikaner mit samt ihren Waffen freiwillig ins Land gelassen, ohne daß ein Schuß abgegeben wird. Das wäre ein toller Job für den Chef der Waffeninspektoren, Herrn Blix, gewesen: Alle irakischen und amerikanischen Waffen – Schießgewehre, Bomben, Raketen und Flugzeuge – werden in der Wüste auf einen Haufen geworfen und friedlich zerstört.“ Die Vision Bertha von Suttners „Die Waffen nieder!“, die über einhundert Jahre alt ist, als aktuelle Aufgabe? Die Vision ist nicht „verrückt“, aber im Falle Irak realistisch? Zunächst eine Analogie (die jetzt oft mißbraucht wird, u. a. von Angela Merkel, Paul Spiegel, Michael Wolffsohn usw.): Hätte nicht auch Hitler es als „beste Lösung“ gewünscht, wenn die faschistischen Aggressionen nach dem Muster von „München“ hätten fortgesetzt werden können? Würden es Bush und die Seinen nicht auch als „beste Lösung“ betrachten, wenn sie ihre Weltherrschaftspläne „nur“ mit der (völkerrechtswidrigen) Androhung von Gewalt durchsetzen könnten? Dann würde ein Stirnrnzeln einiger Politiker in Washington genügen, um auch Staaten wie Deutschland an ihre Rolle als „tributpflichtige Vasallen“ (Brzezinski) zu erinnern. (...)

Prof. Dr. sc. Horst Schneider, Dresden

(...) Devotes Schweigen oder resignative Zustimmung zum Unrecht wollen die Imperialisten von uns! Dafür loben und zahlen sie sogar. Dafür verleihen sie Kofi Annan den hochdotierten Friedensnobelpreis. Der läßt sich für Mammon mundtot machen. WIR NICHT! Schweigen heißt sich abfinden, und das dürfen wir, die wiedererweckte Friedensbewegung, nicht! Wir sind waffen-, aber auch illusionslos! Wir haben nur die Straße, uns müssen alle Straßen der Welt gehören. Wir werden es hinausschreien, müssen brüllen, daß wir PEACE wollen, um Menschen zu bleiben. (...)

Hans-Dieter Hesse, Recklinghausen

Zwar sehe ich meinen Aufklärungsbedarf vom „RotFuchs“ ausführlich gedeckt, jedoch durch ein Übermaß detaillierter Leitartikerei. Wenn Ihr mit den zwei Erlebnisberichten der letzten Nummer das zu ändern begännt und auch sprachliche Eindringlichkeit dabei mit einbezögt, könnte ich Euch beglückwünschen. Ihr geht es ja schon an, mit den auf so wenig Raum beeindruckenden Grafiken und mit den drei Seiten Leserschriften. Warum lief ich in meiner Jugend schon vor dem Frühstück nach der trotz Verdopplung der Auflage immer rasch vergriffenen Wochenendausgabe der ROTEN FAHNE? Erraten, wegen der illustrierten Beilage ROTER STERN, genauer, wegen dessen von John Heartfield wie für mich Jungproleten gestalteter Titelseite. Bei unseren Treffs auf dem Zickenplatz ging so manches Mal die ROTE FAHNE mit aufgeschlagener Seite von Hand zu Hand: Verse von Erich Weinert. (...)

Ihr habt Erich Weinert eine Seite gewidmet – wer außer Euch noch? Im ND keine Zeile, auch in der „jungen Welt“ keine mehr. Groß in Mode ist z. Z. die Mode der Toleranz ins Verrecken. Klar, warum. Der Faschismus ist in Gestalt des Amerikanismus erneut auf dem Vormarsch zur Weltherrschaft und hat diesmal die Nuklearausrottung aller Widerspenstigen im Zielfernrohr. So

fließen denn über die Gräber der in den Vernichtungslagern der Nazis umgebrachten Andersrassigen und Andersgläubigen lyrische und epische Tränenbäche hin. Widerstand? Totgeschwiegen oder delegiert auf eine Offizierselite, die vom Naziregime abrückte, als es mit ihm unaufhaltsam zu Ende ging. (...) **Karl Mundstock, Berlin**

Die Veranstaltung mit Prof. Rüter, über die Dieter Skiba in Nr. 63 berichtet hat, war in der Tat wie Labsal. Es ist schon erfreulich, wenn die Kraft der Tatsachen gelegentlich gewinnt und Wissenschaftler die Wahrheit vermitteln. Es bleibt zu hoffen, daß das Material der Konferenz vom Oktober 2002 veröffentlicht wird. Glücklicherweise haben sich auch altbundesdeutsche Bürger mit der schonenden Behandlung ehemaliger Nazis in der BRD nicht zufrieden gegeben. Ich erinnere hier nur an Günther Schwarbergs Beitrag „Die Mörderwaschmaschine“ in einem Buch zu Ehren von Robert Kempner (1989). Das Material trug den Untertitel: „Wie die bundesdeutsche Justiz die Verbrechen der Faschisten mit Hilfe von Einstellungsbeschlüssen bewältigte“. Es sei auch vermerkt, daß nach 1990 Veröffentlichungen erschienen, die kritisch darstellten, wie NS-„Personal“ in bundesdeutschen Sphären ungestraft und unverfolgt wirken konnte. Ich erinnere an den Kriminaldirektor Dieter Schenk: „Auf dem rechten Auge blind. Die braunen Wurzeln des BKA“ (Köln 2001), der für die Beamten des Bundeskriminalamtes konstatierte: „Sie zeigten weder Mitleid noch schworen sie ihrer Gesinnung ab.“

Es versteht sich, daß der schonungsvolle Umgang mit den Nazis in der BRD verdeckt werden soll, wenn seit dem Anschluß im Zuge der Delegitimierung der DDR auch deren Antifaschismus infrage gestellt wird. Dazu gehört die Aufforderung, wir sollten ruhig sein, denn auch in der DDR hätten Nazis ihren Platz an führender Stelle gehabt. Gegen diese Verleumdung habe ich 2002 das Buch „Nazis in der DDR“ veröffentlicht.

Prof. Dr. Detlef Joseph, Berlin

Herzliche Grüße kommen aus Wernigerode und die Mitteilung, daß sich die „RotFuchs“ auch im Nordharz vermehren. Auch hier wächst die Zahl der Vernünftigen, Denken und Besonnenen – auch dank unserer guten Zeitung, die von Hand zu Hand geht. Werner Hoppe hat sehr deutlich die ölige Bush-Connection entlarvt. Öl ist der Lebenssaft der kapitalistischen Wirtschaft. An ihm klebt seit über einem Jahrhundert unendlich viel Blut – bis zu Irak. Es geht um Milliarden. (...)

Karl Marx zitierte einen englischen Ökonomen: „Bei 5 % Profit wird Kapital aktiv; bei 10 % lebhaft“ ... Und er steigert dann die Profitrate bis 300 % und sagt: „Bei 300 % begeht das Kapital jedes Verbrechen – selbst auf die Gefahr des Galgens.“ Seine Erkenntnisse sind von großer Aktualität. Deshalb werden wir – die demokratischen Sozialisten in Wernigerode – auch an diesem 5. Mai – wie in jedem Jahr unsere Ehrung vor der Karl-Marx-Büste durchführen. Diese Marx-Skulptur war die erste, die nach 1945 in der DDR aufgestellt wurde. 1990 haben sie Gewissenlose vom Sockel gestoßen und – nach der Wiederherstellung – dann in einem Teich bei Wernigerode versenkt. Später wurde sie in einem Keller der Stadtverwaltung deponiert. Mit Hilfe unserer PDS-Stadtratsfraktion haben wir sie hervorgeholt und mit Spendenmitteln aus ganz Deutschland restauriert. Jetzt ist sie so fest verankert, daß man sie nicht mehr umstürzen kann.

Indem wir Karl Marx ehren und über seine aktuelle Bedeutung sprechen, möchten wir auch künftigen Generationen helfen, diesen großen Denker besser zu begreifen.

Egon Eismann, Wernigerode

Der Theologe Peter Franz wünscht sich in seinem Beitrag „Ein Revolutionär ohne Seele?“ einen Sozialismus mit „Fluoreszenz und Anziehungskraft“, in dem statt „erbittertem Grimm leichtfüßiger Humor“ herrsche, mit einer psychologisch versierten „Menschenführung“ und Funktionären, die endlich begriffen, daß der Mensch nicht nur aus „Kopf“ bestehe, sondern auch ein „fühlendes“ und „hoffnungssuchendes“ Wesen sei. Herr Franz empfiehlt als Vorbild für eine „mentale Formung“, die „mitreißend“ und „verlockend“ wäre, die Seelsorge der Kirchen, die da in der Tat über eine langjährige Erfahrung verfügen.

Unter Fluoreszenz versteht man ein unbestimmtes Leuchten nach Einwirkung einer äußeren Lichtquelle. Das paßt nun besser zu einer Offenbarungsreligion als zu einer Lehre, die auf einer wissenschaftlichen Welterklärung fußt. Anziehen, mitreißen und verlocken sind Verben, die sich an ein passives Gegenüber, an ein Opfer richten, nicht an einen Menschen, der zu selbständigem Denken erzogen werden soll. (...) Marxisten daran zu erinnern, daß der Mensch nicht nur aus Kopf besteht, entbehrt nicht der Komik, ist diese Erkenntnis doch der Ausgangspunkt für ihre Lehre. (...)

„Ein neues Lied, ein besseres Lied, / o Freunde, will ich euch dichten! / Wir wollen hier auf Erden schon / das Himmelreich errichten.“ Diese Verse stammen von dem Dichter, der auch das Ossietzky-Zitat von Herrn Franz gedichtet hat. Das Heine-Gedicht, aus dem Herr Franz zitiert, behandelt in spaßiger Weise die Unvollkommenheit einer Welt, in der z. B. eine Frau schön und dennoch seelenlos sein kann. In einem ungleich ernsteren Gedicht behandelt auch Bert Brecht eine Unvollkommenheit, nämlich die, daß diejenigen, welche eine Revolution zu machen und durchzusetzen haben, sich um vieles Schöne nicht kümmern können. Dort heißt es: „Auch der Haß gegen die Niedrigkeit / Verzerrt die Züge, / Auch der Zorn über das Unrecht / Macht die Stimme heiser. Ach, wir / Die wir den Boden bereiten wollten für Freundlichkeit / Konnten selber nicht freundlich sein.“

Eine aufgebrachte Feministin hielt mir einmal in einem Streitgespräch vor, Goethe hätte sich, statt den „Faust“ zu schreiben, mehr und besser um seinen Sohn kümmern sollen. Ich denke, wir können nicht ernstlich wünschen, der „Faust“ sei unvollendet geblieben und dafür August von Goethe möglicherweise kein Alkoholiker geworden.

Eine seelenvollere Revolution ist eben schwer zu machen. (...)

**Heidi Urbahn de Jauregui
Montpellier (Frankreich)**

Die Gedanken und Hinweise, die Peter Franz im März-Heft des RF unter der Überschrift „Ein Revolutionär ohne Seele?“ äußert, sind inspirierend und aktuell. Tatsache ist doch, daß gerade unter den heutigen Bedingungen sozialistisch-kommunistische Ideen und Programme die Menschen nur erreichen, wenn sie deren Psyche, Gefühle, Mentalitäten und Erfahrungen berühren. Und da ist auch der Hinweis auf die ersten Mängel und Fehler in der propagandistischen Arbeit zur DDR-Zeit voll berechtigt. Mit einer Grundhaltung oder -auffassung vom Kommunisten als einem Menschen von „besonderem Schlag“ oder von der Partei, die immer recht hat,



Die Marx-Büste in Wernigerode

kamen und kommen wir nicht an, heute schon gar nicht.

Zeigt nicht gerade der völkerrechtswidrige und verbrecherische Bush-Krieg gegen Irak, von welch großer Bedeutung Psyche, Gefühle und Erfahrungen für die politische Haltung dazu sind?

Die Menschen wollen ernstgenommen, nicht „belehrt“, aber gut, wahrheitsgemäß informiert werden. Und wollen wir als Sozialisten/Kommunisten sie von unserer guten Sache überzeugen, dann müssen wir zuallererst Menschlichkeit vorleben.

Was nun die Seele betrifft, so könnte man scherzhaft sagen: Kommunisten brauchen eine Seele, um sie auch einmal baumeln lassen zu können. Ludwig Renn meinte, er glaube zwar nicht an die Seele in dem Sinne, daß man sie irgendwo finden und analysieren könnte, aber er sehe nicht recht, wie er imstande wäre, sich zu freuen, wenn er keine Seele besäße. Na, so geht's doch auch.

Günter Stuedten, Berlin

(...) Der erste helle Kopf, den wir seit langer Zeit haben, ist Peter Franz, der Theologe, dem für seine Erkenntnisse zu danken ist. Sonst hatten wir, glaube ich, eine Menge unbeweglicher Geister, hier wie dort.

Wolfgang Wallenwein, Düsseldorf

Werner Hoppe berichtete im März-RF über Relikte des Militarismus in seiner Heimatstadt Hamburg, aber auch über andere düstere Vorhaben, etwa einen „Tansania-Kolonialpark“ anzulegen. (...) Doch es gibt auch Erfreuliches und Mutmachendes aus Hamburg zu berichten. Das Kriegerdenkmal am Dammtorbahnhof – der von Werner beschriebene „Klotz“ – muß bereits seit einigen Jahren mit einem Gegen-Denkmal koexistieren. Der österreichische Bildhauer und Sozialist Alfred Hrdlicka bekam als Sieger in einem Ideenwettbewerb 1982 vom damaligen Kultursenator den Auftrag, einen Kontrapunkt zur Umgestaltung des nationalistischen Klotzes zu schaffen. Nun stehen seit 1986 die Teile I und II des aus vier geplanten Elementen bestehenden Gegendenkmal zur Uminterpretierung der Heldenverehrung. Leider kam es zwischen Künstler und Senat zum Zerwürfnis, so daß die Aufstellung der Teile III und IV bis heute auf sich warten läßt. Vielleicht ergibt sich jedoch für die Hamburger Linke wieder einmal die Gelegenheit, den Senat an die

Fertigstellung des Mahnmals gegen Krieg und Faschismus zu erinnern.

Peter Franz, Weimar

Obwohl ich von Filmkritik nicht viel verstehe und sie hier auch nicht üben will, möchte ich einige Bemerkungen zu Wolfgang Beckers „Good bye, Lenin!“ machen. Der kulturelle, historische und künstlerische Wert eines Films steht mit Sicherheit nicht notwendigerweise im Zusammenhang mit der Anzahl der Kino-Besucher. (...) Meine Frau und ich, die wir 40 Jahre in dem Land (der DDR) gelebt und gearbeitet haben, das im Film als „sozialistische Realität“ Darstellung finden soll, wollten schon gern wissen, wo wir uns darin wiederfinden können. Seit dem Herbst 1989 haben wir erlebt, wie es möglich ist, eine geschichtliche Zeit von zwei, drei Menschengenerationen völlig entstellt wiederzugeben, zu verleumdern, zu schwärzen, zu kriminalisieren und dem Spott, der Häme oder der Belustigung preiszugeben. (...) Was mir kurz und knapp zu diesem Film einfällt, läßt sich in wenige Sätze bringen. Nahezu alle bekannten Legenden, Un- und Halbwahrheiten, Lügen und Entstellungen finden wir in den Handlungsabläufen wieder. Ein Unterschied: Beim Verpacken der „Botschaften“ an den Kino-Besucher war man bemüht, sie etwas liebevoll-sentimental zu gestalten, wenn das so umschreibbar ist. Auffallend war, was über die „Genossin Kerner“, gespielt von Katrin Saß, Vermittlung fand. Menschen, die bewußt zu diesem Land, zum Sozialismus standen, die gern und engagiert dort lebten, kann und darf es nicht geben haben. Wenn ja, dann nur aus persönlicher Verzweiflung, wie bei der Darstellerin, die sich letztlich auch noch ihres Irrtums bewußt zu werden scheint.

Es wäre naiv, etwas anderes zu erwarten. Was uns bisweilen weit mehr bewegt, ist eine Frage, die damit in engstem Zusammenhang steht. Warum gefallen sich so viele ehemalige DDR-Bürger in der miesen Rolle der Selbstbeschmutzung? Wie ist es zu begreifen, wenn sich so viele die dümmsten Legenden zueigen machen und sich daran belustigen? (...)

Roland Winkler, Remseck

Es ist mir ein Bedürfnis, Ihnen meinen Dank für die Zusendung des „RotFuchs“ auszusprechen. Mit Begeisterung lese ich die Artikel, deren Inhalt meiner Einstellung zu Ge-

genwart und Vergangenheit entspricht. An einige gute Freunde reiche ich die Zeitung weiter und freue mich über ihr Interesse. Zu gegebener Zeit diskutieren wir über das Gelesene. **Ursula Kieback, Coswig**

Den folgenden Brief schrieb ich an den Direktor des für mich zuständigen Arbeitsamtes. Vielleicht ist er von allgemeinem Interesse.

Sehr geehrter Herr Dr. T., ... ich spare mir langes Moralisieren. Was sind die menschenfeindlichen Hartz-Gesetze gegen die Barbarei, die dieses System schon heute weltweit produziert. Die Rechnung ist noch nicht geschrieben, die die Menschheit für die Zerschlagung des Sozialismus zahlen muß. In dieser Entwicklung liegen Hoffnung und Gefahr jedoch nah beieinander. Wie es ist, bleibt es nicht. Dann wird sich auch die Frage der Verantwortung stellen. Ich bin kein Idealist und weiß, daß jeder – bei Gefahr seines persönlichen Untergangs – in diese Verhältnisse eingebunden ist. Erst recht, wenn ein ordentlicher Palastputsch in der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit nochmals allen die Richtung gibt. Trotzdem ist ein Arbeitsamtsdirektor in Rente kein Pfortner i. R. Und nicht zuletzt wird er für seine „Treue“ ja auch finanziell belohnt. Fürstlich aus Sicht eines Arbeitslosen, erbärmlich aus Sicht derer von Quandt. Alles ist relativ. Vor vielen Jahren gab es ein Zitat von Ihnen in der Zeitung. Es hätte in jedem linken Blatt gedruckt werden können: Arbeit braucht zwei Dinge, sie muß jedem seine materielle Existenz sichern und zugleich seine Interessen und Neigungen berücksichtigen. Das klang schon damals wie aus Tausend und einer Nacht, verdiente aber – gemessen an Ihrer Position – ehrliche Anerkennung und Achtung. Wie lesen sich dagegen Ihre Statements heute, wenn es z. B. um die ohnehin verhöhten Jugendlichen geht. Zynismus ist ein harmloser Ausdruck dafür. Aber die Jugend hat auch viel Kraft. Sehen Sie sich doch mal die Straßen Europas an: Florenz, Madrid, Rom, Lissabon. Macht Ihnen das Hoffnung? Haben Sie keine Enkelkinder? ... Ich will nicht mit „Rechten und Pflichten“ enden, die wir Arbeitslosen uns gefallen lassen müssen. Die Demütigung erträgt man oft schwerer als manchen finanziellen Verlust. Aber läßt sich aus der Gehaltsstratosphäre eines Amtsdirektors wirklich nachvollziehen, was für ein täglicher Kampf das ist?

Mit freundlichen Grüßen
Ron Wiesner, Dahlen

Man dürfte gespannt sein, welche Konzepte Wahlkampfleiter André Brie für die kommende Kampagne vorlegen wird, wenn er nach wie vor behauptet, die PDS sei mit dem Geraer Parteitag in ein Loch gefallen und habe sich so Chancen in der Bundespolitik verbaut. Und dann liest man in Gregor Gysis ND-Gastkolumne, die Linke solle einer „gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik“ zustimmen. Weiß Gysi überhaupt, was er hiermit los-tritt? Ein solcher Kurs schließt doch auch Militärpolitik ein und bedeutet gemeinsame Streitkräfte, Eingreiftruppe usw. (...)

Dr. Erhard Reddig, Berlin

Das Ergebnis unseres Politischen Frühlings war so: Über 50 junge Menschen zogen durch die Kunstblumenstadt, jugendfrisch, als wollten sie ganz Sebnitz im Sturmschritt erobern. Allen voran ein Junge mit dem weltbekannten Bild von Che Guevara. Auf seinem Rücken trug er die Losung: „Viva la Revolución!“ Auch er stimmte den Rufen zu: „Bush vor das Gericht

der Völker!“, „Schluß mit dem Irak-Krieg – jetzt!“ Den Auftakt hatte Werner Döring, den RF-Lesern durch seine „DDR-Bauern-Berichterstattung“ bekannt, gegeben. Er trug ein Gedicht von Tucholsky vor, das die Verbrechen des 1. Weltkrieges geißelte. Und ich sagte zum Schluß, jetzt könnte ich dem Mitglied unserer Antifa-Spurensuchergruppe Kurt Jellinek aus Israel mitteilen, daß immer mehr Deutsche gegen Krieg und Faschismus marschieren. Gegen das Geschrei der Neo-Nazis.

Dr. Heinz Senenko, Sebnitz

Ich schicke Euch die neue Ausgabe unserer „Lupe“, der DKP-Zeitung im Kreis Limburg-Weilburg. Sie beschäftigt sich natürlich vor allem mit dem Krieg in Irak.

Als es die UdSSR und die DDR noch gab, hätten sich die Amis diesen Krieg nicht erlauben können. Es ist wichtig, sich das immer wieder in Erinnerung zu rufen und in Diskussionen darauf hinzuweisen!

Hubert Bachhofen, Weilburg

(...) Bekannt wurde mir der „RotFuchs“ durch meinen Nachbarn, Genossen M. ... Gelesen habe ich mit zunehmendem Interesse. (...) Im RF finde ich eindeutige Aussagen zu vielen Problemen. Das gefällt mir. Die Zeitung macht wieder Mut zum Handeln. Ich bin in der DDR aufgewachsen, habe studiert, war Offizier der Volksmarine, Funktionär der sozialistischen Wehrorganisation und Genosse seit 1954. Doch dann kam der Hammer. Der Auftritt der Sieger hat weh getan.

Ich würde gern den „RotFuchs“ beziehen. Besteht die Möglichkeit, die Nummern 60, 61 und 62 noch nachgeliefert zu bekommen? Ich werde eine Spende auf das angegebene Konto überweisen.

Horst Rogge, Neustadt-Glewe

Liebe Genossen! Ist das die richtige Anrede? Dr. Werner Ettelt hatte versprochen, mir den „RotFuchs“ zukommen zu lassen. Und nun erreichten mich gleich drei Ausgaben der Zeitschrift. Vieles habe ich schon gelesen, anderes bleibt noch. Die Texte stimmen mit meinen Erfahrungen und Ansichten überein. Das tut gut. (...)

Lisbeth Fuchs, Dresden

Wer in diesen Tagen des Irak-Krieges den „RotFuchs“ liest, dem wird Mut, Kraft und Zuversicht im Kampf gegen den Imperialismus vermittelt. Besonders die Leserkonferenz zeigte, wie viele Freunde und Genossen inzwischen beim RF ihre politische Heimat gefunden haben. In der März-Ausgabe fand ich den Beitrag von Prof. Zbigniew Wiktor zur Lage in Polen besonders aufschlußreich. (...)

Günther Bauch, Fraureuth

Natürlich kann und muß man alle Anstrengungen unternehmen, den „RotFuchs“ in

seiner jetzigen Form auch unter junge Leute zu bringen. Allerdings wird der Erfolg – wenn ich von meinen eigenen Enkeln ausgehe – wahrscheinlich nicht berauschend sein, da das Studium der meisten Texte außer allgemeiner politischer Aufgeschlossenheit auch einige theoretische Kenntnisse voraussetzt. Woher sollen die aber unter den gegebenen Verhältnissen kommen?

Als vielfache Oma wünsche ich mir seit langem spezielle, aufgelockerte und allgemeinverständliche Publikationen, durch die sich Jugendliche mit den Grundlagen unserer marxistischen Weltanschauung vertraut machen können – natürlich in Verbindung mit aktuellen politischen Problemen, den historischen Erfahrungen und Errungenschaften der internationalen Arbeiterbewegung sowie der DDR. Ungeachtet mancher Meinungsverschiedenheiten auch unter „RotFuchs“-Lesern überwiegen gemeinsame Auffassungen. Das wäre eine gute Ausgangsbasis für linke Gesellschaftswissenschaftler, Pädagogen, Schriftsteller usw., sich an dieser Aufgabe zumindest zu versuchen. Denn bekanntlich leisten die linken Parteien, speziell die PDS, wenig oder nichts dafür, der in Zeiten imperialistischer Aggression und des Abbaus sozialer Rechte sichtbar in Bewegung geratenen Jugend theoretische Angebote zu machen. Ohne sie werden ihr nach meiner Überzeugung der Schlüssel zur Vergangenheit und der Kompaß für die Zukunft fehlen. (Die „junge Welt“ ist zwar eine hervorragende linke Zeitung für das aktuelle politische Geschehen und teilweise auch für die historische Analyse. Aber die systematische Vermittlung von Grundlagenwissen gehört eben nicht zu ihren Aufgaben.)

Für den Anfang genügte es m. E. schon, den einen oder anderen „RotFuchs“ mit einer losen Jugendbeilage (einem „RotFuchs-Kessel“) herauszubringen, die Oma oder Opa, Mutter oder Vater dem wißbegierigen Nachwuchs in die Hand drücken können, bevor er sich vielleicht später auch mal für den „eigentlichen“ RF interessieren läßt.

Ursula Münch, Strausberg

Der Beitrag „Deutschlands progressivstes Grundgesetz“ (im März-RF) zum 35. Jahrestag der sozialistischen Verfassung der DDR ist m. E. sehr aufschlußreich. Kritikwürdig scheint mir allerdings die Tatsache zu sein, daß der sozialistische Block, zu dem auch die DDR gehörte, vor dem Imperialismus bedingungslos kapituliert hat. Die DDR war der kapitalistischen BRD um eine ganze gesellschaftliche Epoche voraus. „Ihre Liquidierung stellte daher einen Akt der Konterrevolution und des historischen Rückschritts, nicht aber eine ‚Wende‘ dar“, heißt es richtig im RF. Da frage ich mich nur, ob die zum Schluß in der DDR Regierenden ebenfalls noch um eine ganze Epoche voraus waren? Sie sahen keine andere Möglichkeit, als diesen gewaltigen gesellschaftlichen Fortschritt einfach dem Klassengegner in die Hände fallen zu lassen! Was ging in ihren Köpfen vor, als sie sich für die sofortige Preisgabe der DDR an das große Kapital entschieden? Statt einen Staatenbund, eine Konföderation zwischen BRD und DDR, vorzuschlagen!?!? Hatten sie dazu keine Courage? Wir erinnern uns: „Deutschland, einig Vaterland“ hieß auf einmal die Parole ... Das war blanker Ausverkauf.

Joachim Kaschig, Berlin-Reinickendorf

Der Gefangene

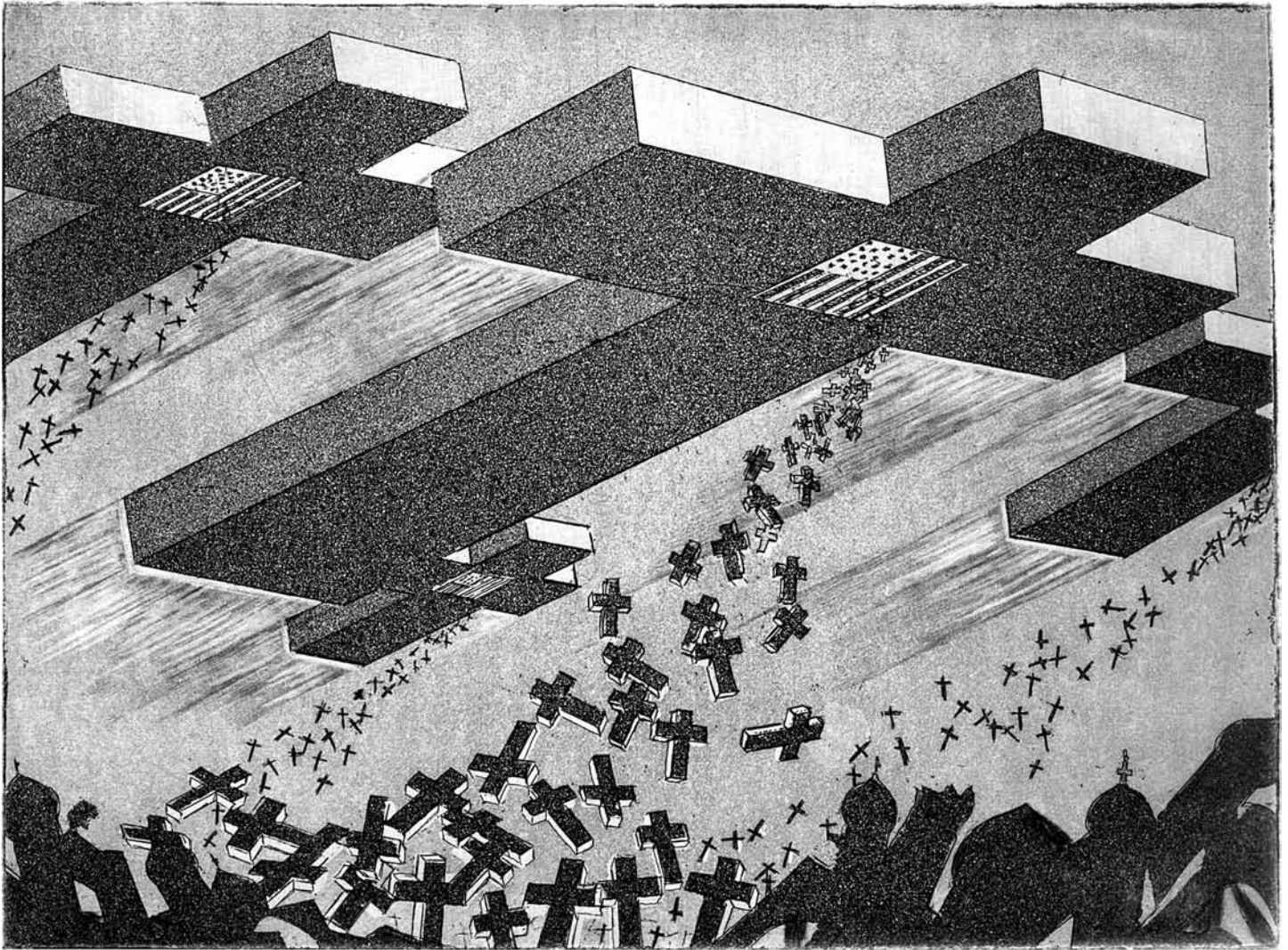
Ich hab's mein Lebtag nicht gelernt,
mich fremdem Zwang zu fügen.
Jetzt haben sie mich einkasert,
von Heim und Weib und Werk entfernt.
Doch ob sie mich erschlügen:

Sich fügen heißt lügen!

Ich soll? Ich muß? – Doch will ich nicht
nach jener Herrn Vergnügen.
Ich tu nicht, was ein Fronvogel spricht.
Rebellen kennen beßere Pflicht,
als sich ins Joch zu fügen.

Sich fügen heißt lügen!

Erich Mühsam



Der Kreuzzug des George W. Bush

Grafik: Klaus Parche

Der „RotFuchs“ in Strausberg

Am Sonnabend, dem 24. Mai 2003, findet um 10.00 Uhr in der „Stätte der Begegnung“, Gerhart-Hauptmann-Straße 6, eine Veranstaltung des RF-Fördervereins statt.

Chefredakteur Dr. Klaus Steiniger spricht zum Themenkomplex

„Irak–USA–UNO–NATO–Völkerrecht“

Alle Mitglieder des Vereins, Leser, Freunde und Sympathisanten des RF, Kommunisten und Sozialisten mit und ohne Parteilbuch aus Strausberg und Umgebung sind herzlich eingeladen.

Stuhlgeld: 1 Euro

Die Berliner Regionalgruppe erinnert noch einmal an die wichtige Veranstaltung mit RA Prof. Dr. Erich Buchholz zu dem Thema

Als Strafverteidiger in politischen Prozessen

Sie findet am Dienstag, dem **20. Mai 2003**, um **16.30 Uhr**, in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstraße 203–205, statt.

Stuhlgeld: 1 Euro

IN EIGENER SACHE

Die Redaktion bittet alle Autoren, ihre Beiträge – bei Möglichkeit – auf Diskette oder per E-Mail (bruni.steiniger1@freenet.de) zu übermitteln.

Aus gegebenem Anlaß weisen wir darauf hin, daß wir in Zukunft Leserbriefe, die nach dem Prinzip einer Postwurfsendung an verschiedene Adressaten gleichzeitig versandt werden, nicht mehr berücksichtigen können. Wir bitten um Zuschriften, die nur an den RF gerichtet sind.

Die Redaktion dankt allen Spendern, die Monat für Monat dazu beitragen, unsere kostenlose Zeitschrift über Wasser zu halten. ■

I M P R E S S U M

**Gegründet im Februar 1998
als Zeitung der Gruppe Berlin-Nordost
der Deutschen Kommunistischen Partei**

Herausgeber:
RotFuchs-Förderverein e. V.

Chefredakteur: Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)
Teterower Ring 37, 12619 Berlin,
Tel. 030/561 3404, Fax 030/56493965
(Redaktionsadresse, an die bitte auch alle
Post zu richten ist)

Layout: Egon Schansker

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

E-Mail-Adresse: rotfuchs.berlin@t-online.de
Redaktionsschluß ist jeweils der **25.** des Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Autorenkreis:

Dr. Matin Baraki
Rolf Berthold
Isolda Böhrer (Valencia)
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Dr. sc. Gerhard Feldbauer
Bernd Fischer
Walter Florath
Peter Franz
Günter Freyer
Dr. sc. Kurt Gossweiler
Dr. Ernst Heinz
Hans-Dieter Hesse
Werner Hoppe
Prof. Dr. Ulrich Huar
Dieter Itzerott

Gerda Klabuhn
Prof. Dr. Eike Kopf (Peking)
Dr. Hans-Dieter Krüger
Wolfgang Metzger
Dr. Annemarie Mühlefeldt
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Dr. Norbert Paulig
Prof. Dr. Werner Roß
Rainer Rupp
Prof. Dr. Horst Schneider
Fritz Teppich
Herbert Thomas
Dr.-Ing. Peter Tichauer
Prof. Dr. Ingo Wagner
Stefan Warynski (Warschau)

Konto für Spenden und Beiträge: W. Metzger / RotFuchs
Berliner Sparkasse (BLZ 10050000), Konto-Nr. 220160759

Künstlerische Mitarbeit:

Karlheinz Effenberger
Arno Fleischer
Heinz Herresbach
Klaus Parche
SHAHAR
Internet-Redakteurin:
Iris Rudolph
Webmaster der Vereinsseite:
Dr. Hartwig Strohschein
Versand und Vertrieb:
Armin Neumann
Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin ☎ 030/6545634
arminneumann@web.de
Marianne Ahrens,
Sonja Brendel, Bruni Büdler,
Sylvia Feldbinder
Bernd Koletzki